



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Arbeit

Demokratie, Wachstum, Wohlfahrtsstaat: Die Krise als
Anstoß zur Neudefinition gewohnter Konzepte

Verfasserin

Jeannine Maria Hierländer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, im November 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Danke

Paula Hierländer,
die mir beigebracht hat, dass ich vor nichts Angst haben muss.

Mecki Schöbitz und Paul Urbanek,
die mir gezeigt haben, dass erwachsen werden ein Mythos und das Leben
schön ist.

Roberto Hierländer,
der mir vorgelebt hat, dass man alles schaffen kann.

Hannes Wimmer,
für Diskussionen, Zeit und Zuspruch.

Natascha Khakpour und Therese Kaiser,
für ihre umfassende Unterstützung.

Katharina Jarmai,
für bereichernde Gespräche und eine schöne Zeit.

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung.....	9
1.1 Problemstellung und Forschungsfrage.....	9
1.2 Aufbau der Arbeit und Begriffsklärung	11
2. Demokratie und Wirtschaftswachstum	13
2.1 Some social Requisites of Democracy	13
2.2 Der institutionelle Ansatz und der Entwicklungsansatz	18
2.3 Globalisierung und Wohlstand.....	22
2.4 Exkurs: China - eine „kapitalistische Diktatur?	23
2.5 Win-win, trade-off und no-effect.....	25
2.6 Huntington und die „dritte Welle“ der Demokratisierung.....	33
2.7 Zusammenfassung und Synthese	34
3. Kapitalismus und Demokratie	35
3.1 Das kapitalistische Manifest	36
3.2 Liberalismus und Demokratie	39
3.2.1 John Stuart Mill und die Freiheit	41
3.3 Die Österreichische Schule und die Demokratie.....	44
3.3.1 Hayek und die freie Gesellschaft.....	44
3.3.2 Ludwig von Mises und das Zeitalter des Kapitalismus	50
3.4 Friedman und die Heilkraft des „Wettbewerbs-Kapitalismus“	53
3.5 Zusammenfassung und Synthese	59
4. Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat	60
4.1 Entwicklung braucht einen starken Staat	61
4.2 Luhmann und der Wohlfahrtsstaat	69
4.3 Friedman: Der Staat ist ein Regulator	73

4.4 Zusammenfassung und Synthese	78
5. Die Grenzen des Wachstums	79
5.1. (K)Eine Welt ohne Wachstum.....	79
5.2 Der Club of Rome und die Grenzen des Wachstums	82
5.3. Warum wir Wachstum brauchen	89
5.3.1 Der Knackpunkt Beschäftigung	89
5.3.2 Die Umverteilung der Arbeit.....	91
5.4 Auswirkungen einer Wachstumsabschwächung.....	96
5.5 Zusammenfassung und Synthese	100
6. Schluss	102
Literaturverzeichnis	110
Abstract	114
Abstract (Deutsch).....	114
Abstract (English)	115
Curriculum Vitae.....	116

Vorwort

Zum ersten Mal mit dem Thema meiner Diplomarbeit in Berührung gekommen bin ich beim Zeitunglesen. Die deutsche „Zeit“ brachte eine Titelgeschichte, die sich mit Errungenschaften des Kapitalismus auseinandersetzte. Der Artikel behandelte unter anderem die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus gibt. Die Antwort lautete: ja – weil, so hieß es, Demokratie untrennbar mit Wohlstand verbunden sei und Wohlstand wiederum durch Wirtschaftswachstum entstehe.

Seitdem ist mir das Thema immer wieder untergekommen. Ich durfte mich im Rahmen meiner journalistischen Arbeit für die Tageszeitung „Die Presse“ mit Ökonomen unterhalten, die das Wirtschaftswachstum als eine absolute Notwendigkeit erachteten, und ich las Texte, welche die Frage behandelten, ob es auch einen anderen Weg gibt. Schließlich beschloss ich, mich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Als ich wenig später nach einem Thema für meine Diplomarbeit zu suchen begann, drängte sich „der Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum“ geradezu auf.

Da in diesem Gebiet schon viel geschrieben wurde, suchte ich nach einem neuen Ansatz und stieß dabei auf die Frage, ob es eine Demokratie auch ohne Wirtschaftswachstum geben kann. Wieder durch Zufall war mir nämlich kurz zuvor ein Buch in die Hände gefallen, das vom sogenannten „nachhaltigen“ oder „qualitativen“ Wachstum handelte (es wird in der vorliegenden Arbeit auch zitiert).

Weil ich mich in meiner Diplomarbeit mit einem Thema befassen durfte, für das ich ein großes persönliches Interesse hege, hatte ich Spaß an der Recherche und am Schreiben. Umso mehr, weil ich im Rahmen der Arbeit Vieles gelernt habe, das ich auch anderweitig verwerten kann.

Die Ergebnisse waren teils überraschend, teils vorhersehbar. Ich bin sehr froh über meine Themenwahl und hoffe, den LeserInnen der vorliegenden Arbeit, in die ich in den vergangenen fünf Monaten mein Möglichstes investiert habe, diese Freude auch vermitteln zu können.

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Forschungsfrage

Manche Dinge scheinen so selbstverständlich, dass man so lange nicht über sie nachdenkt, bis sie plötzlich nicht mehr da sind. Sie bilden die stille Grundlage unserer Existenz, bis uns ihre Abwesenheit plötzlich ins Chaos stürzt. Eine solche Existenzgrundlage bildet das Wirtschaftswachstum für die westlichen Industriestaaten. Die Tatsache, dass die Wirtschaftsleistung von Jahr zu Jahr zunimmt und immer neue Möglichkeiten eröffnet, bildet das Fundament von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 stürzte den Westen in eine Rezession, wie sie die Meisten nur aus den Geschichtsbüchern kannten. Die Wirtschaft hörte in vielen Ländern auf zu wachsen, in den meisten westlichen Industriestaaten entwickelte sie sich negativ. Die Bruttoinlandsprodukte schrumpften, die Arbeitsmärkte folgten dem „Negativwachstum“ zeitverzögert aber mit einer unerwarteten Wucht. Nur durch milliarden schwere Konjunkturpakete konnte die Welt vor dem Schlimmsten bewahrt werden.

Nun haben wir Herbst 2010, der Kollaps von Lehman Brothers liegt zwei Jahre zurück und die Welt ist dabei, zur Tagesordnung überzugehen. Die Bruttoinlandsprodukte der 16 Mitgliedsländer der Eurozone sollen heuer (2009) um durchschnittlich 0,9 Prozent zunehmen, nachdem sie im Krisenjahr 2009 um 4,1 Prozent geschrumpft waren. Für 2011 wird ein Wachstum von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert¹. Die Welt atmet auf. Denn nichts ist für eine freie Marktwirtschaft selbstverständlicher, als Wirtschaftswachstum zu generieren. Mit einer wachsenden Wirtschaft steigt auch der Bedarf an Arbeitskräften, es wird mehr produziert, konsumiert, die Kassen des Staates füllen sich und er kann das Geld nach seinem Gutdünken verteilen. Kurz: Der Wohlstand nimmt zu.

Wohlstand ist aber nicht nur Selbstzweck, sondern hat auch noch einen positiven Begleiteffekt: Er fördert die Demokratisierung. Dies gilt natürlich besonders für jene Staaten, deren Institutionengefüge noch nicht voll demokratisiert ist, also vor allem für sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer. Mit dem Satz „Perhaps the most widespread generalization linking political system to other aspects of society has been

¹<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>, zugegriffen am 26. Oktober 2010

that democracy is related to the state of economic development“² hat der Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset Geschichte geschrieben. Heute bestreitet niemand mehr, dass ein Zusammenhang zwischen dem Grad der demokratischen Entwicklung eines Landes und seinem ökonomischen Entwicklungsstand besteht. Lipset hat diesen Zusammenhang als einer der ersten Forscher mit statistischen Daten belegt.

Geht man also davon aus, dass Wohlstand die Grundlage von Demokratie ist, und setzt man dabei voraus, dass das Wirtschaftswachstum diesen Wohlstand generiert, so ergibt sich daraus, dass Wirtschaftswachstum eine Voraussetzung für Demokratie ist. Ein positiver Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand gilt heute als erwiesen. Ein hohes Wirtschaftswachstum kann aber nur auf einem freien Markt entstehen, weil eine Volkswirtschaft in der globalisierten Welt von internationalen Handelsverbindungen abhängig ist, sofern sie wachsen will. Kaum eine Nation verfügt über einen Binnenkonsum, der es ihr allein ob seiner Stärke ermöglichen würde, von Jahr zu Jahr ein höheres Wirtschaftswachstum zu generieren. Daraus wiederum lässt sich folgern, dass Kapitalismus die Grundlage von Demokratie ist. Auch diesen Zusammenhang bestreitet kaum jemand: Es gibt keine Demokratie, die nicht gleichzeitig eine kapitalistische freie Marktwirtschaft wäre. Auch, wenn dieser Schluss umgekehrt nicht gilt: So kann es durchaus Kapitalismus ohne Demokratie geben, blickt man etwa nach China.

Nicht alle Wissenschaftler sind überzeugt davon, dass die Welt auf das Wirtschaftswachstum angewiesen ist. Gestärkt durch die aktuelle Wirtschaftskrise mehren sich die Stimmen, die für einen Wachstumsverzicht zu Gunsten einer umweltschonenderen Lebensweise plädieren. Galten diese Denker lange Zeit als naive Träumer, so verschafft ihnen die Wirtschaftskrise in Verbindung mit einer zunehmenden Sichtbarkeit der Folgen des Klimawandels immer mehr Gehör. Wenn aber Wirtschaftswachstum die Grundlage von Demokratie ist, ist die Demokratie dann dem Untergang geweiht, wenn die Wirtschaft aufhört, zu wachsen? *Gibt es eine Demokratie ohne Wirtschaftswachstum? Und wie erklären die Wachstumskritiker das Fortbestehen der Demokratie in einer Welt, die ohne Wachstum auskommen muss?* Das sind die zentralen Fragestellungen, die mich durch meine Arbeit leiten werden.

² Lipset 1959

1.2 Aufbau der Arbeit und Begriffsklärung

Um diese Fragen zu beantworten ist es zunächst erforderlich, andere Aspekte zu klären. Im ersten Kapitel meiner Arbeit werde ich mich mit dem Wohlstand als Grundlage von Demokratie auseinandersetzen. Ich arbeite dazu mit einem weiten Demokratiebegriff. *Demokratie* ist in meiner Arbeit in Anlehnung an Seymour Martin Lipset, der sich wiederum auf Joseph Schumpeter und Max Weber beruft, als eine Form der politischen Partizipation definiert, die es den Bürgern erlaubt, ihre Regierung in freien Wahlen zu bestätigen oder abzuwählen. Demokratie ist ein System, das den Bürgern die Teilhabe am öffentlichen Entscheidungsprozess ermöglicht, indem sie zwischen verschiedenen Bewerbern für politische Ämter wählen können (*LIPSET 1959*).

Aufbauend auf Lipsets Grundlagentext möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, welche die Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit Demokratie entsteht bzw. ihre Entstehung verhindert wird. Ich werde dazu die Theorien herausarbeiten, die den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Demokratie belegen und so die Mechanismen untersuchen, die dazu führen, dass Wohlstand Demokratie befördert. *Wohlstand* wird dabei als ein Zustand vorausgesetzt, in dem der Mensch über mehr Mittel verfügt, als er zur Deckung seiner Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken und Schlafen benötigt. Auf der Maslowschen Bedürfnispyramide wäre Wohlstand auf jener Ebene erreicht, auf der neben den Grundbedürfnissen auch die Sicherheitsbedürfnisse und die sozialen Bedürfnisse erfüllt sind und sich der Mensch hauptsächlich seinen Individualbedürfnissen, wie etwa dem beruflichen Erfolg und dem Streben nach Selbstverwirklichung, widmen kann. Ein Staat, in dem die Mehrheit der Bürger ein so hohes Einkommen hat, dass die Gestaltung der Freizeit und die Pflege des Geistes einen höheren Stellenwert einnehmen als die Nahrungsbeschaffung ist ein *Wohlfahrtsstaat*, wobei dieser Begriff in diesem Kontext nicht mit dem *Sozialstaat* gleichgesetzt wird, der für die Daseinsvorsorge aufkommt und mit seiner Politik die Teilhabe des größtmöglichen Parts der Bevölkerung an der *Gesellschaft* sicherstellt.

Kapitel zwei werde ich dazu nutzen, mich mit der kapitalistischen Sichtweise der Welt auseinandersetzen. *Kapitalismus* wird in dieser Arbeit als ein Wirtschaftssystem definiert, das auf dem freien Markt beruht und dessen Ziel es ist, in jedem Jahr ein größeres Bruttoinlandsprodukt zu generieren als im Jahr zuvor. Kapitalismus ist also ein auf dem

Wirtschaftswachstum basierendes Wirtschaftssystem. Ich werde die bekanntesten liberalen Denker dahingehend untersuchen, welchen Nutzen sie dem Liberalismus und vor allen Dingen dem *Wirtschaftsliberalismus* zuschreiben. So gut wie alle Liberalen gehen nämlich davon aus, dass eine *freie Wirtschaft* über kurz oder lang auch zu mehr *politischer Freiheit* führt. Zugunsten der Freiheit, argumentieren sie, müsse sich der *Staat* so weit wie möglich aus dem Wirtschaftsleben und dem Leben der Bürger heraushalten.

Stellt man die kapitalistische Sichtweise der Idee des Sozialstaates gegenüber, ergeben sich gewisse Widersprüche. Denn der Sozialstaat hat im Kapitalismus eine doppelte Rolle – und zwar die des Unterstützers ebenso wie die des Profiteurs. Er fängt einerseits jene auf, die aus diversen Gründen nicht am Wirtschaftsleben teilnehmen und somit auch nicht davon profitieren können. Gleichzeitig ist er auf das Wirtschaftswachstum angewiesen, weil er sich daraus finanziert. Mit einer „falschen“ Politik kann der Staat also genau jenes Wirtschaftswachstum zerstören, auf das er angewiesen ist. Andererseits muss er dort einspringen, wo der Markt versagt. Mit diesem Zusammenhang werde ich mich im *dritten Kapitel* beschäftigen.

Der zentralen Fragestellung meiner Arbeit, nämlich, ob es Demokratie ohne Wirtschaftswachstum geben kann, werde ich mich im *vierten und letzten Kapitel* meiner Arbeit widmen. Dazu werde ich zunächst, ausgehend von dem im Jahr 1972 publizierten Bericht des Club of Rome, „The limits to growth“, mit der „Wachstumskritik“ und ihren wichtigsten Vertretern auseinandersetzen. Schließlich werde ich die Argumentation der Wachstumsbefürworter jener der Wachstumskritiker gegenüberstellen und versuchen, herauszuarbeiten, was es für die Demokratie bedeuten könnte, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst wie bisher.

2. Demokratie und Wirtschaftswachstum

Die Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum reichen zurück bis zu den alten Griechen. Schon Aristoteles erkannte eine Verbindung zwischen dem Wohlstandsgrad einer Gesellschaft und ihrer Anfälligkeit für diktatorische Bestrebungen potenzieller Machthaber. Dass ein Zusammenhang zwischen dem Wohlstand einer Gesellschaft und deren Grad an Demokratie besteht, wird in der modernen Literatur kaum mehr angezweifelt. Eines der berühmtesten Zitate kommt von Seymour Martin Lipset, der in den 60er Jahren mit einer Untersuchung den Grundstein für die moderne Debatte zum Thema gelegt hat: „Perhaps the most widespread generalization linking political system to other aspects of society has been that democracy is related to the state of economic development.“ (Lipset 1959: 75). Dafür, wie dieser Zusammenhang genau zustande kommt, gibt es eine Vielzahl von Erklärungen. Im folgenden Kapitel meiner Arbeit möchte ich die wichtigsten Theorien der modernen Literatur aufzeigen und erläutern. Umstrittener als die Tatsache, dass Wohlstand einen positiven Effekt auf die Demokratisierung einer Gesellschaft hat, ist die Frage, ob der Effekt auch umgekehrt gegeben ist: Ob also Demokratie auch einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hat. Auch zu dieser Frage werde ich im Folgenden die wichtigsten Schlussfolgerungen der aktuellen Debatte zusammenfassen.

2.1 Some social Requisites of Democracy

Als einer der bedeutendsten Autoren, dessen Artikel „Some social Requisites of Democracy“ durchaus als Standardwerk der neueren Literatur zur Thematik des Zusammenhanges zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratie angesehen werden kann, gilt Seymour Martin Lipset. Lipset untersuchte im genannten Aufsatz in den späten 1950er Jahren die Ausgangsbedingungen, die erfüllt sein müssen, damit sich eine stabile demokratische Gesellschaft herausbilden kann. Mit seinem Text verfolgte er das Anliegen, die Gegebenheiten auszuforschen, die jenen Staaten, die Lipset damals als Demokratien – in Europa – beziehungsweise instabile Diktaturen – in Lateinamerika – klassifizierte, gemein waren und anhand der Ergebnisse die Entstehung von Demokratien zu erklären. Diese Bedingungen müssten solche sein, die die meisten demokratischen Staaten von den meisten anderen unterscheiden (LIPSET 1959: 69).

Für seine Untersuchung definiert Lipset Demokratie als „political system which supplies regular constitutional opportunities for changing the governing officials.“ Demokratie sei ein sozialer Mechanismus für die Lösung des Problems der gesellschaftlichen Willensbildung unter konfliktären Interessensgruppen. Sie ermögliche es dem größtmöglichen Teil der Bevölkerung, diesen Prozess der Entscheidungsfindung zu beeinflussen, und zwar durch ihr Vermögen, zwischen verschiedenen Bewerbern für politische Ämter zu wählen (*LIPSET* 1959: 71).

Diese Definition beinhaltet eine Reihe von Bedingungen, die ich im Folgenden anführen möchte. Lipset lehnt sich dabei an die Arbeiten von Joseph Schumpeter und Max Weber an. Zum einen sei ein „politisches Rezept“ nötig, das Lipset als ein System von Überzeugungen beschreibt, welches das demokratische System legitimiere und die Institutionen – wie etwa Parteien oder eine freie Presse – näher definiere. Diese Institutionen müssten legitimiert und von allen als ordnungsgemäß akzeptiert werden. Weiters bedürfe es einer Gruppe von politischen Führungspersönlichkeiten im Amt und einer legitimierten Opposition (Vgl. *LIPSET* 1959: 71). Lipset verzichtet dabei darauf, die politische Geschichte einzelner Staaten näher zu untersuchen, wie er festhält (*LIPSET* 1959: 72). Er zieht für seine Untersuchung zum einen Lateinamerika, zum anderen Europa und die anglophonen Länder heran und vergleicht jene lateinamerikanischen Staaten, die entweder Demokratien oder instabile Diktaturen seien, mit den stabilen Demokratien Europas.

Lipset unterstellt in seinem Text, dass das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung die am weitesten verbreitete Verallgemeinerung sei, wenn es um die Verknüpfung des politischen Systems mit anderen gesellschaftlichen Aspekten gehe (*LIPSET* 1959: 75). Seine Annahme darüber, wie sich dieser Zusammenhang gestaltet, deutet Lipset schon eingangs seines Textes an, indem er schreibt: „It is possible that Max Weber was right when he suggested that modern democracy in its clearest forms can only occur under the unique conditions of capitalist industrialization“ (*LIPSET* 1959: 73). Er führt diesen Gedanken mit seinen eigenen Worten weiter, wenn er festhält: „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ (*LIPSET* 1959: 75). Nicht Lipset aber war es, der diesen Gedanken erstmals aufbrachte. Vielmehr sei dieser Zusammenhang ein altbekannter, wie er festhält: Schon Aristoteles habe argumentiert, dass nur in einer wohlhabenden Gesellschaft, in der eine relativ geringe Zahl an Menschen in Armut lebe, ein Zustand möglich sei, in dem die Mehrheit der Bevölkerung auf intelligente Art und Weise am politischen Prozess teilnehmen und die

Selbstbeherrschung entwickeln könne, der Anziehungskraft unverantwortlich agierender Demagogen zu unterliegen. Eine Gesellschaft, die in eine verarmte Masse und eine kleine, begünstigte Elite gespalten sei, ver falle entweder in die Oligarchie oder in die Tyrannei. Die modernen Ausformungen dieser Gesellschaftsformen seien traditionelle Diktaturen, wie sie in Teilen Lateinamerikas zu finden seien, bzw. Kommunismus oder Peronismus (*LIPSET* 1959: 75).

Um die Thematik näher zu beleuchten, muss zunächst einmal eine geeignete Definition von „Wohlstand“ gefunden werden. Uwe Sunde, der vor einigen Jahren die theoretische Diskussion der modernen Literatur zum Thema Wirtschaftswachstum und Demokratie zusammengefasst hat, führt zwei Definitionen von Wohlstand an: Da wäre zum einen die Beschreibung von Wohlstand als einen Zustand innerhalb eines bestimmten politischen Systems, der beispielsweise durch das Pro-Kopf-Einkommen zu einem bestimmten Zeitpunkt gemessen werde (*SUNDE* 2006: 4). Als zweites beschreibt der Autor die Definition von Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung als einen dynamischen Prozess, der durch die Geschwindigkeit des Wirtschaftswachstums während eines bestimmten Zeitraums reflektiert werde (*SUNDE* 2006: 4).

Kehren wir nun zurück zu Lipset und werfen einen Blick auf seine Definition von „Wohlstand“. Lipsets Definition kommt der ersten von Sunde genannten näher als letzterer. Er bedient sich Indikatoren wie dem Pro-Kopf-Einkommen, der Zahl der Radios, Telefone und Zeitungen pro Tausend Menschen oder der Anzahl der Menschen pro praktizierendem Arzt.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass diese Methode der Wohlstandsmessung heutzutage wohl zu kurz greifen würde, oder zumindest reihenweise Kritiker auf den Plan rufe. Die traditionelle und nach wie vor aktuelle Methode, den Wohlstand einer Gesellschaft zu messen, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es umfasst die Summe aller Waren und Dienstleistungen, die eine Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres erzeugt bzw. erbringt und dem Endverbrauch zuführt³. Die Veränderungsrate des BIP gibt an, um wie viel Prozent sich die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft in einem gewissen Zeitraum verändert und ist somit gleichzusetzen mit dem Wachstum, beziehungsweise – wie es angesichts der Krise in den meisten westlichen Volkswirtschaften der Fall war – der Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Leistung. Heute fordert eine Reihe von

³ <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bruttoinlandsprodukt&oldid=75859431>, zugegriffen am 1. August 2010

Organisationen und Autoren die Einbeziehung von alternativen Indikatoren wie Verteilungsfragen, Arbeitslosigkeit oder gar den Faktor Glück in die Berechnung des Wohlstandes einer Gesellschaft.

Die EU-Kommission arbeitet seit mehr als zwei Jahren an Alternativen zum traditionellen BIP. Sie vertritt die Ansicht, dass das BIP „nicht länger eine maßgebliche Messgröße des Wohlergehens darstellt“. Das BIP als Leistungsbewertung sei aus der Großen Depression (*der 30er Jahre, Anm.*) hervorgegangen. Es sei zwar eine gute Methode, um die Produktion zu messen. Als Indikator für das Gemeinwohl sei sie jedoch weniger geeignet. Und zwar deshalb, weil das BIP alle wirtschaftlichen Tätigkeiten miteinbezieht, auch solche, die für Umwelt und Menschen schädlich seien.

Die Kommission zitiert das Beispiel Krieg oder Naturkatastrophen: Diese könnten durchaus positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben, weil Wiederaufbau Wachstum erzeuge. Sie seien aber sowohl für die Natur als auch für den Menschen schädlich. Zudem gebe das BIP keinen Hinweis auf die Verteilung des Reichtums in einem Land und sage daher nichts über das soziale Gefälle aus. Die EU-Kommission will daher „einen umfassenden Umweltindex entwickeln, der Klimawandel, biologische Vielfalt, Luftverschmutzung, Wasserverbrauch und Abfallbewirtschaftung berücksichtigt“. In die neue Messgröße müssten außerdem Informationen über wirtschaftliche Ungleichgewichte einfließen⁴. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy erteilte im Jahr 2008 den Nobelpreisträgern Joseph Stiglitz und Amartya Sen den Auftrag, neue Messgrößen für den Wohlstand bzw. das Wohlergehen seines Landes zu entwickeln. Bislang aber gibt es eine solche Alternative zum BIP nicht, oder zumindest keine, die dem BIP als dem gängigsten Wohlstandsindikator ernsthaft Konkurrenz macht. Daher können auch die von Lipset herangezogenen Indikatoren zur Wohlstandsmessung als durchaus aussagekräftig und im Kontext dieser Arbeit als zulässig erachtet werden.

Wenn Lipset also die demokratischen Staaten des Westens mit den nicht-demokratischen vergleicht und ihnen die lateinamerikanischen Demokratien und instabilen Diktaturen sowie die stabilen Diktaturen gegenüberstellt, dann kommt er zu folgendem Schluss: „In each case, the average wealth, degree of industrialization and urbanization, and level of education is much higher for the more democratic countries“ (*LIPSET* 1959: 75). Das veranschaulicht er anhand der genannten Indikatoren: So liegt

⁴ http://ec.europa.eu/news/economy/090908_de.htm, zugegriffen am 6. Juli 2010

das Pro-Kopf-Einkommen in den demokratischeren Staaten Europas und des übrigen anglophonen Raumes zum Zeitpunkt der Untersuchung bei 695 Dollar und in den weniger demokratischen mit 308 Dollar bei weniger als der Hälfte. In den demokratischeren Staaten Lateinamerikas beträgt das Pro-Kopf-Einkommen 171 Dollar im Vergleich zu 119 Dollar in den weniger demokratischen Staaten derselben Region. Ebenso verläuft dieser Zusammenhang, wenn man dieselbe Gruppe von Staaten anhand des Indikators „Menschen pro Arzt“ vergleicht. Kommen in den demokratischeren Staaten Europas und des anglophonen Raumes 860 Menschen auf einen Arzt, so sind es in den weniger demokratischen Staaten der Region 1400. In den demokratischeren lateinamerikanischen Ländern sind es 2100 und in den Diktaturen Lateinamerikas mit 4400 mehr als doppelt so viele (*LIPSET* 1959: 76). Die Liste der Indikatoren lässt sich weiter fortführen, der Zusammenhang gestaltet sich aber anhand aller von Lipset angeführten Indikatoren ebenso linear wie an den beiden Beispielen veranschaulicht.

Interessant, wenn auch relativ offensichtlich, ist auch der Zusammenhang zwischen Alphabetisierungsrate und Demokratiegrad eines Staates. Lipset führt an, dass es in den demokratischeren Staaten Europas fast keine Analphabeten gibt. Während die durchschnittliche Analphabetenrate in den demokratischeren Staaten Europas zum Untersuchungszeitpunkt vier Prozent beträgt, sind es in den weniger demokratischen Staaten bereits 15 Prozent. In den demokratischeren Staaten Lateinamerikas liegt die Analphabetenrate bei 26 und in den lateinamerikanischen Diktaturen gar bei 54 Prozent (*LIPSET* 1959: 76).

Dieser Zusammenhang erscheint umso aussagekräftiger, als die Daten aus den 1950er-Jahren stammen und daher davon ausgegangen werden kann, dass der Alphabetisierungsgrad der untersuchten Volkswirtschaften heute noch höher ist. Neben dem Wohlstandsgrad eines Landes, den Lipset mittels der Indikatoren Pro-Kopf-Einkommen, Einwohner pro Arzt und Einwohner pro Fahrzeug sowie Zahl der Telefone, Radios und Zeitungsausgaben pro Einwohner veranschaulicht, rechnet er die Alphabetisierungsrate den Indikatoren für den Bildungsgrad einer Gesellschaft zu. Neben dem Faktor Wohlstand sind der Bildungs-, Industrialisierungs- und Urbanisierungsgrad einer Gesellschaft wesentliche Faktoren zur Erklärung für das Vorhandensein von Demokratie. Weil er diese vier Faktoren allerdings für so zusammenhängend hält, fasst er sie zu einem Überbegriff zusammen: Wirtschaftliche Entwicklung (*LIPSET* 1959: 80).

Lipsets Text veranschaulicht sehr deutlich jenen Zusammenhang, der in der Literatur kaum mehr umstritten ist: Dass Demokratie mit Wohlstand verbunden ist. Da sich Wohlstand laut Lipset über den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung definiert, kann in weiterer Folge der Schluss gezogen werden, dass Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung zusammenhängen. Und dabei gilt nach Lipsets Analyse: Je wohlhabender ein Land, umso höher der Grad an demokratischer Entwicklung. Das bedeutet folglich, dass die demokratische Entwicklung umso weiter fortgeschritten ist, je höher eine Volkswirtschaft entwickelt ist.

Der Zusammenhang ist einerseits plausibel und lässt sich andererseits durch etliche Fakten belegen. Allerdings drängt sich nun die Frage nach der Richtung des Zusammenhanges zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung auf. Oder, anders formuliert: Sind demokratische Strukturen das Ergebnis wirtschaftlichen Wohlstands oder ist Wohlstand das Ergebnis demokratischer Entwicklung?

2.2 Der institutionelle Ansatz und der Entwicklungsansatz

Dieser Frage geht Uwe Sunde in seinem Text „Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie“ nach. Er schickt seiner Untersuchung die Frage voraus, ob Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt ist. Sunde erläutert in seinem Text zwei Ansätze, die sich in der Richtung ihrer Wirkung unterscheiden: Den institutionellen Ansatz und den Entwicklungsansatz. Vertreter des institutionellen Ansatzes legen ihren Untersuchungen die Frage zugrunde, auf welche Weise demokratische Strukturen die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen können. Demokratie könne direkt oder mittelbar über die durch demokratische Institutionen implementierten Politikmaßnahmen, wirtschaftlichen Institutionen oder Anreize den Wohlstand vermehren. Der institutionelle Ansatz ordnet demnach der Implementierung demokratischer Strukturen höchste Priorität zu. Dadurch würde die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen (*SUNDE* 2006: 1).

Dem steht der „Entwicklungsansatz“ der Modernisierungstheorie gegenüber, der nach umgekehrten Vorzeichen funktioniert und dessen Begründer Seymour Martin Lipset ist. Der Modernisierungstheorie zufolge läuft der Prozess genau umgekehrt: Eine

Gesellschaft könne nur auf Basis eines angemessenen sozioökonomischen Entwicklungsstandes demokratisch werden. Diese Theorie berücksichtigt zwar die Möglichkeit, dass die Modernisierung des politischen und des wirtschaftlichen Systems einer Gesellschaft parallel vonstatten gehen kann. Ist dies allerdings nicht möglich, so räumt die Modernisierungstheorie der wirtschaftlichen Entwicklung höhere Priorität ein als der gesellschaftlichen, sprich der demokratischen. Das bringe mit sich, dass Diktaturen unter Umständen vorübergehend unterstützt werden müssen, um zur Demokratie zu gelangen (*SUNDE 2006: 1*).

Sunde bedient sich für seine Analyse Robert A. Dahls Definition von Demokratie, wonach diese im engeren Sinne durch die Existenz bzw. Abwesenheit von Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung und dem freien Wettbewerb zwischen politischen Positionen zu bestimmen sei (*SUNDE 2006: 3*). Er nimmt dabei allerdings eine Trennung des Begriffes Demokratie von Institutionen wie dem Rechtsstaat vor und benützt „ökonomische Institutionen“ synonym mit Rechtsstaatlichkeit und der Gewährung von Eigentumsrechten (*SUNDE 2006: 3*). Sundes Wohlstandsdefinition habe ich bereits weiter oben ausgeführt. Auf die genannte Unterscheidung zwischen ökonomischen Institutionen, der „Rechtsstaatlichkeit“ und politischen Institutionen, der „Demokratie“, legt Sunde besonderen Wert.

Um an den bereits diskutierten Grundlagentext Lipsets anzuknüpfen, möchte ich an dieser Stelle dazu übergehen, die Modernisierungstheorie näher zu beleuchten – also zu untersuchen, wie sich auf Basis des in einer Gesellschaft vorhandenen ökonomischen Entwicklungsstandes Demokratie entwickeln kann. Die „Aristoteles-Lipset-Hypothese“ besagt, dass wohlhabende Staaten mit höherer Wahrscheinlichkeit Demokratien implementieren und aufrechterhalten als arme Staaten. Aristoteles-Lipset-Hypothese heißt sie deshalb, weil sich Lipset, wie bereits erwähnt, in seiner These auf Aristoteles bezieht (*SUNDE 2006: 14*).

Sunde relativiert den direkten, von Lipset angeführten kausalen Effekt, indem er Glaeser et al. zitiert und das Augenmerk von den direkten auf indirekte Wirkungskanäle richtet. Die These, dass Wohlstand die Demokratisierung einer Gesellschaft fördere treffe zwar zu, allerdings nicht unmittelbar, sondern, weil Armutsreduktion und wirtschaftliche Entwicklung die „Implementierung ökonomischer Institutionen, wie der Sicherstellung von Eigentumsrechten, vereinfachen oder erst ermöglichen könnte.“ Das könne sich in weiterer Folge auch positiv auf die Qualität politischer Institutionen auswirken und weiter

zur Demokratisierung führen (*SUNDE* 2006: 15). In diesem Fall geht der Prozess der Demokratisierung also indirekt vonstatten.

Sunde beruft sich auf Lipset, wenn er schreibt, dass der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft in engem Zusammenhang mit dem Ausbildungsstand einer Bevölkerung steht. Dieser Idee liegt die Annahme zugrunde, dass Humankapital die zentrale Determinante von Wirtschaftswachstum sei, während Demokratie im Wachstumsprozess eine untergeordnete Rolle einnehme (*SUNDE* 2006: 15). Allerdings stellt er in Anbetracht der Ergebnisse einer Studie von Glaeser et al. fest, dass die Akkumulation von Humankapital, sprich eine durchschnittlich besser ausgebildete Bevölkerung, auch in Diktaturen zur Reduktion von Armut führe und die dadurch forcierte wirtschaftliche Entwicklung die Verbesserung von politischen Institutionen vereinfache. Ein direkter Effekt von Wohlstand und Wachstum auf demokratische Strukturen sei nicht feststellbar (*SUNDE* 2006: 16).

Als den wichtigsten Einflussfaktor auf die Entwicklung eines Landes erachtet Sunde auf Basis seiner Analyse ökonomische Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit, die Sicherung von Eigentumsrechten und die Korruptionsbekämpfung (*SUNDE* 2006: 18). So könne sich etwa eine unabhängige Justiz wachstumsfördernd auswirken, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass die Gewaltenteilung ein wichtiges Element einer funktionierenden Demokratie darstellt (*SUNDE* 2006: 13).

Sunde stellt abschließend fest, dass es nicht der Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft per se sei, der die Wahrscheinlichkeit demokratischer Strukturen erhöhe. Dies geschehe, sofern es geschieht, höchstens indirekt. Solche indirekten Faktoren wären beispielsweise geringe Einkommensunterschiede, oder aber das bereits angeführte Bildungsniveau in der Bevölkerung (*SUNDE* 2006: 18). Dabei unterscheidet sich dieser Schluss nicht wesentlich von Lipsets Ansatz: Auch er stellt Wohlstandsindikatoren wie dem Pro-Kopf-Einkommen andere Aspekte wie etwa das Bildungsniveau oder den Urbanisierungsgrad einer Gesellschaft gegenüber. Einzig, er fasst all diese Faktoren unter dem Überbegriff „Wirtschaftliche Entwicklung“ zusammen und kommt auf diese Weise zu seiner Schlussfolgerung, dass eben Wohlstand die Demokratisierung fördert (*LIPSET* 1959: 80).

Wenn Sunde dem institutionellen Ansatz auf den Grund geht, also untersucht, wie sich Demokratie auf die Entwicklung einer Volkswirtschaft auswirkt, kommt er zu einem relativ eindeutigen Schluss: Demnach hätten demokratische Strukturen sehr wohl Einfluss auf

den Entwicklungsstand und die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft. Und zwar, weil sie günstige Bedingungen für die Akkumulation von Humankapital schafften (*SUNDE* 2006: 18). Der institutionelle Ansatz unterscheide sich in einem Punkt wesentlich vom Entwicklungsansatz. Die Vertreter letzterer These mögen sich über die Ausprägungen streiten, sind sich allerdings in einem wesentlichen Punkt einig: Dass der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichem Entwicklungsstand einer Gesellschaft – wie immer man die wirtschaftlichen Faktoren auch definieren mag - und deren demokratischer Entwicklung ein positiver ist. Hingegen sind sich jene Wissenschaftler, die dem institutionellen Ansatz anhängen, nicht darüber einig, ob Demokratie dem Wachstum einer Volkswirtschaft zu- oder abträglich ist (*SUNDE* 2006: 5).

Sunde beruft sich einerseits auf den Autor James Harrington, der Lipsets These quasi voraussetzend bereits 1656 umkehrte indem er argumentiert, dass Herrscher potenzielle Plünderer seien, deren Macht dementsprechend eingeschränkt werden müsse. Er sei damit ein Vertreter der „win-win“ Perspektive, die besage, dass ein demokratischer Staat wirtschaftliche Entwicklung vorantreibe und nicht umgekehrt. In einer Diktatur werde die wirtschaftliche Aktivität dadurch gehemmt, dass sie die Rechtsstaatlichkeit untergrabe. Diese wiederum sei für wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebend (*SUNDE* 2006: 6).

Die Uneinigkeit der Autoren über die Auswirkung demokratischer Strukturen auf das Wirtschaftswachstum zeigt Lipset auf, wenn er sich auf Tavares und Wacziarg beruft, die zu dem Schluss kommen, dass sich demokratische Strukturen zwar positiv auf die Bildung von Humankapital auswirkten, im Gegenzug aber der Bildung von physischem Kapital eher abträglich seien. Sie postulieren weitere negative Wachstumseffekte als Folge von Ungleichheit und größerem Staatskonsum (*SUNDE* 2006: 6). Der nicht eindeutig positive Effekt ergibt sich daraus, dass die Akkumulation von physischem Kapital und Humankapital als die treibenden Kräfte des Wirtschaftswachstums gelten (*Sunde* 2006: 7).

Nach Tavares und Wacziarg könne der Prozess der Demokratisierung dazu führen, dass das Staatseinkommen zugunsten von Arbeit und zum Nachteil für Kapital umverteilt wird. Und zwar, indem mit zunehmender Demokratisierung den Interessen von Gewerkschaften zugunsten von ArbeitnehmerInnen mehr Einfluss eingeräumt wird. Das wiederum führt zu Lohnsteigerungen und niedrigeren Kapitalerträgen. Die Anreize für Privatunternehmer, zu investieren, werden dadurch gesenkt (*SUNDE* 2006: 7). Diese Umverteilungstendenzen sind umso stärker, je größer die Ungleichheiten zwischen arm und reich sind (*SUNDE* 2006: 9). Dazu kommt der Verlust physischen Kapitals, der

durch die in einer Demokratie erforderlichen bürokratischen Strukturen entsteht. Diese, so argumentiert Sunde in Berufung auf Niskanen, würden sich mit der Zeit verselbstständigen um das Ausmaß ihres Einflusses zu vergrößern.

Demokratische Strukturen könnten wirtschaftliches Wachstum wiederum begünstigen, indem sie für den Schutz von Eigentumsrechten sorgen und darüber höhere Kapitalerträge zur Folge haben. Verringerten demokratische Strukturen den Grad an politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit, erzielten sie laut Sunde den gleichen Effekt (*SUNDE* 2006: 7). Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass demokratische Strukturen bis zu einem gewissen Grad förderlich für das Wirtschaftswachstum sein könnten, ab einem gewissen Grad an demokratischer Entwicklung das Wirtschaftswachstum eher hemmen als begünstigen.

2.3 Globalisierung und Wohlstand

Ich möchte davon absehen, zu sehr ins Detail zu gehen. Allerdings ist es mir wichtig, noch einen Aspekt näher zu beleuchten: Den Einfluss der Globalisierung auf die Wohlstandsvermehrung, bzw. die umgekehrte Richtung. „Der Grad an Handelsfreiheit wird unter anderem durch den Grad an politischer Freiheit bestimmt“, schreibt Sunde (*SUNDE* 2006: 10). Handelsfreundliche Politik sei eine hinreichende, wenn auch nicht notwendige Bedingung für Wirtschaftswachstum, so Sunde in Bezugnahme auf die Autoren Sachs und Warner. Demgegenüber kommen laut Sunde Tavares und Wacziarg zu dem Schluss, dass Demokratie zwar Handelsoffenheit begünstige, aber nicht das Wachstum.

Dem möchte ich eine aktuelle Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegenüberstellen. Diese jüngst publizierte Untersuchung stellt fest, dass der Süd-Süd-Handel, also der Handel der Staaten der südlichen Kontinente miteinander, deren Bruttoinlandsprodukte und somit auch das gemessene Wohlstandsniveau deutlich erhöht hat. Die Autoren stellen dabei die auf errechneten Daten basierende Annahme auf, dass die derzeitigen Entwicklungs- und Schwellenländer im Jahr 2030 einen Anteil von 57 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung erbringen werden und damit die derzeitigen führenden Wirtschaftsnationen überholt haben werden. Durch das wachsende Wohlstandsniveau,

so meint die OECD, hätten die jeweiligen Regierungen auch mehr Geld, um in die Beseitigung sozialer Ungleichheiten zu investieren.⁵

Dem Entwicklungsansatz zufolge müsste die Demokratisierung dieser Staaten die logische Konsequenz dieser seit geraumer Zeit zu beobachtenden Dynamik sein – abgesehen natürlich von jenen Staaten, die bereits demokratisch sind.

2.4 Exkurs: China - eine „kapitalistische Diktatur“?

Der oben angeführten „win-win“-Perspektive, die unter anderem impliziert, dass die wirtschaftliche Aktivität einer Gesellschaft in einer Diktatur durch die kaum ausgeprägte bzw. die völlige Absenz der Rechtsstaatlichkeit untergraben werde, widerspricht ein aktuelles Beispiel: China. Weil das „Reich der Mitte“ in der Diskussion über den Zusammenhang von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung so gut wie ständig als Gegenbeispiel herangezogen werden kann, möchte ich es gleich an dieser Stelle tun und im Laufe meiner Arbeit an den notwendigen Stellen nur noch kurz erwähnen. Gemessen an der Weber'schen Definition von Demokratie, zu deren Erfüllung vor allem die Möglichkeit einer breiten Masse gegeben sein muss, sich an einer freien Wahl der politischen Führung zu beteiligen, ist China jedenfalls keine Demokratie. Es gibt keine Opposition, die freie Rede und die Möglichkeit der Information ist durch die Zensur unterbunden oder zumindest stark eingeschränkt.

Dennoch boomt Chinas Wirtschaft und ist sogar maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Weltwirtschaft durch den nach der Krise langsam wieder auf die Beine kommenden Welthandel auf Erholungskurs befindet. Das Beispiel China widerlegt daher die These, dass wirtschaftliche Aktivität durch das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit untergraben werde. Hingegen könnte das Beispiel Chinas Lipsets These unterstützen, wonach Wohlstand zu Demokratie führt. Von Wohlstand im westlichen Sinne kann in China derzeit noch nicht gesprochen werden. So lag das BIP pro Kopf in China 2009 bei 3678 US-Dollar, im Vergleich zu 46.381 US-Dollar in den USA und 45.989 Dollar in Österreich. Im EU-Schnitt waren es im selben Zeitraum 29.729 US-Dollar⁶. Das bestätigt einerseits den linearen Zusammenhang, den Lipset bereits 1959 festgestellt hat: Je

⁵ http://www.oecd.org/document/12/0,3343,en_2649_33959_45467980_1_1_1_1,00.html, zugegriffen am 2. August 2010

⁶ www.imf.org, zugegriffen am 6. Juli 2010

wohlhabender ein Staat, umso höher der Grad seiner demokratischen Entwicklung. Bleibt man bei Lipsets Modernisierungstheorie, so muss man bezüglich China wohl einfach abwarten, bis das Wohlstandsniveau steigt und die demokratische Entwicklung der Volksrepublik einläutet.

Wir erinnern uns: Dem Entwicklungsansatz zufolge muss man Diktaturen unter Umständen temporär akzeptieren oder gar unterstützen, um zur Demokratie zu gelangen (SUNDE 2006: 1). China ist jedenfalls in der Diskussion um den Zusammenhang von Demokratie und Wirtschaftswachstum als Sonderfall zu betrachten. Die Bezeichnung „kapitalistische Diktatur“ mag zwar gewagt klingen, dennoch möchte ich sie in den Raum stellen. Denn China weist unter Abwesenheit demokratischer Strukturen eine höchst stabile Wirtschaftliche Entwicklung auf. Und das schon seit geraumer Zeit.

Dem Autor Johan Norberg zufolge, auf den ich in einem späteren Teil meiner Arbeit noch ausführlicher eingehen werde, wirke sich das diktatorische Regime in China vor allem dahingehend aus, dass es schwierig ist, genaue Zahlen zu bekommen – ob es sich nun um Statistiken über die Armut, die Einkommenssteigerungen oder das Wirtschaftswachstum an sich handelt. Allerdings gewinnt man, so man seinen Ausführungen folgt, den Eindruck, dass das Wachstum für China tatsächlich ein Segen ist. Das verfügbare Jahreseinkommen eines Stadtbewohners in China sei von 40 auf 657 Dollar in die Höhe geschneilt, das eines Landbewohners von 16 auf 259 Dollar. „Durch die 1978 eingeleitete Liberalisierung konnten 800 Millionen chinesische Bauern innerhalb von nur sechs Jahren ihr Einkommen verdoppeln“, schreibt er (NORBERG 2003: 50). Die 1978, kurz nach Maos Tod, eingeleitete Liberalisierung geht auf den kommunistischen Führer Deng Xiaoping zurück. Dieser wollte „Der sozialistischen Idee der Verteilungsgerechtigkeit treu bleiben, begriff jedoch gleichzeitig, dass er nur die Wahl hatte, entweder Armut oder Wohlstand zu verteilen, und dass das zweite nur möglich war, wenn er dem Volk mehr Freiheit gab“ (NORBERG 2003: 49). Also gestand er Familien auf dem Land zu, einen Teil ihrer Produktion zu behalten und zu Marktpreisen zu verkaufen, was mit der Zeit auch immer liberaler gehandhabt wurde.

Eines führte zum anderen, und nach und nach habe die Liberalisierung die übrigen Bereiche des wirtschaftlichen Lebens ergriffen (NORBERG 2003: 49). Die Liberalisierung, schreibt er, sei mittlerweile so weit fortgeschritten, dass eine Rückkehr zu den Verhältnissen von vor 1978 nicht möglich wäre, „sowohl was die Reformen als auch was den materiellen Wohlstand betrifft“ (NORBERG 2003: 50 ff.). Auch, wenn in China gleichwohl mit Krisen zu rechnen sei.

Allerdings habe sich in China nicht alles verändert, das zeigten Beispiele wie das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, die Ein-Kind-Politik, die Unterdrückung Tibets und Sinkiangs, die Verfolgung der Falun-Gong-Bewegung sowie Arbeitslager für politische Gefangene. Dennoch geht Norberg davon aus, dass die wirtschaftliche Freiheit über kurz oder lang auch den gesellschaftlichen Bereich erfassen wird: „Die Unterdrückung durch die kommunistische Partei existiert, aber immer weniger Menschen glauben, dass sie die wirtschaftliche Liberalisierung auf Dauer überleben wird, denn nur durch sie allein sind die Bürger in den Genuss von entscheidenden Freiheiten gekommen“ (NORBERG 2003: 51). So könnten Chinesen heute selbst ihre Arbeit suchen, nahezu frei reisen, Kleidung tragen, die ihnen gefällt, ihr Geld für Dinge ausgeben, die sie selbst wählen. Sie erhielten in den Dörfern das Recht, ihre lokalen Vertreter zu wählen – auch, wenn die Wahlen meist noch von der kommunistischen Partei kontrolliert werden.

Norberg folgert: „Auf Dauer wird es schwierig werden, die gewachsene Demokratie auf lokaler Ebene mit der Diktatur auf nationaler Ebene in Einklang zu bringen. Auch wenn immer noch Menschen für ihre Ansichten eingesperrt werden, wird eine größere Meinungsvielfalt erkennbar. Diese entscheidende Ursache dafür sind ausländische Einflüsse und das Internet. Unabhängige Organisationen werden gegründet, und der Informationsfluss ist nicht mehr kontrollierbar. Selbst die Zeitungen weisen eine größere Unabhängigkeit auf, und Kritik an korrupten Beamten ist heute möglich“ (NORBERG 2003: 51).

2.5 Win-win, trade-off und no-effect

Eine Erklärung für diese Entwicklung liefern die Autoren Charles Kurzman, Regina Werum und Ross E. Burkhart in einer 2002 publizierten Analyse. Sie gehen darin der Frage nach, ob arme Staaten zwischen Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand wählen müssen und nennen das „trade-off“. Sie bedienen sich dabei des institutionellen Ansatzes, indem sie von der Demokratie ausgehen und deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung untersuchen. Sie kommen zu dem Schluss, dass Demokratie das Wirtschaftswachstum in keinem bedeutenden Ausmaß behindert, und dieses unter vielen Umständen geringfügig antreibt (KURZMAN et al. 2002: 3). Sie stellen schwache

bis keine direkten Effekte fest, aber positive indirekte – über Investments und Regierungsausgaben.

Die Autoren unterscheiden zwischen zwei Perspektiven: Der „win-win“-Perspektive und der „trade-off“-Perspektive. Im ersten Fall hat Demokratie einen positiven, in letzterem einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Der „Pionier“ der negativen Sichtweise sei Thomas Hobbes gewesen, der 1651 im „Leviathan“ argumentiert habe, dass absolutistische Regime eher gewillt seien, das öffentliche Wohlergehen zu stärken. Und zwar aus schlichtem Eigennutz: Weil sie ansonsten nicht in der Lage wären, ihre Interessen durchzusetzen (KURZMAN et al. 2002: 4). Die „win-win“-Perspektive habe ich bereits weiter oben in Bezugnahme auf Sunde und Lipset erläutert.

Vertreter der „trade-off“-Perspektive sind laut Kurzman et al. der Ansicht, dass Demokratie ein ineffizienter Luxus sei, den sich nur wohlhabende Länder leisten könnten. Für wirtschaftliches Wachstum, insbesondere in armen Ländern, bedürfe es „developmental dictatorship“, wie Kurzman et al. A. James Gregor zitieren (KURZMAN et al. 2002: 4). In dieser „Entwicklungsdiktatur“ müsste den Massen eine Ethik eingeflößt werden, die Arbeit, Aufopferung und Gehorsam verpflichtet ist – einer „diktatorischen Analogie zur protestantischen Ethik“. Die Vertreter der „win-win“-Perspektive hingegen argumentieren, dass Diktatur den Rechtsstaat untergrabe, was ich aber ebenfalls schon weiter oben ausgeführt habe. In dieser Sichtweise, schreiben Kurzman et al. in Bezugnahme auf Richard L. Sklar, bedürfe Wirtschaftswachstum „developmental democracy“: Der rechtlichen und durch Wahlen bedingten Begrenzung tyrannischer Macht, die Individuen die Möglichkeit einräumt, ihre wirtschaftliche Zukunft zu planen (KURZMAN et al. 2002: 4).

Ein dritter, wesentlich aktuellerer Ansatz, ist jener der „no-effect“ position. Dieser geht davon aus, dass Demokratie keinen direkten Effekt auf das Wirtschaftswachstum hat. Der Einfluss gehe vielmehr über indirekte Faktoren vonstatten. Kurzman et al. unterscheiden also drei Ansätze: Die „win-win“, die „trade-off“ und die „no-effect“-Perspektive. Die Autoren heben die ihrer Ansicht nach wesentlichsten Aspekte hervor, über welche Demokratie das Wirtschaftswachstum beeinflussen könne: Investitionen, Staatsausgaben und der soziale Aspekt, der den Einfluss vorhandener bzw. nicht vorhandener sozialer Unruhen auf das Wirtschaftswachstum untersucht (KURZMAN et al. 2002: 5). Kurzman et al. unterstreichen damit einmal mehr die Bedeutung indirekter Faktoren. Investitionen seien lange Zeit als das wesentliche Element für Wirtschaftswachstum betrachtet worden und mit dem zweiten Weltkrieg und den

folgenden Aufbauarbeiten in der Auffassung vieler Ökonomen gar zum eigentlichen Allheilmittel mutiert (KURZMAN et al. 2002: 5).

An dieser Stelle muss festgehalten werden, dass man natürlich zwischen privaten und staatlichen Investitionen unterscheiden muss. Nach Auffassung der Ökonomen der liberalen und neoliberalen Schule ist es Aufgabe des Staates, zugunsten von privaten Investoren zurückzutreten. Die meisten dieser Autoren würden der These, dass Investitionen dem Wirtschaftswachstum zuträglich sind, daher wohl widersprechen, sofern es sich um Investitionen der öffentlichen Hand handelt. Liberalen Ökonomen zufolge lähmen staatliche Investitionen das Wirtschaftswachstum eher, weil sie höhere öffentliche Ausgaben zur Folge haben und damit die Schulden eines Landes in die Höhe treiben und, darüber hinaus, private Investoren zurückdrängen.

Die „trade-off“-Perspektive geht davon aus, dass Demokratien die Investitionstätigkeit privater Haushalte eher eindämmen, weil Menschen nicht bereit sind, ihre Konsumausgaben zu reduzieren und ihr Geld stattdessen zu investieren oder zu sparen (KURZMAN et al. 2002: 6). Dieser Unwille, Geld zu investieren anstatt es auszugeben, komme daher, dass Menschen kaum dazu bereit sind, das „Heute“ zu Gunsten zukünftiger Profite zu opfern. Weil demokratische Regime es nicht wagten, unpopuläre Maßnahmen zu setzen, um Investitionen anzukurbeln, blieben diese auf der Strecke. Daher müsse das Wirtschaftswachstum in Demokratien darunter leiden, dass zu wenig investiert wird. Nur autoritäre Regime seien zu diesen Reformen in der Lage (KURZMAN et al. 2002: 6).

Ich persönlich halte diese Annahme für unrealistisch. Sie ist nüchtern nicht belegbar: Blickt man auf die Sparquoten in hoch entwickelten Demokratien, so sind diese tendenziell hoch, und zwar meist über einen längeren Zeitraum hinweg. In Österreich lag die Sparquote im Jahr 2009 bei 10,8 Prozent, in Deutschland waren es 11,3 Prozent. Im Vergleich dazu betrug die Sparquote im EU-Durchschnitt 5,5 Prozent⁷.

Mit der aktuellen Wirtschaftskrise ist also eher das entgegengesetzte Problem in den Vordergrund getreten: Nämlich, dass Menschen in der Auffassung von Ökonomen und Politikern eher zu viel sparen und zu wenig ausgeben. Besonders für weniger verflochtene Volkswirtschaften wie die USA kann das problematisch werden, nämlich

⁷http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/nichtfinanzielle_sektorkonten/jahresdaten/index.html, zugegriffen am 2. August 2010

dann, wenn der Binnenkonsum beginnt, unter dem Sparverhalten der Bevölkerung zu leiden. Im Vergleich zur Europäischen Union sind die USA weniger exportorientiert und daher viel stärker darauf angewiesen, dass die Bevölkerung ihr Geld nicht auf dem Sparbuch liegen lässt sondern in den Konsum investiert.

Zweitens führen Kurzman et al. die Sichtweise der „win-win“-Perspektive an, wenn es um Investitionen geht. Sie argumentieren, dass Investitionen in einem von Freiheit, freiem Informationsfluss und vor dem Eingriff des Staates geschützten Eigentumsrechten geprägten Umfeld eher wachsen können als in autoritären Regimen. Das Argument von Grace Goodell sei etwa, dass autokratische Regierungen wirtschaftliche Bedingungen schaffen, die nicht vorauszusehen sind und Unternehmer daher eher zögern, zu investieren. Vertreter der „win-win“-Perspektive argumentierten daher, dass Demokratie die Investitionstätigkeit fördere und sich daher auf indirektem Weg positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirke (KURZMAN et al. 2002: 6).

Neben den Investitionen seien die Staatsausgaben von wesentlicher Bedeutung, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates gehe. Es gibt laut Kurzman et al. eine Art Konsens unter Ökonomen darüber, dass übermäßig hohe Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum stark beeinträchtigen (KURZMAN et al. 2002: 6). Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil unkontrolliert ansteigende Staatsausgaben über kurz oder lang zu einer Schuldenkrise führen. Aus Sicht der „trade-off“-Perspektive müssten staatliche Sozialausgaben eingeschränkt werden, um wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Demokratien seien dazu aber nicht in der Lage. Weil sie darauf bedacht sind, sich nach der demokratischen Masse zu richten, sei es für sie schwer, deren Forderungen zu ignorieren. Hätten sie einmal damit angefangen, sich nach dem Willen der Masse zu richten, sei es kaum mehr möglich, damit aufzuhören. Daher sei es für demokratische Regierungen schwierig, ihre Sozialausgaben unter Kontrolle zu halten beziehungsweise wieder unter Kontrolle zu bringen, nachdem sie gewisse Maßnahmen einmal eingeführt haben. Und zwar deshalb, weil es die Demokratie jener Masse an Menschen, die Empfänger der Sozialmaßnahmen sind, ermöglicht, diese von der Regierung zu fordern und dafür einzutreten. Kurzman et al. zitieren dazu den Autor Stephan Haggard: „Since authoritarian political arrangements give political elites autonomy from distributionist pressures, they increase the government’s ability to extract resources, provide public goods, and impose the short-term costs associated with efficient economic adjustment“ (KURZMAN et al. 2002: 6).

Die Vertreter der „win-win“-Perspektive fokussieren im Gegensatz zu den „trade-off“-Autoren auf die Militärausgaben anstatt auf die Sozialausgaben. Kurzman et al. setzen dabei voraus, dass Militärausgaben von der ökonomischen Theorie eher kritisch betrachtet werden, weil sie sich im Endeffekt eher negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken als positiv. Nach Ansicht der Autoren, die der „win-win“-Perspektive anhängen, geben autokratische Regime außerordentlich viel für ihr Militär aus. In weiterer Folge müssen sie Steuern anheben, um ihre Militärausgaben zu finanzieren, wodurch sich wiederum das Wirtschaftswachstum reduziert. Demokratien hingegen gehen von niedrigeren Steuersätzen aus, weil sie geringere Militärausgaben haben und stimulieren daraus resultierend eher die Wirtschaft – sogar dann, wenn höhere Kosten durch sozial motivierte Umverteilungsausgaben entstehen.

Das Thema Staatsausgaben ist gerade jetzt von brennender Aktualität. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat die Schuldenstände vieler westlicher Demokratien durch höhere Staatsausgaben noch weiter in die Höhe getrieben, als sie ohnehin bereits waren. In manchen Staaten, wie etwa Österreich, liegen die Staatsausgaben mittlerweile bei knapp 48 Prozent. Das liegt über dem EU-Schnitt von 44 Prozent.⁸ Wirtschaftsforscher gehen davon aus, dass die österreichischen Staatsschulden im Jahr 2013 bereits mehr als 74 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen werden. Heuer liegt die Schuldenquote bei rund 70 Prozent⁹. Das ist mitunter ein Grund, warum der überwiegende Teil der Ökonomen, ebenso wie internationale Organisationen wie etwa die OECD, seit geraumer Zeit eine Verwaltungsreform fordern.

Bis jetzt hat sich in Österreich allerdings noch keine Regierung dazu durchgerungen, eine solche ernsthaft in Angriff zu nehmen. Das spricht eigentlich dafür, dass die Vertreter der „trade-off“-Perspektive Recht haben – zumindest, wenn man sich das österreichische Beispiel genauer ansieht. Man könnte sagen, die politisch Verantwortlichen fürchten sich vor dem Zorn des Volkes und vermeiden daher Maßnahmen, von denen sie denken, dass sie in der Bevölkerung wenig populär sind. Dem kann man das Beispiel Schweden entgegenhalten: Die Schwedische Regierung hat in den 1990er Jahren eine Reihe von unpopulären Maßnahmen durchgesetzt, um den nach der Banken- und Wirtschaftskrise explodierenden Staatshaushalt wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Auch das griechische Beispiel spricht dafür, dass die

⁸ <http://www.wko.at/statistik/eu/europa-staatsausgaben.pdf>, zugegriffen am 2. August 2010

⁹ http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/sta-bericht_2009-gesamt_tcm163-197233.pdf, zugegriffen am 2. August 2010

Bevölkerung Sparmaßnahmen eher unterstützt als ablehnt: So hatten die griechischen Gewerkschaften jüngst große Schwierigkeiten, breite Teile der Bevölkerung dazu zu bringen, gegen die von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Gegenzug für die Kredithaftungen geforderten Sparmaßnahmen auf die Straße zu gehen. Umfragen bescheinigten dem Sparpaket der Regierung hohe Zustimmungsraten seitens der Bevölkerung.

Ein weiterer Kanal, über welchen Demokratie das Wirtschaftswachstum beeinflussen kann, ist der Faktor „soziale Unruhen“. Solche sind in einer von Meinungsfreiheit geprägten Demokratie wahrscheinlicher als in einer Autokratie, wo das Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung in der Regel nicht gegeben ist. Die ökonomische Theorie erachtet den Einfluss sozialer Unruhen auf das Wachstum einer Volkswirtschaft als tendenziell negativ, weil sie den Produktionsprozess verlangsamen oder gar anhalten, die langfristige Zukunftsplanung erschweren und potenzielle Investoren verschrecken (KURZMAN et al. 2002: 7). Der „trade-off“-Ansatz geht davon aus, dass autokratische Regierungen das Wirtschaftswachstum dahingehend begünstigen, dass sie solche Unruhen mit allen Mitteln zu unterdrücken versuchen und damit auch erfolgreich sind. Kurzman et al. beziehen sich auf Sylvia Hewlett, die in ihrer Forschung der These nachgeht, der zufolge wirtschaftlicher Fortschritt zwangsläufig der Unterwerfung eines breiten Teils der Bevölkerung bedürfe.

Diesen Ansatz führt auch Jenny A. Minier in ihrer Analyse „Democracy and Growth: Alternative Approaches“ ins Feld. Laut ihrer Analyse hätten autoritäre Regime mehr zentralisierte Macht, „with which to „orchestrate“ economic growth than do democracies [...]“. Das sei besonders in Entwicklungsländern der Fall, und zwar wegen der hohen Kosten, die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig seien. Die hohen Investitionen, die für die Entwicklung erforderlich seien, bedürfen einer Umschichtung der vorhandenen Mittel weg von den aktuellen Konsumausgaben. Eine demokratische Regierung, die diese Reform durchsetze, würde möglicherweise abgewählt, wenn nicht gar gestürzt (Minier 1998: 243). In Chile und Indien hätten die Regierungen außerordentliche Kräfte an den Tag gelegt, um Einzelinteressen zu Gunsten des Allgemeinwohls zu schwächen. Das wiederum habe zu einer wesentlichen Verbesserung der ökonomischen Bedingungen geführt.

Ganz anders sieht das Adam Przeworski: „In the end, there is not a single reason to sacrifice democracy at the altar of development“ (PRZEWORSKI 2004). Przeworski untersucht zwar beide Fragen, und zwar wie Demokratie das Wirtschaftswachstum

beeinflusst, also auch wie wirtschaftliche Entwicklung sich auf das politische Regime auswirkt. Aufgrund seines starken institutionellen Fokus muss man ihn aber wohl den Vertretern des institutionellen Ansatzes zurechnen. Przeworski verwirft die gängigen Schlussfolgerungen, die seiner Ansicht nach zu einfach gezogen wurden. So sei einerseits die Annahme, dass die Wirtschaft in einer Demokratie schneller wächst, unzulässig. Auch der umgekehrte Schluss, nämlich dass die Demokratie das Wirtschaftswachstum lähmt, treffe nicht zu. Przeworski geht vielmehr davon aus, dass die wirtschaftliche Performance eines Staates nicht von der Art des politischen Regimes an sich abhängt, sondern vielmehr davon, wie ein Staat geführt wird – also gut oder schlecht. Ebenso sei ein positives Wirtschaftswachstum nicht unbedingt mit Demokratie verbunden, nur weil die meisten armen Länder Diktaturen und alle wohlhabenden Länder Demokratien sind.

Der Unterschied ergebe sich aufgrund der Bedingungen, unter welchen diese politischen Regime entstehen, und nicht aufgrund dessen, was sie tun (PRZEWORSKI 2004: 2). Außerdem, hält Przeworski fest, sei die wesentliche Voraussetzung zur Untersuchung des Zusammenhanges die Tatsache, dass politische Regime untergehen können. Vergleiche man die Wachstumsraten von Demokratien und Diktaturen, so müsse man auf den ersten Blick feststellen, dass Demokratien schneller wachsen. „This conclusion would be erroneous: we will have observed this difference only because democracies died when they encountered bad economic conditions and became dictatorships capable of surviving under these conditions.“ (Przeworski 2004: 2).

Neben die These, dass Demokratie einen positiven Einfluss auf wirtschaftliche Komponenten wie Investitionen, Arbeitskraft und Pro-Kopf-Einkommen hat, stellt Przeworski eine rivalisierende Annahme: Dass es nämlich nicht die Art des politischen Regimes sei, die sich auf das Wirtschaftswachstum auswirkt, sondern vielmehr die politische Stabilität, die in einem Land vorherrsche (PRZEWORSKI 2004: 13). Das Pro-Kopf-Einkommen in Demokratien entwickle sich tendenziell besser, weil diese, im Gegensatz zu Diktaturen, niedrigere Bevölkerungswachstumsraten hätten. Przeworski kommt zu dem Schluss, dass, entgegen der weitverbreiteten Ansicht, Demokratien das Ausmaß an Investitionen nicht vermindern, auch nicht in armen Ländern. Wenn Länder arm seien, dann hätten Regierungen so gut wie keine Möglichkeiten, irgendetwas zu tun. Das führe dazu, dass es kaum einen Unterschied für das Wirtschaftswachstum mache, ob Machthaber gewählt seien oder sich gewaltsam an der Macht halten, sprich, ob es sich um eine demokratische oder eine autoritäre Regierung handelt. Ausschlaggebend

für das Wirtschaftswachstum sei also vor allem die politische Stabilität eines Staates. Und Demokratien seien nun einmal stabiler (*PRZEWORSKI* 2004: 21).

Der „win-win“-Ansatz andererseits argumentiert, dass eine Demokratie soziale Unruhen vermeidet, indem sie der Form halber Missstände kanalisiert und das Wirtschaftswachstum auf diese Weise positiv beeinflusst. Die demokratiebefürwortende Strömung der Literatur hat zwei wesentliche Richtungen: Die liberale Denkschule mit ihrem Hauptvertreter Friedrich August von Hayek einerseits, deren Ansicht nach Demokratie ein höheres Maß an politischer Freiheit ermöglicht und dadurch Missstände und Beschwerden so kanalisiert, dass sie nicht konfrontativ wirken. Auf die liberale Schule werde ich im zweiten Kapitel dieser Arbeit noch ausführlicher eingehen. Daneben stehe die aktuelle marxistische Literatur, die ihren Fokus auf den Ausgleich zwischen den Klassen legt: Ihre Vertreter argumentieren, dass Demokratie Vereinbarungen zu beiderseitigem Vorteil zwischen Arbeit und Kapital ermöglicht. Eine dritte Strömung geht davon aus, dass sowohl stark repressive als auch gar nicht repressive Systeme weniger gewalttätige Proteste aufweisen, während jene Systeme, die bezüglich ihres repressiven Charakters zwischen diesen beiden Extremen liegen, mit stärkeren gewalttätigen Protesten umgehen müssen. Kurzman et al. bezeichnen diese Strömung als die „inverted-U“-Beziehung (*KURZMAN* et al. 2002: 7).

Kurzman et al. haben sich die Mühe gemacht, die gängigsten Theorien in der neueren Literatur zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum zusammenzufassen, um auf deren Basis eine eigene Analyse anzustellen. Sie kommen zu dem Schluss, dass in allen Untersuchungen, die sie für ihre Analyse heranziehen, der Effekt, den die Demokratie auf das Wirtschaftswachstum ausübt, gering ist. Zusammenfassend stellen sie fest, dass vollständige Demokratisierung günstigere wirtschaftliche Auswirkungen hat als eine nur teilweise stattfindende Demokratisierung. Mit fortschreitender Demokratisierung werden auch die Wachstumsabschläge geringer (*KURZMAN* et al. 2002: 26).

Abschließend möchte ich noch kurz auf den Einfluss von Wirtschaftskrisen auf die Stabilität demokratischer Regime eingehen. Diesen hat zum Beispiel Przeworski untersucht. Erlebt eine Demokratie eine Welle wirtschaftlicher Schocks, wie das zur Zeit der Fall ist, so sei nicht die wirtschaftliche Wachstumsrate an sich von Bedeutung, sondern das Pro-Kopf-Einkommen. Jedes Land habe seinen ganz eigenen Grenzwert bezüglich des Pro-Kopf-Einkommens, über welchem Demokratie unabhängig von Wahlergebnissen überlebe. Wirtschaftskrisen seien dann von Bedeutung, wenn sie das

Pro-Kopf-Einkommen dahingehend beeinflussen, dass es sich nach unten hin verschlechtert. Nicht allerdings, wenn sie weit unter oder weit über dieser Schwelle auftreten. Es geht also um die Richtung. Przeworski zieht daher den Schluss, dass Wirtschaftskrisen in wohlhabenderen Ländern keine Gefahr für die Demokratie darstellen (PRZEWORSKI 2004: 12).

2.6 Huntington und die „dritte Welle“ der Demokratisierung

Für den Politologen Samuel P. Huntington sind die zwei Schlüsselfaktoren zur Aufrechterhaltung der Stabilität und Ausweitung der Demokratie wirtschaftliche Entwicklung und „political leadership“. Er spricht von der „third wave“, der „dritten Welle“ der Demokratisierung, deren Charakter darin begründet sei, dass sie global stattfinde. Ausgehend von der Nelkenrevolution in Portugal im Jahr 1974 ersetzten in den folgenden fünfzehn Jahren in etwa 30 Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas Demokratien autoritäre Regime (HUNTINGTON 1991: 21). Huntington geht dabei von der Annahme aus, dass Wohlstand, also wirtschaftliche Entwicklung, Demokratie positiv beeinflusse: „Most poor societies will remain undemocratic so long as they remain poor“, schreibt er (HUNTINGTON 1991: 315). Auch, wenn wirtschaftliche Entwicklung alleine nicht ausreiche. „Economic factors have significant impact on democratization but they are not determinative“ (HUNTINGTON 1991: 59).

Am stärksten manifestiere sich der positive Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie in Ländern, die sich auf einer mittleren Stufe der demokratischen Entwicklung befänden: „In poor countries democratization is unlikely; in rich countries it has already occurred. In between there is a political transition zone; countries in that particular economic stratum are most likely to transit to democracy and most countries that transit to democracy will be in that stratum. As countries develop economically and move into this zone, they become prospects for democratization“ (HUNTINGTON 1991: 60).

Huntington ist somit, wie Lipset (Huntingtons Analyse baut auf Lipsets Ergebnissen auf), den Vertretern des Entwicklungsansatzes der Modernisierungstheorie zuzurechnen. Armut sei aber nicht vermeidbar. Und deshalb brauche es „political leadership“ – weil nur dadurch der zunehmende Wohlstand dahingehend ergänzt werden könne, dass der

Prozess der Demokratisierung schließlich rasch und effizient voranschreitet: „Economic development makes democracy possible; political leadership makes it real“, folgert Huntington. Dazu müsste es allerdings zunächst politische Führer geben, die zudem auch davon überzeugt seien, dass die Demokratie eine Art geringstes Übel unter den Staatsformen ist (*HUNTINGTON* 1991: 316). Das könne schließlich dazu führen, dass eine Welle der Demokratisierung nach der anderen die Welt erfasst. „History [...] does not move forward in a straight line, but when skilled and determined leaders push, it does move forward“ (*HUNTINGTON* 1991: 316), schließt Huntington seine Analyse.

2.7 Zusammenfassung und Synthese

Selbst wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich Demokratie positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt, bedürfe das laut Sunde Zeit und der unmittelbare Effekt sei vernachlässigbar. Das wiederum spielt den Vertretern des Entwicklungsansatzes in die Hände und gibt Grund zur Annahme, dass sich der Sonderfall der Volksrepublik China entlang dieses Ansatzes entwickeln wird. Demnach wäre es nur eine Frage der Zeit, bis sich in China durch das überaus starke Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre Wohlstand breit macht und eine kaufkräftige Mittelschicht emporwachsen lässt, die sich dahingehend am politischen Prozess beteiligt, dass sich China schließlich Schritt für Schritt demokratisiert. In beiden Fällen, also sowohl im Entwicklungs- als auch im institutionellen Ansatz, kommt die neuere Literatur überwiegend zu dem Schluss, dass der Effekt nicht unmittelbar, sondern über indirekte Faktoren wirkt. Im institutionellen Ansatz sind indirekte Faktoren entscheidend, im Entwicklungsansatz eher direkte. Alles in allem kann aus der aktuellen Debatte der Schluss gezogen werden, dass es zwar Wirtschaftswachstum ohne Demokratie geben kann, aber umgekehrt keine Demokratie ohne Wirtschaftswachstum.

3. Kapitalismus und Demokratie

Im folgenden Kapitel werde ich mich mit dem Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie beschäftigen. Ich werde dabei einige der bekanntesten und wichtigsten wirtschaftsliberalen Denker und ihre Theorien dahingehend untersuchen, wie sie das Entstehen beziehungsweise das Bestehen bleiben von Demokratie erklären. Die liberalen Ökonomen gehen davon aus, dass der Kapitalismus die wesentliche Triebfeder für die Ausweitung der Freiheit des Individuums darstellt. Das bedeutet, etwas weiter gedacht, dass Kapitalismus die Grundlage von Demokratie ist.

Auch, wenn die Ursprünge der abendländischen Demokratie in der griechischen Antike liegen, ist jene Demokratie, wie wir sie heute kennen, im Vergleich zur Wissenschaft von der Wirtschaft ein relativ junges Konzept. So erwähnt etwa der Urvater der klassischen Ökonomie, Adam Smith, in seinem Opus Magnum „Der Wohlstand der Nationen“ kein einziges Mal das Wort „Demokratie“. Kein Wunder: Bei dessen Erstveröffentlichung am 9. März 1776 lag die Französische Revolution als Mutter der westlichen Demokratie noch über ein Jahrzehnt entfernt. England befand sich im Krieg mit den nordamerikanischen Kolonien, wo die Rebellen soeben die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten herausgegeben hatten. Das späte 18. Jahrhundert war gleichsam die Geburtsstunde der klassischen Ökonomie wie auch jene der modernen westlichen Demokratie.

Will man nun die klassischen Ökonomen, angefangen im späten 18. Jahrhundert, auf ihr Demokratiekonzept hin untersuchen, so kommt man nicht umhin, „Demokratie“ manchmal durch den Begriff „Freiheit“ zu ersetzen. Anders ist das schon in der modernen Literatur: Der Monetarist, überzeugte Kapitalist und Anhänger der Freiheit des Einzelnen, Milton Friedman, schildert in seinem Standardwerk eingehend, wie der Markt die Freiheit des Einzelnen ermöglicht, die wiederum eine Grundvoraussetzung für Demokratie ist. Und Johan Norberg, der seine erst vor wenigen Jahren erschienene Streitschrift „Das Kapitalistische Manifest“ ebenso dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus widmet, hat gar die modernsten Definitionen und Begriffe von „Demokratie“ und „Kapitalismus“ zur Verfügung und hantiert daher auch nicht mit Synonymen, sondern mit den Begriffen, wie wir sie heute kennen. Mit Norbert möchte ich dieses Kapitel beginnen.

3.1 Das kapitalistische Manifest

In westlichen Gesellschaften wird Demokratie oft mit Liberalismus gleichgesetzt. Der Begriff „Liberalismus“, ursprünglich aus der Philosophie kommend, berührt alle Lebensbereiche der modernen Gesellschaft, sowohl Politik als auch Wirtschaft und die Gesellschaft an sich. „Liberalismus“ lässt sich weder auf die Ökonomie, noch die Philosophie, noch das Feld der Politik reduzieren. Liberalismus ist eine gesamtgesellschaftliche Anschauung, die, ausgehend von den Philosophen der Aufklärung, nach und nach Einzug in alle Lebensbereiche hielt. Ludwig von Mises beschreibt den Liberalismus wie folgt: „Der Liberalismus ist eine Lehre, die ganz und gar auf das Verhalten der Menschen in dieser Welt gerichtet ist. Er hat in letzter Linie nichts anderes im Auge als die Förderung der äußeren, der materiellen Wohlfahrt der Menschen und kümmert sich unmittelbar nicht um ihre inneren, um ihre seelischen und metaphysischen Bedürfnisse. Er verspricht den Menschen auch nicht Glück und Zufriedenheit, sondern nichts anderes als möglichst reichliche Befriedigung aller jener Wünsche, die durch Bereitstellung von Dingen der Außenwelt befriedigt werden können.“ (MISES 1927: 3).

Ohne sich damit der realistischen Gefahr eines Widerspruchs auszusetzen, kann man sagen, dass Anhänger der ökonomischen Theorie des Kapitalismus für sich beanspruchen, auch dem Liberalismus anzuhängen. Liberalismus ist, ökonomisch gesprochen, die Grundlage des Kapitalismus. Kapitalismus wiederum ist für überzeugte Kapitalisten eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Und zwar aufgrund der *Wahlfreiheit*, die den Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft offen steht. Diese stärkte auch das Bedürfnis nach politischer Freiheit. „Die totalitären Staaten sind gefallen, die Diktaturen wurden demokratisiert und die absoluten Monarchien gestürzt. [...] Allein in den letzten Jahrzehnten sind Diktaturen wie Kegel gefallen, insbesondere nachdem der Eiserne Vorhang des Kommunismus gelüftet wurde“, schreibt der schwedische Autor Johan Norberg in seiner Kampfschrift für den Kapitalismus, „Das Kapitalistische Manifest“ (NORBERG 2003: 41). Er stellt eine ganz eindeutige Verbindung zwischen der Beteiligung eines Staates an der Globalisierung und demokratischen Grundrechten wie etwa der Meinungsfreiheit dar. Derzeit gebe es 47 Staaten, die grundlegende Menschenrechte verletzen. Dabei handle es sich allesamt um Staaten, die am wenigsten von der Globalisierung erfasst worden seien und sich am wenigsten an Marktwirtschaft und Liberalismus orientiert hätten. Vor wenigen

Jahrzehnten sei das nämlich noch der Normalzustand für die Mehrheit der Weltbevölkerung gewesen. So habe es 1973 nur 20 Länder mit über einer Million Menschen gegeben, die demokratisch waren. Heute seien es bereits 120 Länder mit 3,5 Milliarden Menschen (NORBERG 2003: 42 ff.).

Interessant ist auch Norbergs Analyse zum Thema Krieg und Kapitalismus beziehungsweise Demokratie. Tatsächlich hat die Zahl der Kriege innerhalb der letzten zehn Jahre drastisch abgenommen. Laut Norberg resultiere das aus der Tatsache, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führten. In einer globalisierten Welt werde Wohlstand nicht dadurch geschaffen, dass man sich das Territorium eines anderen Landes einverleibt, „sondern indem man mit diesem Territorium und dessen Ressourcen Handel treiben kann“ (NORBERG 2003: 43). Je mehr Staaten durch den gegenseitigen Handel voneinander abhängig seien, umso weniger Konfliktpotenzial bleibe zurück. Für einen Staat, der sich aktiv an der globalisierten Marktwirtschaft beteiligt, sei es wenig lukrativ, „die Ressourcen anderer Menschen zu stehlen“ (NORBERG 2003: 44).

Norberg zufolge wirke sich Globalisierung auch positiv auf den inneren Zustand eines Staates aus. So sei die Zahl großer innerstaatlicher Konflikte, bei denen mehr als tausend Menschen starben, zwischen 1991 und 2000 von 20 auf 12 zurückgegangen. Und davon entfielen neun auf Afrika, den am wenigsten demokratisierten, am wenigsten globalisierten und am wenigsten kapitalistischen Kontinent der Welt (NORBERG 2003: 44). „Je höher der Grad der wirtschaftlichen Liberalisierung in einem Land ist, desto größer ist die Chance auf mehr Wohlstand, schnelleres Wachstum, höheren Lebensstandard und längere Lebenserwartung. In den Ländern mit der größten wirtschaftlichen Freiheit sind die Menschen fast zehnmal so reich wie in den Ländern mit der geringsten Freiheit und leben mehr als 20 Jahre länger“ (NORBERG 2003: 70).

Das Allheilmittel auf dem Weg zu Wohlstand und Demokratie ist Norberg zufolge das Wirtschaftswachstum. Er geht sogar so weit, Wachstum als einen „Segen“ zu bezeichnen (NORBERG 2003: 69). Norberg zitiert zum einen das geteilte Deutschland, zum anderen die beiden Koreas. Das kapitalistische Südkorea sei im Verhältnis zu seinem wirtschaftlich abgeschotteten Nachbarn im Norden ein gutes Beispiel dafür, „dass Entwicklungsländer erfolgreich sein können“. Ähnlich habe sich das marktwirtschaftlich orientierte Westdeutschland im Vergleich zum kommunistischen Ostdeutschland verhalten. „Alle Erfahrung zeigt, dass liberale Systeme am besten dazu geeignet sind, Wohlstand zu schaffen und Entwicklung nachhaltig zu machen“

(NORBERG 2003: 69). Europa habe die wirtschaftliche Entwicklung in Asien dahingehend begünstigt, dass es den dortigen Entwicklungsländern sozusagen den Weg zum Wohlstand gewiesen hätte: „Da der Weg zum Wohlstand bereits bekannt war, konnte man dort noch schneller voranschreiten.“ (NORBERG 2003: 73).

Wachstum definiert er als „die Produktion von mehr Waren und Dienstleistungen“. Er äußert insofern Verständnis für die „Wachstumskritiker“, als er deren Reaktion als nachvollziehbar erachte, sofern Wachstum als Selbstzweck und ein hohes BIP als Ziel an sich betrachtet werden. Für ihn allerdings bedeutet Wachstum „eine Steigerung der Produktion und damit des Wohlstandes und der Entwicklungsmöglichkeiten“ (NORBERG 2003: 74). In den Entwicklungsländern könne Wachstum gar zwischen Leben und Tod entscheiden, „denn es kann die Voraussetzungen für gesunde Lebensmittel schaffen“ (NORBERG 2003: 74). Wachstum fördere die Teilhabe der ärmeren Schichten am demokratischen Prozess. Zum Beispiel in Indien: Dort habe es zwar schon lange demokratische Wahlen gegeben. Diese hätten für die Armen aber keine wesentliche Bedeutung gehabt, weil diese trotz allem völlig vom Wohlwollen der lokalen Elite abhängig waren und ihre Stimme nach deren Willen abgeben mussten (NORBERG 2003: 74). Wachstum begünstige die Gleichstellung der Frau („Ein Gesetz, das Gewalt gegen Frauen verbietet, ist wirkungslos, wenn die Frau wirtschaftlich vom Mann abhängig ist, denn dann wird sie ihn nie anzeigen oder verlassen“), ermögliche die Ausbildung für Kinder und wirke damit der Kinderarbeit entgegen und stärke die Position des Einzelnen in der Familie (NORBERG 2003: 75).

Norberg stemmt sich gegen das von Globalisierungskritikern und –Gegnern oft bemühte Argument, dass Arme weniger vom Wachstum profitierten als Reiche. Er zitiert dazu eine Studie der Weltbank-Experten David Dollar und Aart Kraay, die Einkommensstatistiken von 80 Ländern über 40 Jahre hinweg analysierten. Ihren Ergebnissen zufolge hätten Arme einen genauso hohen Nutzen vom Wachstum wie Reiche. Bei einem Wachstum von einem Prozent steige das Einkommen der Armen um etwa ein Prozent, bei einem Wachstum von zehn Prozent um durchschnittlich zehn Prozent. Laut Norberg gibt es kaum Studien, die zu einem gegenteiligen Schluss kommen. „Also ist Wachstum das beste Mittel gegen Armut“ (NORBERG 2003: 76), folgert Norberg. Auch, wenn die Verteilung nach dem so genannten „Trickle-Down-Effekt“ funktioniere. Demnach würden zunächst einige Bevölkerungsschichten reich, anschließend sickerten Teile dieses Wohlstandes zu den Armen durch, wenn die Reichen Waren und Dienstleistungen bei ihnen kaufen. „Den Armen kommt das Wachstum im gleichen Umfang und mit

demselben Tempo zugute wie den Reichen. Sie profitieren direkt davon, dass ihre Arbeitskraft an Wert gewinnt und die von ihnen gekauften Waren im Verhältnis zu ihrem Einkommen billiger werden. Bisher hat noch kein Land die Armut ohne langfristiges Wachstum besiegen können“. Es gebe auch kein Beispiel eines Landes, in dem ein langfristig nachhaltiges Wachstum keine günstigen Auswirkungen auf die armen Bevölkerungsschichten gehabt hätte (NORBERG 2003: 77). Außerdem gebe es kein Beispiel für ein Land, das ein langfristiges und stabiles Wachstum erreicht hätte, ohne gleichzeitig seine Märkte zu öffnen (NORBERG 2003: 78). Er kommt daher zu folgendem Schluss: „Möglicherweise ist Wachstum als solches nicht hinreichend, um eine positive Entwicklung für alle zu garantieren, aber ganz offensichtlich ist es dafür notwendig“ (NORBERG 2003: 79).

Und hier schließt sich der Kreis zum eingangs diskutierten Text von Lipset: Wenn das Pro-Kopf-Einkommen, die Alphabetisierung und die gesundheitliche Versorgung einer Bevölkerung notwendige Voraussetzungen für Demokratie sind, beziehungsweise diese begünstigen, so ist, nach Ansicht Norbergs stellvertretend für kapitalistische Denker, Wirtschaftswachstum der Schlüssel zur Demokratie. Dieses nämlich führt - interpretiert man Norberg - zu einer sukzessiven Verbesserung dieser Indikatoren und mündet damit sukzessive in eine demokratischere Gesellschaft.

3.2 Liberalismus und Demokratie

Norbergs „Manifest“, datiert auf das Jahr 2003, veranschaulicht klar, was vom Kapitalismus überzeugte Ökonomen über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum denken. Geht man allerdings ein paar Jahrhunderte zurück, so ist das nicht mehr ganz so einfach. Die klassische Nationalökonomie um und nach Adam Smith hat sich zwar mit dem Zusammenhang zwischen Wohlstand und Freiheit auseinandergesetzt, nicht aber ganz offen mit dem Zusammenhang zwischen Wohlstand und Demokratie. Das mag gewiss daran liegen, dass die Demokratie – in ihrer Definition als Teilhabe der Bürger an freien Wahlen - als Organisationsform der Gesellschaft im 18. Jahrhundert bei weitem nicht so verbreitet war, wie sie es heute ist. Smith hat sein Hauptwerk „Der Wohlstand der Nationen“ 1776 verfasst: Nordamerika hatte gerade die Unabhängigkeitserklärung herausgegeben, befand sich aber noch im Krieg mit dem Vereinigten Königreich. Die Französische Revolution, die mit der Verbreitung der

Prinzipien „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als Geburtsstunde der modernen europäischen Demokratie gilt, brach 1789 los. Von einem allgemeinen Wahlrecht war man damals in Europa noch weit entfernt. Obwohl das Antike Griechenland als Vorbild für die Demokratie in Europa gilt, war zum Zeitpunkt der Begründung der Klassischen Wirtschaftstheorie die Demokratie, wie wir sie heute kennen, noch eine Utopie.

Adam Smith etwa führt keinen relevanten *politischen* Freiheitsbegriff ins Feld, sondern reduziert die Freiheit auf die ökonomische Freiheit. Allerdings deutet er bereits an, dass ein Zuwachs an Wohlstand die Menschen glücklicher macht – auch die Armen unter ihnen. Die wirtschaftliche Bewegung bringe dem Individuum, auch dem relativ besitzlosen, mehr, als der ökonomische Stillstand: „Es verdient vielleicht bemerkt zu werden, dass die Lage der arbeitenden Armen, des größten Teils der Bevölkerung, zur Zeit des Fortschritts, wenn die Gesellschaft weiterem Erwerbe zueilt, eher als wenn sie ihr volles Maß von Reichtum bereits erworben hat, am glücklichsten und behäbigsten zu sein scheint. Zur Zeit des Stillstandes ist sie kümmerlich und zu der des Rückganges erbärmlich. Der Fortschritt ist in der Tat für alle verschiedenen Klassen der Zustand der Aufmunterung und Freude. Der Stillstand ist etwas Lähmendes; der Niedergang aber etwas Trostloses“ (Smith 1923: 105). Dabei hat der Aufklärungsphilosoph John Locke, der als Vater des Liberalismus gilt, mit seinem Werk „Zwei Abhandlungen über die Regierung“ bereits 1689 ein Manifest für die liberale Demokratie und den Kapitalismus geschaffen, wie manche meinen¹⁰. Da Locke allerdings kein Ökonom und das Feld meiner Fragestellung ohnehin breit genug ist, möchte ich ihn darüber hinaus nicht weiter behandeln. Anders John Stuart Mill, der sowohl Philosoph als auch Ökonom war. Er gilt als einer der bedeutendsten Liberalen und hat mit seiner Schrift „Über die Freiheit“ einen Klassiker des Liberalismus vorgelegt. Damit möchte ich mich im Folgenden beschäftigen.

¹⁰http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Zwei_Abhandlungen_über_die_Regierung&oldid=68436674
zugegriffen am 9. September 2010

3.2.1 John Stuart Mill und die Freiheit

Der 1806 geborene englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill gilt als einer der einflussreichsten liberalen Denker des 19. Jahrhunderts. Als Ökonom rechnet man ihn der von Adam Smith begründeten klassischen Nationalökonomie zu, seine Arbeiten gelten als Grundlagenwerke. Stuart Mills Auffassung nach ist Freiheit das wichtigste und stärkste Grundbedürfnis des Menschen. Erst wenn das Individuum frei sei, könne es seine Fähigkeiten, seinen Geist und seine Moral voll entwickeln. Die Aufgabe des Staates und der Gesellschaft sei es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer sich der Einzelne möglichst frei entwickeln kann. Einschränkungen dürften nur vorgenommen werden, wenn sie dazu dienen, jemanden zu schützen - gleich ob andere oder den Menschen vor sich selbst.¹¹

John Stuart Mill sieht in der Individualität einen Schlüssel zur Wohlfahrt („well-being“). Individualität sei aber nur dann zu erreichen, wenn der Einzelne den nötigen gesellschaftlichen Rahmen vorfindet, in dem er sich frei entfalten kann. Individualität sei dann vorhanden, wenn jemand es schafft, nicht entlang von Gewohnheiten und allgemeingesellschaftlicher Sitten und Bräuche zu agieren, sondern seine eigenen Vorlieben zu kennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten. Allerdings, so räumt er ein, sei das Verständnis der Gesellschaft für den *Nutzen* dieser Individualität nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Dazu bedürfe es eines allgemein akzeptierten Zieles, zu welchem die Freiheit des Einzelnen die Gesellschaft führen könne. Ein solches Ziel könne etwa die Wohlfahrt sein: „Wenn man sich klar darüber wäre, dass die freie Entwicklung der Persönlichkeit eine der Hauptbedingungen der Wohlfahrt ist, dass sie nicht nur auf einer Stufe steht mit dem, was man mit den Ausdrücken Zivilisation, Ausbildung, Erziehung, Kultur bezeichnet, sondern in sich selbst ein notwendiger Teil davon und Bedingung alles dessen ist: dann bestünde keine Gefahr, dass man die Freiheit unterschätzt, und die Grenzziehung zwischen Freiheit und gesellschaftlicher Regelung böte keine besonderen Schwierigkeiten. Aber das Schlimme ist, dass persönliche Selbstbestimmung von durchschnittlich Denkenden kaum als etwas innerlich Wertvolles oder etwas, das um seiner selbst willen Beachtung verdient, anerkannt wird. Die Mehrheit ist mit dem Treiben der Menschen, wie es heute eben ist, einverstanden

¹¹ http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=John_Stuart_Mill&oldid=78870322, zugegriffen am 11. September 2010

(da sie selbst es zu dem macht, was es ist!) und kann daher nicht verstehen, warum dies nicht für jeden einzelnen gut genug sein sollte“ (*MILL* 1859: 78 ff.).

Mill ist der Ansicht, dass die freie Entwicklung des Einzelnen die Grundlage sowohl des persönlichen, und in weiterer Folge auch des gesellschaftlichen Fortschritts bildet: „Kurz, es ist zu wünschen, dass man in Dingen, die nicht von vornherein andere mitbetreffen, der Individualität eine Chance gibt. Wo nicht der eigene Charakter, sondern Tradition oder Sitten anderer Leute die Lebensregeln aufstellen, da fehlt es an einem der hauptsächlichsten Bestandteile menschlichen Glücks, ja dem wichtigsten Bestandteil individuellen und sozialen Fortschritts“ (*MILL* 1859: 78). Um die Rolle der Bildung für das Fortkommen des Individuums zu veranschaulichen, zitiert Mill den von ihm sowohl als Politiker als auch als Gelehrten verehrten Wilhelm von Humboldt: Demnach müsse „die Eigentümlichkeit der Kraft und der Bildung“ das sein, worauf jeder Mensch „seine Anstrengungen unaufhörlich richten“ müsse. So könne sich der Mensch zu „einem kompletten und folgerichtigen Ganzen“ entwickeln. Dazu müssten zwei Voraussetzungen erfüllt sein: „Freiheit und Mannigfaltigkeit der Situationen“, aus deren Vereinigung „individuelle Kraft und mannigfaltige Verschiedenheit entspringen, die sich zu „Originalität“ einigen.“ (*MILL* 1859: 79).

Mill's Wohlfahrtsgedanke muss übergreifend verstanden werden, wurde er doch vom englischen „well-being“ als „Wohlfahrt“ übertragen. Und Wohlfahrt bezeichnet ja nicht nur wirtschaftliche Wohlfahrt, sondern genauso gut soziale wie gesamtgesellschaftliche. Mill als Ökonom wird allerdings den Klassikern nach Adam Smith zugerechnet, und so darf man annehmen, dass er sehr wohl eine Verbindung zwischen wirtschaftlicher Freiheit und persönlicher Freiheit herstellt, die er für so unabdingbar für das Fortkommen der gesamten Gesellschaft erachtet. Auch wenn in Mill's Theorie „der Geist des Fortschritts“ nicht immer der „Geist der Freiheit“ ist, weil der Fortschritt einem Volk ja auch gegen seinen Willen aufgezwungen werden kann, so ist die Freiheit dennoch „die einzige untrügliche und andauernde Quelle für den Fortschritt“ (*MILL* 1859: 97).

Mill stellt dem Europa seiner Zeit das „warnende Beispiel China“ gegenüber. Die Europäer machten ständig neue technische Erfindungen, behielten sie aber nur so lange, bis sie wieder von besseren ersetzt würden. Sie („Wir“) seien eifrig, was die Reform des Staates betrifft, die Erziehung, die Moral – wobei er hier einwirft, dass in der Moral die Idee von Verbessern vordergründig darin bestehe, andere Leute von den eigenen Auffassungen zu überzeugen (*MILL* 1859: 98 ff.). Die Europäer seien also dem

Fortschritt durchaus zugetan, stemmten sich jedoch gegen die Individualität. Und darin erkennt Mill die Gefahr. China sei trotz seiner langen Geistesgeschichte und seiner ausgeprägten Weisheit zum Stillstand gekommen, „und wenn es jemals weiterkommen sollte, so nur durch Hilfe der Fremden!“ (MILL 1859: 99). Warum? Weil die Gesellschaft - mittels enormer Anstrengungen - gleichgeschaltet worden sei. Die Gedanken und das Handeln der Bevölkerung würden durch dieselben Leitsätze bestimmt. Die Gefahr, dass auch Europas Völker zu Massen von gleichgeschalteten Individuen verkommen könnte, sieht Mill schon sehr nahe: „Das moderne *Regime* öffentlicher Meinung ist, in unorganisierter Form, was das chinesische Erziehungs- und Staatssystem in organisierter Form ist, und wenn der Individualismus nicht imstande ist, sich erfolgreich dieses Jochs zu erwehren, so wird Europa, trotz seines noblen Vorhabens, trotz christlichen Bekenntnisses, dahin tendieren, ein zweites China zu werden“ (MILL 1859: 100). Vor der Stagnation bewahrt habe Europa bislang nur „die bemerkenswerte Verschiedenheit an Charakter und Kultur“. „Aber schon beginnt dieser Vorteil sich beträchtlich zu mindern. Es nähert sich entschieden dem chinesischen Ideal, alle einzelnen gleich zu machen“ (MILL 1859: 100). Gewissermaßen, um etwas Kritik zu üben, bemängelt Mill zugleich den Fortschritt, den er predigt. Doch sein Grundgedanke bleibt klar: Ohne Fortschritt geht es nicht.

Wenngleich John Stuart Mill's „Über die Freiheit“ ein philosophisches und kein wirtschaftswissenschaftliches Werk ist, so verdient es dennoch Erwähnung, weil es den Grundgedanken einer freien – auch wirtschaftlich freien – Gesellschaft formuliert und gewissermaßen auch die Vorzüge einer liberalen, vielleicht auch kapitalistischen Wirtschaftsordnung hervor streicht: Dass nämlich der Einzelne wesentlich mehr Möglichkeiten zur Entfaltung hat als in einer sozialistischen Gesellschaft, die ja meist totalitär organisiert und damit auf Gleichschaltung ihrer Bürger aus ist. Natürlich ist anzumerken, dass „Kapitalismus“, wie er im 19. Jahrhundert sowohl hinsichtlich seiner theoretischen Definition als auch seiner Anwendung in der Praxis zum Einsatz kam keinesfalls mit jenem Kapitalismus gleichzusetzen ist, den wir dieser Tage erleben und der uns letztendlich diese größte aller Wirtschaftskrisen seit der Großen Depression der 1930er Jahre beschert hat. Ich vermute, dass auch und vor allem die Großen Denker und Begründer der klassischen Wirtschaftstheorie, die später in den „Neoliberalismus“ mündeten, Worte der Kritik für die Wirtschaftsordnung, um nicht zu sagen „Nicht-Ordnung“ finden würden, wie sie in den vergangenen Jahren auf der Welt vorherrschte und wie sie, in Wahrheit, immer noch vorherrscht.

3.3 Die Österreichische Schule und die Demokratie

Einen wesentlichen Stellenwert nimmt die Freiheit des Einzelnen auch bei den Denkern der sogenannten jüngeren Österreichischen Schule der Nationalökonomie ein. Ich möchte mich auf die Ökonomen Ludwig von Mises (1881 bis 1973) und seinen Vorgänger Friedrich August von Hayek (1899 bis 1992) konzentrieren, die der dritten, beziehungsweise vierten Generation der Österreichischen Schule angehören¹² und zwei Werke näher erläutern, die als Plädoyers für die Freiheit verstanden werden können und dabei auch eine klare Verbindung zwischen Freiheit und Kapitalismus herstellen.

3.3.1 Hayek und die freie Gesellschaft

Friedrich August von Hayek, welcher der vierten Generation der Österreichischen Schule zuzurechnen ist und einer der wichtigsten Liberalen Denker des 20. Jahrhunderts war, beschäftigt sich in seiner Schrift „die Verfassung der Freiheit“ mit der freien Gesellschaft und ihren Voraussetzungen. Er untersucht die verschiedenen Ausprägungen der „Freiheit“ und spricht zunächst nicht von einer bestimmten Form von Freiheit, sondern von „Freiheiten“. Da sei zum einen die „politische“, zum anderen die „innere“ Freiheit. Der Grad an Freiheit ergibt sich bei Hayek daraus, „wie viele Möglichkeiten des Handelns einem Menschen offen stehen“ (HAYEK 1971: 16). Ein „Zustand der Freiheit“ sei dann vorhanden, wenn der Zwang seitens anderer Menschen so weit herabgemindert ist, als dies im Gesellschaftsleben möglich ist (HAYEK 1971: 13). „Individuelle“ oder „persönliche“ Freiheit sei dann gegeben, wenn „ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist“ (HAYEK 1971: 14). Freiheit sei die „Unabhängigkeit von der Willkür anderer“ (HAYEK 1971: 15). Innerhalb einer Gesellschaft sei dieser Zustand zwar weitgehend, aber kaum vollkommen zu verwirklichen. Eine Politik der Freiheit müsse es daher zur Aufgabe

¹² Die Österreichische Schule wird auch als Wiener Schule oder Österreichische Grenznutzenschule bezeichnet. Im Mittelpunkt der von Carl Menger begründeten Denkrichtung der Volkswirtschaftslehre steht die Bedeutung der einzelnen Menschen und deren individuelle Vorlieben für die wirtschaftlichen Prozesse. Diesem Ansatz können die ungefähr zur gleichen Zeit entstandene Lausanner Schule und die Cambridger Schule gegenüber gestellt werden. Diese Neoklassische Theorie beschäftigt sich vordergründig mit mathematisch formulierten Gleichgewichtsmodellen, die von den Vertretern der Österreichischen Schule abgelehnt wurden. Auf die erste, von Carl Menger begründete Generation folgt als Hauptvertreter der zweiten Generation Eugen von Böhm-Bawerk, http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Österreichische_Schule&oldid=77889089, zugegriffen am 23. Oktober 2010

haben, „Zwang oder seine schädlichen Wirkungen zu verringern, auch wenn wir ihn nicht ganz ausschließen können“ (HAYEK 1971: 15).

Es lässt sich also zusammenfassen: Ein Aspekt der Freiheit bei Hayek ist die Abwesenheit von willkürlichem Zwang. Allerdings bleibt die Gesellschaft eine wesentliche Determinante für die Existenz des Einzelnen. Der Mensch kann also nur soweit frei sein, wie es die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zulassen.

Laut Hayek gebe es zwar verschiedene Grade der Freiheit, allerdings sei Freiheit immer Freiheit und in ihrer Art nicht veränderlich (HAYEK 1971: 16). Um dies zu veranschaulichen, stellt er seinen Freiheitsbegriff der „politischen Freiheit“ gegenüber, also „der Beteiligung der Bürger an der Wahl ihrer Regierung, an der Gesetzgebung und der Verwaltung.“ Das sei eine Art der „kollektiven“ Freiheit, an der man allerdings nicht teilhaben müsse, um als Individuum frei zu sein. So könne jemand, der etwa aufgrund seines Alters noch nicht wahlberechtigt ist, dennoch persönliche Freiheit genießen (HAYEK 1971: 18).

Eine weitere Art der „Freiheit“ skizziert Hayek als die „innere“ oder „metaphysische“ Freiheit (HAYEK 1971: 20). Sie beziehe sich auf das Ausmaß, in dem ein Mensch in seinen Handlungen von seinem bewussten Willen, von seiner Vernunft und seinen dauernden Überzeugungen geleitet ist und nicht von Impulsen oder Umständen des Augenblicks. Der Gegensatz dazu sei der Einfluss vorübergehender Emotionen, oder moralische und intellektuelle Schwäche, also wenn jemand „Sklave seiner Leidenschaften“ ist. Keinesfalls dürfe Freiheit mit Macht gleichgesetzt werden, mit der „Macht, unsere Wünsche zu befriedigen. Auch nicht in der Bedeutung als Freiheit „zu tun, was ich will“ (HAYEK 1971:21). Diese Art der „Freiheit“ dürfe nicht mit der individuellen Freiheit verwechselt werden, die „uns irgend eine gesellschaftliche Ordnung“ sichern könne.

Die Verwechslung von Freiheit als Macht mit Freiheit im ursprünglichen Sinn (also in Hayeks Sinn, Anm.), führe dazu, dass Freiheit und Wohlstand gleichgesetzt werden (HAYEK 1971: 23). „Das macht es möglich, die Anziehungskraft des Wortes ‚Freiheit‘ zur Unterstützung der Forderungen nach einer Umverteilung der wirtschaftlichen Güter auszunützen“. Freiheit und Wohlbefinden seien verschieden, schreibt Hayek. Zwang könne nicht gänzlich vermieden werden, „weil die einzige Methode, ihn zu verhindern, die Androhung von Zwang ist.“ In einer freien Gesellschaft werde dieses Problem durch

das Gewaltmonopol aus dem Weg geräumt: Sie überträgt dem Staat das Monopol der Zwangsausübung „und versucht, diese Gewalt des Staates auf jene Fälle zu beschränken, in denen sie zur Vermeidung von Zwang durch private Personen erforderlich ist“ (HAYEK 1971: 28). Dadurch wird der Zwang, den der Staat ausüben muss, auf ein Mindestmaß verringert. „Zwang nach bekannten Regeln, der im allgemeinen die Folge von Umständen ist, in die sich die zu zwingende Person selbst begeben hat, wird auf diese Weise ein Werkzeug, das den Individuen in der Verfolgung ihrer eigenen Ziele hilft, und nicht ein Mittel, das zur Erreichung der Ziele anderer verwendet wird“ (HAYEK 1971: 29).

Nach dem ersten Teil Hayeks „Verfassung der Freiheit“ wissen wir nun, dass Freiheit seiner Auslegung nach nicht gleich politische Freiheit, sprich Demokratie ist. Und wir wissen, dass die Freiheit ein hohes Gut ist, dessen Realisierung einem Staat am Herzen liegen muss. Das Mittel zur Sicherung des gesellschaftlichen Friedens ist für Hayek der Fortschritt, also der Ausbau materiellen Wohlstandes. Der Weltfriede und die Zivilisation hängen so sehr von andauerndem, schnellem Fortschritt ab, dass wir „nicht nur Geschöpfe sondern auch die Gefangenen des Fortschritts“ seien (vgl. HAYEK 1971: 64). „Selbst wenn wir wollten, könnten wir jetzt nicht die Hände in den Schoß legen und in Ruhe genießen, was wir erreicht haben“. Auch „ein geringes Nachlassen unseres Fortschrittstempos [könnte] das Verderben bringen“ (HAYEK 1971: 64).

Er geht soweit, die Existenz unserer Zivilisation direkt vom Fortschritt abhängig zu machen, indem er schreibt: „In gewissem Sinn ist Zivilisation Fortschritt und Fortschritt Zivilisation. Die Erhaltung der Zivilisation, die wir kennen, hängt vom Wirken von Kräften ab, die unter günstigen Umständen Fortschritt hervorbringen. Es ist schon richtig, dass die Entwicklung nicht immer zum besseren führt, aber ohne die Kräfte, die sie hervorbringen, könnte die Zivilisation und alles, was wir schätzen – tatsächlich fast alles, das den Menschen vom Tier unterscheidet -, nicht bestehen oder sich zumindest nicht lange erhalten.“ Fortschritt umfasst bei Hayek so gut wie alles: Er habe fast alles geschaffen, was wir als wesentlich für das menschliche Leben ansehen (HAYEK 1971: 59). Der Fortschritt bezeichnet auch „einen Prozeß Bildung und Modifikation des menschlichen Intellekts“. Er bezeichnet „die Auffindung des noch nicht Bekannten“. Hayek bezeichnet das als ein „allgemeines Verständnis des Charakters dieses Wachstumsprozesses“. (HAYEK 1971: 51). Und es sei immer auch ein Prozess, dessen Ausgang wir noch nicht kennen - weil wir gar nicht wirklich wüssten, was wir suchen.

Hayek geht dabei nicht unbedingt davon aus, dass uns die Ergebnisse des Fortschrittsstrebens glücklicher machen. Und so äußert er zwar Verständnis für eine kritische Haltung dem Wachstum gegenüber, sieht den Fortschritt, also das Wachstum, letztendlich aber doch als *Ultima Ratio* für die Sicherung des Friedens und der gesellschaftlichen Stabilität. Er selbst zweifelt daran, ob uns das ständige Streben nach mehr zu glücklicheren Menschen macht: „Ob wir, wenn wir im gegenwärtigen Entwicklungsstadium stehen bleiben müssten, in irgend einem Sinn besser daran oder zufriedener wären, als wenn wir vor hundert oder tausend Jahren stehen geblieben wären, ist wahrscheinlich eine unbeantwortbare Frage.“ (HAYEK 1971: 52). Trotzdem führt für Hayek kein Weg an diesem Streben vorbei. „Fortschritt ist Bewegung um der Bewegung willen, denn im Prozeß des Lernens und in den Ergebnissen des Erlernten genießt der Mensch die Gabe der Vernunft.“ (HAYEK 1971: 53). Und zwar deshalb, weil es nur in einer rasch fortschreitenden Gesellschaft möglich sei, dass möglichst viele Menschen an diesem Fortschritt teilhaben. Fortschritt, wie wir ihn gewöhnt seien, könne nicht ohne Ungleichheit vonstatten gehen. Man findet bei Hayek aber kein Indiz dafür, dass er in dieser Ungleichheit eine Gefahr für die Stabilität der Gesellschaft ortet. Es müsse quasi Vorreiter geben, die den Weg des Fortschritts zuerst gehen und diesen für die nachfolgenden, ärmeren Schichten ebnen. „Der Weg des Fortschritts ist viel leichter, wenn er schon vorher begangen wurde“ (HAYEK 1971: 55).

Daher schreibt Hayek vor allem dem schon industrialisierten Westen eine bedeutende Rolle zu, weil dieser eine gewisse Vorbildfunktion innehatte, die er weiterhin ausüben müsse, weshalb er sich nicht zurücklehnen dürfe. „Viele Verbesserungen würden tatsächlich nie eine Möglichkeit für alle werden, wenn sie nicht lange vorher für einige erreichbar gewesen wären. Wenn jeder auf die besseren Dinge zu warten hätte, bis sie allen geboten werden können, würde der Tag in vielen Fällen nie erscheinen. Auch die heute Ärmsten verdanken ihr relatives materielles Wohlsein den Folgen vergangener Ungleichheit.“ (HAYEK 1971: 55). Daher betrachtet Hayek Armut auch nicht als einen absoluten, sondern einen relativen Begriff. „Das meiste, wonach wir streben, sind Dinge, die wir wollen, weil andere sie schon haben“. Deshalb kommt Hayek zu dem Schluss: So lange sich eine Gesellschaft „im Fortschritt befindet, müssen einige führen und die Übrigen nachfolgen“ (HAYEK 1971: 56). Und deshalb müsste auch eine sozialistische Gesellschaft eine freie Gesellschaft nachahmen. Beide Gesellschaftsformen kommen Hayek zufolge an der Ungleichheit nicht vorbei, würden sogar dasselbe Maß an Ungleichheit aufweisen. Nur mit dem Unterschied, dass diese temporäre Ungleichheit in einer sozialistischen Gesellschaft geplant, in einer freien Gesellschaft durch die Ordnung

des Marktes sich natürlich ergebe (HAYEK 1971: 57). Die sozialistische Gesellschaft würde dadurch auf das Problem stoßen, dass sie immer eine Gruppe bestimmen müsste, die den Fortschritt vorlebt, sodass ihnen die übrigen Gruppen der Gesellschaft nacheifern können.

Sowohl innerhalb einer Nation als auch global betrachtet sei Umverteilung durch gezielte Eingriffe der staatlichen Autoritäten nicht der richtige Weg zur Förderung des Fortschritts. Weil dadurch nämlich der Fortschritt „der ganzen Kolonne“ verzögert würde „und mit der Zeit auch die zuletzt liegenden aufhalten“ würde (HAYEK 1971: 59).

Seiner negativen Haltung dem Sozialismus und der Planwirtschaft gegenüber verleiht er auch in seinem Standardwerk „der Weg zur Knechtschaft“ Ausdruck. Der Sozialismus widerspreche nämlich auf der ganzen Linie dem Individualismus, in dessen Dienst er gewissermaßen seine Arbeit gestellt hat. Den Wesensgehalt des Individualismus bildet Hayek zufolge die „Anerkennung des Individuums als des obersten Richters über seine Ziele, die Überzeugung, daß es, soweit nur irgend angängig, in seinen Handlungen seinen eigenen Anschauungen folgen solle“ (HAYEK 1945: 86). In totalitären Systemen, so auch im Sozialismus, würden zuerst die obersten Moralvorstellungen definiert und dann die Gesellschaft und damit auch das Wirtschaftsleben so organisiert, dass dieses Ziel möglichst erreicht wird. Die allgemeine Festlegung der Bedeutung von „Glück“ schließe jede individuelle Definition aus und könne daher nicht erstrebenswert sein. Die individuelle Freiheit werde vor allem dann unterdrückt, wenn der Staat in Sphären eingreift, in denen keine Einigkeit besteht. Und so müsse auch der überwiegende Teil der Produktionsmittel in den Händen von Privatpersonen und nicht in jenen des Staates sein, damit keine zu starke Abhängigkeit der Individuen vom Wohlwollen des Staates entsteht (HAYEK 1945: 87).

Dabei richtet sich Hayeks Argumentation zwar gegen staatliche Zwänge, aber keineswegs gegen gewisse Einschränkungen: Ein Mindestmaß an Grenzen sei notwendig, um den Wettbewerb zu erhalten. Diese Grenzen seien vor allem da nicht wegzudenken – und hier entspricht Hayeks Argumentation der von Friedman, auf den ich noch zurückkommen werde – wo der Wettbewerb ohne staatliche Eingriffe in Gefahr geriete: „Es ist eine Übertreibung, aber nicht ganz unzutreffend, wenn man sagt, daß die Auslegung der Grundprinzipien des Liberalismus als das Fehlen jeglicher staatlichen Tätigkeit, anstatt als einer Politik, die bewußt den Wettbewerb, den Markt und die Preise als sein ordnendes Prinzip anerkennt und die das gesetzliche Rahmenwerk, das vom

Staat erzwungen wird, dazu benützt, den Wettbewerb so wirksam und wohltätig wie möglich zu machen – und ihn dort und nur dort zu ergänzen, wo er nicht anwendbar ist – daß diese Auslegung vielleicht ebenso schuld ist an dem Verfall des Wettbewerbs wie die aktive Unterstützung, die die Regierungen direkt oder indirekt dem Anwachsen der Monopolwirtschaft gewährt haben“ (HAYEK 1952: 145). So könne der Wettbewerb durch bestimmte staatliche Maßnahmen wirksamer und erfolgreicher gemacht werden als ohne sie. Das Funktionieren eines Marktes setze nicht nur die Verhinderung von Gewalt und Betrug voraus, sondern auch den Schutz gewisser Rechte, wie etwa des Eigentums und die Erzwingung der Erfüllung von Verträgen (HAYEK 1952: 145). Auf den staatlichen Schutz der Eigentums- und Vertragsrechte werde ich an späterer Stelle noch intensiver eingehen, wenn ich Milton Friedman behandle.

Hayek gesteht darüber hinaus durchaus ein, dass der Markt nicht in der Lage ist, für alles zu sorgen. Es gebe gewisse Dienstleistungen, die der Markt nicht bereitstellen könne. Dazu zählen etwa sanitäre und sonstige der Gesundheit dienende Maßnahmen. Der Markt versagt bei der Bereitstellung dieser Dienstleistungen, weil von jenen, denen sie zugute kommen, kein Preis gefordert werden könne – oder, anders formuliert, dass man ihre wohltätige Wirkung nicht auf jene beschränken könne, die bereit oder imstande sind, dafür zu bezahlen (HAYEK 1952: 146). Auch diesen Punkt werde ich später noch genauer behandeln: Dass Kapitalisten den Staat auf seine Aufgabe der Daseinsvorsorge reduzieren. Er soll jene unterstützen, denen, aus welchen Gründen auch immer, die Mittel fehlen, um das Nötigste auf dem Markt zu erwerben. Ein wohlhabender Mensch ist, zum Beispiel, nicht auf ein staatliches Gesundheitswesen angewiesen, sondern kann auf private medizinische Leistungen zurückgreifen.

Hayeks Argumentation kann als Plädoyer für den Kapitalismus verstanden werden. Er spricht sich gegen gezielte Umverteilung aus und argumentiert, dass der Fortschritt als eine Art natürlicher Prozess vonstatten ginge, in den nicht eingegriffen werden dürfe, um ihn den ärmeren Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zuteil werden zu lassen wie den wohlhabenderen, die bei ihm als eine Art Speerspitze des Fortschritts umrissen werden. Auch die technologisch und in Bezug auf die monetären Ressourcen überlegene Position des industrialisierten Westens geht aus Hayeks Überlegungen nicht als etwas zu Verwerfendes hervor, sondern vielmehr als eine Notwendigkeit, um den ärmeren Massen der Welt den Weg in Richtung Wohlstand zu weisen. Auch wenn Hayek selbst Zweifel daran zulässt, ob der Fortschritt eine Gesellschaft glücklicher macht, so ist das Streben nach Höherem, nach mehr, doch unumgänglich. Hayek greift Milton Friedman

vor, wenn er schreibt, dass der Markt nicht ganz ohne den Staat auskommt. Die Bedingungen, die das Abschließen von Verträgen ohne Ausübung von Zwang sicherstellen, können nur vom Staat geschaffen werden, ebenso wie nur der Staat den Schutz von Privateigentum garantieren kann.

3.3.2 Ludwig von Mises und das Zeitalter des Kapitalismus

Ludwig von Mises, der der dritten Generation der Österreichischen Schule angehört und somit Hayeks Vorgänger ist, sieht den Liberalismus als jene Gesellschaftsordnung an, die der größten Masse an Menschen den größten möglichen Wohlstand beschert. Dabei ist anzumerken, dass Mises „Liberalismus“ mit „Kapitalismus“ gleichsetzt: „Eine Gesellschaft, in der die liberalen Grundsätze durchgeführt sind, pflegen wir die kapitalistische Gesellschaft zu nennen, und den Gesellschaftszustand als Kapitalismus zu bezeichnen.“ (*MISES* 1927: 9).

Er spricht vom „Zeitalter des Kapitalismus“, weil die sogenannten „kapitalistischen Institutionen“ für „alles das, was den Reichtum unserer Zeit geschaffen hat“ verantwortlich zeichneten (*MISES* 1927: 9). Und dieser Kapitalismus wiederum habe es ermöglicht, dass eine breitere Masse zu Wohlstand gekommen ist. Es ist anzunehmen, dass Mises dabei von dem spricht, was wir heute als „Mittelschicht“ bezeichnen: „Nur dem, was von liberalen Ideen in unserer Gesellschaft lebendig ist, was unsere Gesellschaft an Kapitalismus enthält, danken wir es, dass die große Masse unserer Zeitgenossen eine Lebenshaltung führen kann, die hoch über der steht, die noch vor wenigen Menschenaltern dem Reichen und besonders Begünstigten möglich war.“ Jene, die bezweifeln, dass der Kapitalismus Wohlstand für die Masse hervorbringe, fungieren bei Mises als „Demagogen“: Höre man die „übliche demagogische Phrase“, so könnte man glauben, „dass alle Fortschritte der Produktionstechnik ausschließlich einer schmalen Schicht zugute kommen, wohingegen die Massen immer mehr und mehr verelenden“ (*MISES* 1927: 9). So sieht er das nämlich gar nicht. Im Gegenteil, die industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts habe „eine bessere Befriedigung des Massenbedarfes“ bewirkt. Die „Massen“ könnten sich seitdem besser kleiden und hätten einen besseren Zugang zu Nahrung. Außerdem hätten sie die Möglichkeit, am kulturellen Geschehen teilzunehmen und etwa ins Theater zu gehen.

Mises ist so überzeugt von der Idee, dass Liberalismus Wohlstand für die breite Bevölkerung hervorbringt, dass aus seinen Zeilen regelrechte Missgunst jenen gegenüber herauszulesen ist, die das anders sehen. Er wirft ihnen gar vor, die Ausdrücke „liberal“ und „Liberalismus“ entwerten zu wollen. Entgegen der Kapitalismuskritik dieser „Demagogen“ ist Mises der Ansicht, dass die liberale Gesellschaft nicht vom „hartherzigen Kapitalisten“ zehre, der an nichts anderes denkt „als an seine Bereicherung“, für die er auch die „Ausbeutung der Mitmenschen“ nicht scheut (*MISES* 1927: 10).

Dem hält Mises folgendes Argument entgegen: „Der Liberalismus ist keine Politik im Interesse irgendeiner Sonderschicht, sondern eine Politik im Interesse der Gesamtheit.“ Liberalismus ist laut Mises nicht, wie dessen Gegner meinten, „eine Politik zugunsten der Reichen gegen die Armen“ (*MISES* 1927: 11). Das nimmt Mises zum Anlass für eine gesamtgesellschaftliche Kritik, wenn er, fast trotzig, feststellt: „In unserem Zeitalter, in dem die antiliberalen Idee herrschen, denken alle antiliberal, so wie vor hundert Jahren die meisten liberal gedacht haben.“

Liest man Mises, erhält man einerseits den Eindruck, er erfahre durch die Kritik an der von ihm verteidigten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fast eine persönliche Kränkung. Andererseits klingt er zornig, wenn er sich mit dem Sozialismus auseinandersetzt, den er als „Lebenslüge“ und jene, die ihn vertreten, als „Neurotiker“ bezeichnet, die sich an seine „Lebenslüge“ klammern. In der sozialistischen Idee finde der überzeugte Sozialist Trost, denn sie verspricht ihm all das, was ihm bislang in seinem Leben verwehrt geblieben ist: „Das sozialistische Paradies wird das Reich der Vollendung sein, bevölkert von lauter restlos glücklichen Übermenschen. Alle sozialistischen Schriften sind voll von solchem Unsinn. Doch es ist gerade dieser Unsinn, der ihnen die meisten Anhänger wirbt (*MISES* 1927: 15). Der Liberalismus sei im Gegensatz dazu realistischer und seine Vertreter seien sich bewusst, dass er kein Allheilmittel ist (*MISES* 1927: 14ff.).

Mises verwendet den Begriff Liberalismus in seiner wirtschaftlichen Bedeutung und setzt Liberalismus als untrennbar von Kapitalismus voraus. Wie oben beschrieben: Eine in seinen Augen funktionierende Gesellschaft ist eine liberal organisierte, und könne als kapitalistische Gesellschaft bezeichnet werden. Daraus leitet er auch ab, welchen Grundsätzen eine liberal organisierte Gesellschaft entsprechen müsse: Sie muss Recht auf Eigentum und Frieden garantieren (*MISES* 1927: 35). Demokratie ist für Mises „ganz

etwas anderes als das, was sich die Romantiker der unmittelbaren Demokratie vorstellen“. Er fordert, dass Berufspolitiker regieren, die vom Volk gewählt und dadurch legitimiert werden. Von einer „pseudo-demokratischen Theorie von der Staatsverwaltung“, in der „das ganze Volk regiert und verwaltet“ (Mises 1927: 35) hält er überhaupt nichts. Damit spricht er sich gegen die direkte Demokratie aus. Es ist in seinen Augen nämlich „durchaus nicht eines Mannes unwürdig, sich von anderen regieren zu lassen“ (MISES 1927: 36). Durch Wahlen erhält die politische Klasse auch die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung, was wiederum „den Bürgerkrieg, die Revolution, den Putsch“ unwahrscheinlich macht. Ein derartiger unfriedlicher Zustand nämlich stehe der wirtschaftlichen Entwicklung im Wege (MISES 1927: 37).

Demokratie ist bei Mises also Mittel zum Zweck: Eine Möglichkeit, eine Gesellschaft zu befrieden, damit sich die Wirtschaft ungestört weiterentwickeln und Wohlstand geschaffen werden kann: „Eine dauernde Aufwärtsbewegung der Wirtschaft ist nicht möglich, wenn der friedliche Gang der Geschäfte immer wieder durch innere Kämpfe unterbrochen wird“ (MISES 1927: 37). Das Volk muss durch Wahlen am politischen Prozess beteiligt werden, um diesen Zustand des Friedens zu sichern. Und zwar das gesamte Volk, nicht nur bestimmte Klassen. Mises deklariert sich damit als Gegner des Ständestaats und als Befürworter der Demokratie.

England hätte also nie den modernen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, wäre es nicht gelungen, den Bürgerkrieg zu beenden. Ereignisse wie die Französische Revolution könne die moderne Wirtschaft überhaupt nicht mehr verkraften – weil allein die Angst der Bevölkerung vor solchen Unruhen das großstädtische Leben lahm legen würde (MISES 1927: 37).

Die Demokratie erfüllt bei Mises also eine gesellschaftliche Funktion. Und da die Gesellschaft eine liberale ist und Liberalismus bei Mises gleich Kapitalismus ist, erfüllt Demokratie eine Funktion für die Wirtschaft. Sie ermöglicht es dem Volk, seine Regierung durch Wahlen auf friedlichem Wege ihres Amtes zu entheben, sofern diese sich nicht mehr zu ihrer Wähler Zufriedenheit verhält: „Der Wahlapparat und der Parlamentarismus sorgen schon dafür, dass sich der Regierungswechsel glatt und reibungslos, ohne Gewaltanwendung und ohne Blutvergießen vollzieht“ (MISES 1927: 37). Damit sichert sie den Frieden. Und die Wirtschaft kann in Ruhe wachsen.

3.4 Friedman und die Heilkraft des „Wettbewerbs-Kapitalismus“

Der 1912 in Brooklyn, New York, geborene Milton Friedman gilt als einer der bedeutendsten Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts. 1976 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Bekannt wurde er vor allem für seine Theorie der Geldmenge (Monetarismus), die im Gegensatz zur nachfrageorientierten keynesianischen Schule entstand, und für seine weit reichenden Analysen zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit. Als klassischer Liberaler vertritt Friedman nämlich die klassische Theorie zum genannten Zusammenhang: wirtschaftliche Freiheit fördert politische Freiheit. Somit ist Kapitalismus das Tor zur Demokratie, wenngleich es sich auch nicht immer auf Anhieb öffnet.

In seinem Standardwerk „Kapitalismus und Freiheit“, dessen Titel schon große Rückschlüsse auf seinen Inhalt und damit Friedmans Thesen zulässt, geht er zunächst davon aus, dass Wirtschaft und Politik eng miteinander verknüpft sind und nicht als voneinander getrennte Sphären betrachtet werden können. Damit will er vor allem darauf hinweisen, „dass eine sozialistische Gesellschaft nicht zugleich demokratisch sein kann“. „Demokratisch“ bedeutet für Friedman, dass die persönliche Freiheit des Einzelnen garantiert wird. Diese Funktion könne nur eine kapitalistische Gesellschaft erfüllen (*FRIEDMAN* 1962: 30). So formuliert Friedman: „[...] wirtschaftliche Freiheit [ist] ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Erreichung politischer Freiheit (*FRIEDMAN* 1962: 31). Wirtschaftliche Freiheit mache nämlich einen bedeutenden Teil der „ganzen Freiheit“ und somit auch der politischen Freiheit aus. (*FRIEDMAN* 1962: 32). Man darf dabei voraussetzen, dass Friedman die Demokratie, um die es in dieser Arbeit geht, der politischen Freiheit zuordnet, wenn nicht gar als mit ihr gleichbedeutend erachtet.

Friedman spricht von zwei Sphären der Macht: Der politischen Macht einer-, und der wirtschaftlichen Macht andererseits. Diese seien zwar eng miteinander verknüpft, müssten aber dennoch voneinander getrennt werden. Dafür Sorge der „Wettbewerbs-Kapitalismus“, jene wirtschaftliche Organisationsform, die unmittelbar für wirtschaftliche Freiheit sorgt. Er trennt die wirtschaftliche Macht von der politischen Macht und ermöglicht es dabei den beiden „Mächten“, „sich gegenseitig zu neutralisieren“ (*FRIEDMAN* 1962: 32).

Friedman beschreibt den Zusammenhang zwischen der Demokratie und dem freien Markt wie folgt: Eine demokratische Gesellschaft ist immer auch eine kapitalistische Gesellschaft, zumindest lehrt das die Geschichte. In die andere Richtung allerdings ist dieser Zusammenhang kein unmittelbarer. Kapitalismus sei zwar „eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit“, nicht aber eine hinreichende Bedingung (*FRIEDMAN* 1962: 32). Das faschistische Italien, das faschistische Spanien und etliche andere Beispiele belegen, dass eine kapitalistische Gesellschaft nicht immer auch eine demokratische sein muss. „Das waren alles Gesellschaften, die man offenkundig nicht als politisch frei bezeichnen kann. Dennoch war in allen das private Unternehmertum die dominante Form der wirtschaftlichen Organisation. Es ist also ohne weiteres möglich, wirtschaftliche Strukturen zu haben, die fundamental kapitalistisch sind, und politische Strukturen, die zugleich unfrei sind“ (*FRIEDMAN* 1962: 33).

Geschichtliche Evidenz hält Friedman aber nicht für überzeugend genug, denn sie könnte ja auch dem Zufall geschuldet sein. Also begibt er sich auf die Suche nach den „logischen Verbindungsgliedern“ zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit. Dazu setzt er den Markt als einen direkten Bestandteil der Freiheit voraus und betrachtet daraufhin die indirekten Verbindungen zwischen marktwirtschaftlichen Strukturen und politischer Freiheit. Daraus verspricht er sich, die „ideale Wirtschaftsstruktur für eine freie Gesellschaft aufzuzeigen“ (*FRIEDMAN* 1962: 34 ff.).

Weil er sich als Liberaler betrachtet, steht für ihn die Freiheit des Individuums über allem. Sie ist „das höchste Ziel aller sozialen Einrichtungen“. Damit lässt Friedman schon anklingen, worin er die Aufgabe des Staates sieht: Freiheit ist für ihn ein Wert, der etwas „mit den Beziehungen der Menschen untereinander“ zu tun hat (*Friedman* 1962: 35). Was das Individuum mit seiner Freiheit anfängt, bleibt ihm selbst überlassen. Liberalismus, betont er, will die ethischen Probleme dem Einzelnen überlassen, das ist eines seiner Hauptziele (*FRIEDMAN* 1962: 35). Also, so kann man Friedman interpretieren, ist es Aufgabe einer liberal organisierten Gesellschaft und eines Staates, der sich in der liberalen Tradition sieht, dafür zu sorgen, dass diese Freiheit garantiert ist, nicht aber dem Bürger vorzuschreiben, was er daraus macht. Denn das wäre ja wieder eine Form von Bevormundung, welche die Freiheit ad Absurdum führen würde.

Der Mensch ist nach Auffassung der Liberalen ein „unvollkommenes Wesen“. Soziale Organisation habe daher zur Aufgabe, „schlechte“ Menschen daran zu hindern, Schlimmes zu tun, sowie „gute“ Menschen in den Stand zu setzen, Gutes zu tun“

(FRIEDMAN 1962: 35). Was ein „schlechter“ und was ein „guter“ Mensch ist, liege im Auge des Betrachters. Daraus ergibt sich das „Grundproblem der sozialen Organisation“, dass da laute, die wirtschaftlichen Aktivitäten einer großen Menge von Menschen zu koordinieren (FRIEDMAN 1962: 35), dabei aber nicht soweit zu gehen, die Menschen in ihrer Freiheit einzuschränken (FRIEDMAN 1962: 36). Weil Friedman als Liberaler der zentral gelenkten Koordination, die auch mit Zwang arbeitet, gegenüber abgeneigt ist, hält er die „Koordination durch freiwillige Kooperation“ für den richtigeren Weg. Eine solche kann aber nur zustande kommen, wenn beide Parteien, die an einer wirtschaftlichen Transaktion beteiligt sind, auch von dieser profitieren. Das wiederum sei nur möglich, wenn die Transaktion freiwillig und in vollem Wissen beider Parteien darüber, was geschieht, zustande kommt (FRIEDMAN 1962: 36). Ein solcher Austausch kann „Koordination ohne Zwang“ herbeiführen, schreibt Friedman. Eine Gesellschaft, die auf solchen zwangsfreien Transaktionen basiert, ist die von Friedman angestrebte *„freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft“*, auch genannt „Wettbewerbs-Kapitalismus“ (FRIEDMAN 1962: 36).

Diese Form des Austausches wird dann genützt, wenn für die einzelnen Haushalte Arbeitsteilung attraktiver ist als Subsistenzwirtschaft, also Produktion für den eigenen Verbrauch. Arbeitsteilung und Spezialisierung wird dann attraktiver als Selbstversorgung, wenn man dadurch mehr produzieren kann. Natürlich muss ein Haushalt vom Austausch profitieren, sonst kann er sich im Zweifelsfall ja immer für die Selbstversorgung entscheiden und den Austausch ausschlagen (FRIEDMAN 1962: 37). In der modernen Gesellschaft, schreibt Friedman, sei man ohnehin über den Haushalt als die kleinste Produktionseinheit hinausgekommen. In dieser modernen Gesellschaft gibt es Unternehmen, diese seien ein „Bindeglied“ zwischen der „Kapazität der Individuen als Lieferanten von Dienstleistungen und als Käufer von Gütern“ (FRIEDMAN 1962: 37). Außerdem sei man durch die Einführung des Geldes als Mittel über den Tausch Ware gegen Ware übereingekommen, was die Tauschvorgänge wesentlich vereinfacht habe. Dadurch seien die Vorgänge Kauf und Verkauf voneinander getrennt worden (FRIEDMAN 1962: 37). Freiwillig blieben diese Vorgänge, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt seien: Die Unternehmen müssen privat sein, damit es sich bei den Tauschpartnern um Individuen handelt. Und zweitens müssten diese Individuen frei sein, damit auch der Austausch auf freiwilliger Basis statfinde.

Die größte Gefahr für diese auf Freiwilligkeit beruhenden Tauschvorgänge sind für Friedman Monopole. Sie verhinderten eine effektive Freiheit, indem sie dem Individuum

die Alternativen und damit die Wahlfreiheit nehmen (*FRIEDMAN* 1962: 37). Diese „effektive Freiheit des Austausches“ muss gewahrt sein, dann, wie Friedman schreibt, ist das Hauptkennzeichen der Marktwirtschaft, „dass sich niemand in die Angelegenheiten eines anderen einmischen kann“ (*FRIEDMAN* 1962: 37), erfüllt. Die Freiheit des Einzelnen begründet darauf, dass er stets wählen kann, ob er ein Angebot annimmt oder doch lieber ein anderes. Umgekehrt kann auch der Konsument keinen Anbieter dazu zwingen, ihm etwas zu verkaufen – weil der Anbieter seine Ware im Zweifelsfalle einem anderen Konsumenten verkaufen kann. „All das wird auf dem Markt ohne eine zentrale Instanz erreicht“ (*FRIEDMAN* 1962: 37).

Friedman erkennt in der Marktwirtschaft das Mittel zur völligen Freiheit des Konsumenten von Zwang. Der Markt gebe den Menschen das, was sie wollen und nicht das, was ihnen womöglich von einer kleinen Gruppe aufgezwungen wird. „Hinter den meisten Argumenten gegen den freien Markt steckt der mangelnde Glaube in die Freiheit selbst“ (*FRIEDMAN* 1962: 37).

Die Überzeugung Friedmans, dass es keine politische ohne wirtschaftliche Freiheit gibt, spricht aus so gut wie jeder seiner Zeilen. Sie ist so stark, dass er es gar nicht in Erwägung zieht, dass es anders sein könnte. Wie schon angeführt, beschreibt er Freiheit als eine „Freiheit von Zwang“, also als Entscheidungsfreiheit. Wirtschaftliche Freiheit bedeutet demnach, ohne Einfluss von Zwang eine Konsumententscheidung tätigen zu können. Und politische Freiheit bedeutet, „dass es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf“ (*FRIEDMAN* 1962: 38). Macht muss laut Friedman möglichst reduziert und, was davon übrig ist, möglichst breit gestreut werden. Die politischen Instanzen müssen der Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktivitäten enthoben werden, dadurch eliminiere der Markt die Quelle der Macht (Friedman 1962: 39). Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Macht sei politische Macht nur sehr schwer zu dezentralisieren.

Der Markt trage laut Friedman wesentlich dazu bei, politische Freiheit zu bewahren. Für Friedman ist ein Merkmal der politischen Freiheit die Möglichkeit des Einzelnen, öffentlich für seine Überzeugungen einzutreten – selbst, wenn diese vom System der Mehrheit abweichen. In diesem Punkt ist die kapitalistische Gesellschaft in Friedmans Augen der sozialistischen freilich weit voraus: So könne in ersterer „jedermann ganz offen für den Sozialismus eintreten und für seine Verwirklichung arbeiten“ (Friedman 1962: 40). Umgekehrt sei das hingegen nicht der Fall. Die Freiheit, „den Kapitalismus zu

predigen, sei in einer sozialistischen Gesellschaft so nicht gegeben“ (*FRIEDMAN* 1962: 41). Das Regulativ, das diese Freiheit in der kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht, ist dabei der Markt, und ganz zu Beginn das Geld. Und zwar auf folgende Art und Weise:

- Um überhaupt in der Lage zu sein, sich für etwas einzusetzen, müsse man zunächst über genügend Mittel verfügen, die eine gesicherte Existenz ermöglichen. Weil in der sozialistischen Gesellschaft aber alle Jobs unter politischer Kuratel stehen, käme ein „Plädoyer für den Kapitalismus“ einem „Akt der Selbstverleugnung gleich“. Weil man quasi die Hand beißt, die einen füttert, indem man gegen seinen eigenen Arbeitgeber auftritt. Das ist die erste Hürde (*FRIEDMAN* 1962: 40).
- Sei diese einmal genommen, so stellt sich die nächste in den Weg: Die Finanzierung der Kampagne für den Kapitalismus. Über ausreichend Mittel könnten in einer sozialistischen Gesellschaft aber einzig hohe Staatsfunktionäre verfügen, weil das übrige Volk keine ausreichend hohen Einkommen hat. Laut Friedman erfordere es eine „große Einbildungskraft“, sich vorzustellen, dass sich ein solcher finden lässt, der derartige „subversiven“ Aktivitäten finanziere (*FRIEDMAN* 1962: 40).
- Da diese Möglichkeit der reichen Financiers wegfällt, könne man sich noch an viele kleine Funktionäre wenden. Allerdings beißt sich hier die Katze in den Schwanz: Diese müssten ja bereits von den Ideen, die sie dann vertreten sollen, überzeugt sein, um wiederum finanzielle Mittel zu deren Verbreitung bereit zu stellen. Sind sie aber nicht, weil eben das Geld für große Kampagnen fehlt. In einer kapitalistischen Gesellschaft sei es also nur erforderlich, ein paar reiche Menschen zu überzeugen – schon hätte man die Mittel, wobei es völlig egal sei, wie merkwürdig diese Idee sei. Die „Rolle der ungleichen Vermögensverteilung bei der Bewahrung politischer Freiheiten wird nur selten gewürdigt – und die Rolle des finanziellen Förderers“ (*FRIEDMAN* 1962: 41).
- An dieser Stelle tritt der Markt aufs Tapet. In einer kapitalistischen Gesellschaft müssten jene Menschen, die über Geld verfügen, nicht einmal völlig davon überzeugt werden, dass es sich bei den zu finanzierenden Ideen um schlüssige handelt. Es sei völlig ausreichend, diesen Leuten begreiflich zu machen, dass „die Propagierung einer Idee an sich erfolgreich sein wird“ (*FRIEDMAN* 1962: 41).

Sprich, dass das Projekt einen Profit abwerfen wird. So könne es sich ein unter Wettbewerbsdruck stehender Verleger etwa nicht leisten, etwas zu veröffentlichen, womit nur er alleine einverstanden ist. „Der einzige Prüfstein für die Güte der Ideen, die er vertreibt, ist der Markt. Der Markt muss groß genug sein, um eine entsprechende Dividende für seinen verlegerischen Einsatz zu erbringen“ (*FRIEDMAN* 1962: 41).

- Eine sozialistische Gesellschaft, in der allein „der allmächtige Staat“ regiere, biete solche Möglichkeiten nicht (*FRIEDMAN* 1962: 41). Zwar könnte das sozialistische Regime ein Büro zur Finanzierung subversiver Propaganda zur Verfügung stellen. Es wisse aber nicht, welche Leute es unterstützen soll. Und wenn es einfach all jenen Geld geben würde, die eine neue Idee haben, wären die Mittel schnell zu Ende. Schließlich würde diese Vorgehensweise die Freiheit ad absurdum führen: Stelle das Regime einfach jedem Geld zur Verfügung, so würde das Angebot an Leuten, „die radikale Ideen unterstützen wollen, sehr schnell grenzenlos sein.“ Weil sie sich nämlich einen Profit davon versprechen (*FRIEDMAN* 1962: 41).

Friedman räumt zwar eine vage Möglichkeit ein, dass all diese Schwierigkeiten zu überwinden seien und die Freiheit auch in einer sozialistischen Gesellschaft zu erhalten sei. Es sei aber „ganz klar“, dass es reale Schwierigkeiten gebe, die Einrichtungen zu schaffen, die dafür sorgen könnten, dass im Sozialismus auch Andersdenkende zu Wort kämen. Wie eine kapitalistische Gesellschaft mit freien Märkten diese Freiheiten verbürgt, sei im Gegensatz dazu offensichtlich (*FRIEDMAN* 1962: 41). Obwohl Friedman der Kommunismus zuwiderläuft, müsse es eine freie Gesellschaft nichtsdestotrotz ertragen, dass sein Geist herumspukt: „Man mag – so wie ich – der Meinung sein, dass der Kommunismus unsere sämtlichen Freiheiten zerstören würde, man mag ihn so kritisch und so stark ablehnen, wie überhaupt nur möglich, und doch dabei die Ansicht vertreten, dass es in einer freiheitlichen Gesellschaft unerträglich ist, wenn jemand davon abgehalten wird, mit anderen beidseitig attraktive Abmachungen zu treffen, nur weil der andere für den Kommunismus eintritt oder versucht, dessen Gedankengut zu verbreiten“ (*FRIEDMAN* 1962: 44). Auch wenn Freiheit gleichsam bedeute, dass andere unter ihnen missfallenden Umständen keine Vereinbarungen mit jemand anderem zu treffen brauchen (*FRIEDMAN* 1962: 44).

3.5 Zusammenfassung und Synthese

Wenn Liberale und überzeugte Kapitalisten der freien Marktwirtschaft huldigen, dann unterstellen sie, dass diese automatisch dazu führt, dass über kurz oder lang alle Teile einer Gesellschaft davon profitieren. Das tut Johan Norberg im „Kapitalistischen Manifest“, wenn er vom Wachstum als „dem besten Mittel gegen Armut“ spricht, ebenso wie Hayek, demzufolge es „Vorreiter“ des Fortschrittes geben müsse, die den ärmeren Teilen der Bevölkerung den Weg zum Wohlstand weisen. Kapitalisten streiten also nicht ab, dass der Fortschritt, oder eben das Wachstum, Ungleichheiten mit sich bringt, sondern bezeichnen diese Ungleichheiten als etwas ganz Natürliches.

Die liberalen, vom Kapitalismus überzeugten Ökonomen, sind der Überzeugung, dass Wohlstand für die Masse und in Folge Demokratie erst durch Kapitalismus möglich wird. Kapitalismus steht für Wirtschaftswachstum. Mit Zahlen untermauert wird das erst von Ökonomen und Soziologen der späten 1950er und der 1960er-Jahre (wie etwa Lipset), die aber zum selben Schluss kommen. Darum gefährden der wirtschaftsliberalen Sichtweise zufolge diese Ungleichheiten auch nicht die Stabilität der Gesellschaft, sondern tragen vielmehr zur Erhaltung dieser Stabilität bei: Weil Armut in ihren Augen relativ ist und die Ungleichheiten auch dazu führen können, dass immer mehr Menschen über immer mehr Wohlstand verfügen. Bei Ludwig von Mises ist die Demokratie ein Mittel zum Zweck und dient dazu, eine wachstumsfreundliche Umgebung zu schaffen und zu sichern.

4. Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat

Im folgenden Kapitel möchte ich mich mit der Bedeutung des Staates für das Wirtschaftswachstum auf der einen, und für die Daseinsvorsorge bzw. die Wohlfahrt auf der anderen Seite auseinandersetzen. Dabei möchte ich speziell auf die Widersprüche eingehen, die sich aus den Zuständigkeiten des Staates ergeben. Die Hauptfrage, die sich dabei stellt, ist, wie weit der Staat in den Markt eingreifen soll, ab welchem Punkt er Schaden anrichtet und aus welchen Bereichen er sich nicht zurückziehen kann, weil er so die schwächsten Glieder einer Gesellschaft sich selbst überlässt.

Das Thema ist insofern von besonderer Aktualität, als sich der Staat mit der aktuellen Wirtschaftskrise vor neue Herausforderungen gestellt sieht. Als Antwort auf die gravierenden Probleme in der Finanzwelt, die auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat, gewann der Staat neues Gewicht – indem Konjunkturpakete geschnürt und Banken sowie Industrieunternehmen notverstaatlicht wurden. Nun, da das Schlimmste überstanden ist, stellt sich die Frage, wann sich der Staat wieder zurückziehen soll. Den einen kann es nicht schnell genug gehen, die anderen wünschen sich, dass der neu gewonnene Einfluss erhalten oder gar ausgedehnt wird. Wie viel Staat verträgt der Markt tatsächlich? Welche Rolle spielt der Staat für die Demokratie, und welche für den Markt? Welche Widersprüche ergeben sich daraus, und schließlich: mit welchen Lösungsansätzen ist diesen zu begegnen? Dies sind die Fragen, die mich durch das kommende Kapitel leiten werden.

4.1 Entwicklung braucht einen starken Staat

Die aktuelle Wirtschaftskrise stellt einiges in Frage. Der Staat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten aus etlichen Bereichen zurückgezogen, manche gar von vornherein sich selbst überlassen. Ein Grund dafür könnte sein, dass die zuständigen Akteure von manchen der betroffenen Bereiche schlicht zu wenig Ahnung haben, um die Spielregeln vorzugeben. Ein Beispiel dafür ist etwa die Finanzwirtschaft, bei der es sich, wie sich herausgestellt hat, um eine Welt handelt, in der es kaum Regeln gibt. Die Krise auf den Finanzmärkten hat auch zu einer Krise in der sogenannten „Realwirtschaft“, also der Industrie, geführt - mit gravierenden Folgen für die Bürger der betroffenen Staaten. Mittlerweile erholen sich die Wirtschaft und auch der Arbeitsmarkt wieder. Dennoch führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass, betrachtet man die milliardenschweren nationalen und internationalen Hilfspakete, nur durch das Einspringen des Staates – besser: der Staaten – beziehungsweise der Europäischen Union als Staatengemeinschaft, das Schlimmste verhindert werden konnte. Und jetzt, wo es langsam wieder besser wird, wird nach einem Rückzug ebendieses Staates gerufen, der vor kurzem noch als Retter aufgetreten ist. Eine EU-weite Finanzmarktreform wurde zwar beschlossen, wie weit sie in der Lage ist, künftig Krisen zu verhindern, bleibt abzuwarten¹³.

Dass der Staat nicht völlig außen vor gelassen werden kann, ist also spätestens mit der Krise, die mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ihren Ausgang nahm, bewiesen. Die Debatte über zu viel oder zu wenig Staat ist aber schon wesentlich älter. Mit diesem Konflikt beschäftigt sich eine Studie der Weltbank aus dem Jahr 1997 mit dem Titel „The state in a changing world“. Die Autoren setzen sich in ihrer Arbeit mit der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte auseinander, die schließlich dazu führte, dass immer mehr Gewicht auf die Kraft des Marktes gelegt und der Staat infolgedessen zurückgedrängt wurde. Das Resultat war ein „minimalist state“: Ein Staat, der zwar keinen Schaden anrichten, aber auch wenig Gutes tun kann. Diese „extreme Ansicht“, heißt es in der Einleitung der Weltbank-Studie, stehe in Konflikt mit den Erfolgsgeschichten der Entwicklung auf der ganzen Welt, sei es die Industrialisierung im 19. Jahrhundert oder die Nachkriegs-„Wachstumswunder“

¹³ <http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/591986/index.do?from=suche.intern.portal>,
zugegriffen am 25. September 2010

Ostasiens. Diese Beispiele hätten gezeigt, dass Entwicklung einen *effizienten Staat* brauche, der die Aktivitäten privater Unternehmen und Einzelpersonen unterstützt und komplettiert. Die vom Staat dominierte Entwicklung sei gescheitert. Aber die staatslose ebenso - wie die „collapsed states“, wie beispielsweise Liberia und Somalia, bewiesen. Eine Regierung, so stellen die Autoren fest, sei kein Luxus, sondern eine unerlässliche Notwendigkeit. „Without an effective state, sustainable development, both economic and social, is impossible“ (WELTBANK 1997: *Foreword*). Denn, so schreiben die Autoren: „[...] market development without a functioning state is not an option. [...] In many countries the state is still not securing the economic and social fundamentals: a foundation of lawfulness, a benign (and stable) policy environment, basic social services, and some protection of the vulnerable. At the same time, it is overproviding many goods and services that private markets and voluntary initiative could deliver instead.“ (WELTBANK 1997: 39).

All das gilt natürlich insbesondere für die sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer, denn die modernen Demokratien des Westens könnten ohne eine entwickelte Staatlichkeit überhaupt nicht bestehen. Allerdings funktioniert in einer globalisierten Welt ohnehin kein Staat ohne den anderen, oder besser gesagt, kein Markt ohne den anderen, was wiederum bedeutet, dass ein Staat auf die Stabilität eines anderen Staates angewiesen ist, mit dem er Handel betreibt. Die Entwicklungs- und Schwellenländer sind mittlerweile überwiegend selbst Teile des globalisierten Welt- und Wirtschaftsgeschehens. Glaubt man zudem den Kapitalisten (wie in Kapitel I und II ausgeführt), so können Staaten ohnehin nur durch Teilhabe am Welthandel zu Wohlstand und in weiterer Folge Demokratie geführt werden. Die These, dass nur ein „effizienter Staat“, wie ihn die Weltbank beschreibt, zu ebendiesem Wohlstand und ebendieser Demokratie führt, scheint also, zumindest auf den ersten Blick, haltbar. Zudem ist festzuhalten, dass wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern, mit wirtschaftlichem Wachstum gleichzusetzen ist. Überlegungen, ob Wohlstand in Wahrheit viel mehr mit anderen Faktoren zu tun haben könnte, wie etwa Lebensqualität oder Zufriedenheit der Menschen, treten erst in einem sehr fortgeschrittenen Stadium der Entwicklung auf den Plan, und werden sogar in Ländern, die diesen Entwicklungsstand längst erreicht haben, noch immer eher den verträumten Utopisten zugeschrieben als ernsthaft diskutiert. Daher möchte ich die Weltbank-Studie nun noch etwas genauer untersuchen: Weil sie Aufschluss über eine bestimmte Sichtweise darüber gibt, was der Staat tun kann, um Wirtschaftswachstum voranzutreiben und was er besser nicht tun soll, um dieses nicht zu stören.

Die Auffassung der Rolle des Staates und seines Beitrages zur menschlichen Wohlfahrt, heißt es in der Studie, habe sich in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach geändert. Dafür sei eine Reihe von Ereignissen ausschlaggebend gewesen: Das Ende des Kalten Krieges, die Finanzkrisen der Wohlfahrtsstaaten, der „dramatische Erfolg“ einzelner Ostasiatischer Staaten, ihr Wirtschaftswachstum voranzutreiben und Armut zu reduzieren, die Krise der „Failed States“ in einigen Gebieten Afrikas und anderen Teilen der Welt – all diese Ereignisse hätten die vorherrschenden Konzeptionen des Platzes des Staates in der Welt herausgefordert (*WELTBANK 1997: 16*). Dazu kommen der technologische Fortschritt, zunehmende Bedenken, was die Umwelt betrifft, demografische Veränderungen, eine stärkere internationale Vernetzung der Märkte, und schließlich eine zunehmende Demokratisierung. Um nicht zu vergessen, die immer bestehenden Herausforderungen der Armutsbekämpfung und eines nachhaltigen Wachstums. Diese Rolle hätten einige Staaten mehr, andere Staaten weniger gut gespielt. Die Weltbank-Studie untersucht nun, woher diese Unterschiede kommen.

Dabei schicken die Autoren zunächst drei Grundaussagen voraus. Erstens: Eine wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung ist ohne einen effizienten Staat unmöglich. Es sei anerkannt, dass ein effizienter Staat, im Gegensatz zu einem „minimalistischen“, von zentraler Bedeutung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist, und zwar mehr als ein Partner und ein Vermittler als ein Direktor. „States should work to complement markets, not replace them“ (*WELTBANK 1997: 18*). Zweitens: Die Erfahrung beweise, dass eine gute Wirtschaftspolitik, die auch die Beförderung wirtschaftlicher Stabilität beinhaltet, ausreichend gut entwickeltes Humankapital und eine offene Wirtschaft wichtig für ein nachhaltiges Wachstum und die Reduktion von Armut sei. Es gebe allerdings noch weitere, tiefer liegende Fragen: Warum haben manche Gesellschaften diese Vorhaben mit größerem Erfolg verfolgt als andere? Und: Wie hat der Staat zu diesen unterschiedlichen Ergebnissen beigetragen? Und drittens: Die geschichtliche Erfahrung lasse darauf schließen, wie wichtig es sei, auf die Stärke des Marktes, des Staates und der Zivilgesellschaft zu bauen, um die Effizienz des Staates zu verbessern.

Was also macht einen „effizienten Staat“ aus? Welche Aufgaben hat er zu erfüllen, von welchen Bereichen hat er die Finger zu lassen? Warum, fragen die Autoren der Weltbank-Studie, gelingt manchen Staaten viel, und manchen wenig oder gar nichts? Dazu begeben sie sich auf die Suche nach den institutionellen Rahmenbedingungen,

innerhalb welcher die Märkte am besten gedeihen. Und danach, welche Rolle der Staat am besten übernimmt, um die Märkte nicht daran zu hindern. Der Staat, schreiben sie, ist zunächst ein Schiedsrichter, der darüber wacht, ob die Regeln eingehalten werden. Das ist aber nicht alles. Weil er selbst wirtschaftlich aktiv ist, gestaltet er die Umwelt für die übrige Wirtschaft. Der Staat bestimmt, wo es langgeht: „For good or ill, the state sets the tone“ (*WELTBANK 1997: 29*).

Wie tut er das? Zum einen stellt der Staat die formalen Regeln auf, also Gesetze und Regulationsmechanismen. Diese Regeln seien dazu da, menschliches Verhalten in geordnete Bahnen zu lenken und zwischen den einzelnen Akteuren zu vermitteln. Der Staat sei aber nicht nur ein „Schiedsrichter“, der die Regeln macht und darüber wacht, dass sie eingehalten werden. Nein: Er ist zugleich ein Spieler im wirtschaftlichen Spiel, oft sogar ein sehr dominanter: „Every day, state agencies invest resources, direct credit, procure goods and services, and negotiate contracts; these actions have profound effects on transactions costs and on economic activity and economic outcomes, especially in developing economies“ (*WELTBANK 1997: 30*). Spielt der Staat diese Rolle gut, könnten diese Aktivitäten die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Spielt er sie schlecht, wird der Staat Stagnation produzieren oder, im schlimmsten Fall, wirtschaftliche und soziale Desintegration hervorrufen, schreiben die Autoren. Der Staat befinde sich also in einer einzigartigen Position: Einerseits sei er dafür verantwortlich, die formalen Regeln aufzustellen, nach denen schließlich alle anderen Organisationen handeln. Darüber hinaus muss er, nachdem er selbst eine dieser Organisationen ist, auch selbst nach diesen Regeln handeln (*WELTBANK 1997: 30 ff.*).

Es gebe eine Reihe von Beispielen für die Macht des Staates, die Lebensqualität vieler Menschen zu verbessern: Angefangen vom sauberen Wasser und den Sanitäreinrichtungen des alten Rom bis hin zur Bekämpfung von Pocken im aktuellen Jahrhundert (*dem 20., Anm.*). Staaten hätten, darüber hinaus, lange eine lebendige Rolle gespielt wenn es darum ging, anhaltende Wachstumsgewinne anzustoßen. Und zwar, indem der Staat Infrastruktur, Sicherheit und ein stabiles makroökonomisches Umfeld bereitstellte. Der Staat habe also eine Reihe von Möglichkeiten, wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern: Zum einen, indem er ein makro- und mikroökonomisches Umfeld zur Verfügung stellt, welches die richtigen Anreize für effiziente wirtschaftliche Aktivität setzt. Zweitens, indem er die nötige institutionelle Infrastruktur bereitstellt, die Unternehmer zu effizienten Langzeit-Investmentstrategien ermuntert: Dazu gehört etwa die Sicherung von Eigentumsrechten, von Frieden, etc. Eine weitere Möglichkeit des Staates,

Wachstum positiv zu beeinflussen, bestehe darin, Ausbildungsmöglichkeiten und Gesundheitsvorsorge bereit zu stellen, und schließlich und endlich, die Umwelt zu schützen (*WELTBANK 1997: 31*).

Allerdings gibt es auch eine Reihe von Fehlern, die der Staat begehen kann, die in weiterer Folge negative Wachstums- und Entwicklungseffekte nach sich ziehen. Diese Fehler würden sich aus der Geschichte ableiten. So könnten die falschen Regeln die Schaffung von Wohlstand nachteilig beeinflussen. Ein Beispiel seien Preise: Eine falsche oder zu hohe Besteuerung etwa, oder eine überbewertete Währung könne private Wohlfahrt „bestrafen“ (*WELTBANK 1997: 31*). Selbst, wenn die Regeln an sich entgegenkommend seien, könnten sie von öffentlichen Organisationen und deren Mitarbeitern auf eine schädliche Art und Weise angewendet werden und so Schaden produzieren (*WELTBANK 1997: 30*). Zum Beispiel könnte es auf diese Weise passieren, dass sie Firmengründern oder Personen, die alte Firmen neu aufbauen, dafür hohe Transaktionskosten auferlegen. Eine drittes und gleichzeitig das eindrucksvollste Beispiel dafür, wie der Staat Schaden anrichten kann, ist die Produktion von Unsicherheit. Ändert er die Regeln häufig, oder legt er die Regeln, nach denen er sich selbst verhalten wird, nicht deutlich genug fest, können sich Unternehmen und Einzelpersonen heute nicht sicher sein, was in der Zukunft profitabel oder unprofitabel, legal oder illegal sein wird. Unternehmer werden Strategien festlegen, um sich für eine unsichere Zukunft abzusichern – und zwar, indem sie ihre Geschäfte in das Feld der „informellen Wirtschaft“, also der Schattenwirtschaft, verlegen, oder Kapital ins Ausland schicken. All das hemmt die Entwicklung der Wirtschaft im Land (*WELTBANK 1997: 32*).

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass sich vor allem letzterer Hinweis, wie ich denke, an politisch und wirtschaftlich unterentwickelte Staaten richtet. Wenn auch nicht ausschließlich: Der Kapitaltransfer ins Ausland etwa findet auch in hoch entwickelten Staaten statt. Warum sonst wäre die Jagd auf so genannte „Steuerparadiese“, unter denen lange Zeit auch Österreich zu finden war, immer noch von solcher Aktualität? Wohlhabende Menschen aus aller Welt deponieren große Teile ihres Vermögens in der Schweiz, weil ihnen dort das Bankgeheimnis Anonymität verspricht. Unternehmer errichten Briefkastenfirmen auf der Kanalinsel Jersey oder auf den karibischen Bermudas, weil ihnen dort wesentlich niedrigere Steuern gewiss sind, als sie in ihrem Heimatland zu zahlen hätten. Auch das geht natürlich zu Lasten des Staates, in dem die Unternehmen eigentlich ihren Sitz hätten, weil ihm dadurch eine Menge an Steuereinnahmen entgeht. Vor allem konservative Politiker fordern daher

immer wieder Steuersenkungen, weil nur auf diese Weise, so argumentieren sie, der Kapitalflucht entgegengewirkt werden könne. Das Kapital, heißt es immer wieder, sei ein „scheues Reh“, das mit allen Mitteln im Land gehalten werden müsse.

Und auch das zweite Problem, die Flucht in die Schattenwirtschaft oder, mit anderen Worten ausgedrückt, Schwarzarbeit, ist hochentwickelten Volkswirtschaften nicht fremd: Gerade in Bereichen der Daseinsvorsorge, in denen der Staat versagt, wie etwa die Pflege, ist die Beschäftigung von Schwarzarbeiterinnen aus den östlichen Nachbarländern an der Tagesordnung. Natürlich entgehen dem Staat auch dadurch Einnahmen. Gerade im Pflegebereich kann die „Auslagerung“ in den Bereich der illegalen Beschäftigung für den Staat aber auch positive Effekte haben: Er überlässt einen Bereich, der ihn überfordert, einfach sich selbst und entledigt sich so eines großen, dauerhaften und schwer lösbaren Problems (*HAMANN / LINSINGER 2008: 202*).

Welche Rolle spielt nun in den Augen der Weltbank der Staat für das Wirtschaftswachstum? Soll er sich einmischen, oder lieber nicht? Soll er, wie Friedman meint (*siehe unten*), nur die Regeln vorgeben, sich selbst aber herausnehmen? Die Autoren der Weltbank-Studie ziehen zur Illustration des Verhältnisses Staat/Wirtschaftswachstum zwei Regionen heran: Subsahara-Afrika und Ostasien. In einem großen Teil Ostasiens seien die Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 1960 nur wenig höher gewesen als in Afrika. Die Regierungen in den beiden Regionen waren ähnlich, was ihre Größe, wenngleich auch nicht, was die Zusammensetzung betrifft: Die angesprochenen afrikanischen Regierungen hatten bereits höhere Konsumausgaben, vor allem, was die öffentliche Beschäftigung betrifft. Mitte der 1990er-Jahre waren die Einkommen in Ostasien bereits über fünf Mal so hoch wie jene in Afrika. Die Regierungsausgaben im Vergleich zum BIP waren in Afrika hingegen auf das eineinhalbfache von Asiens Regierungsausgaben gestiegen. Der Grund dafür sei, allgemein angenommen, dass die Performance der asiatischen Staaten wesentlich besser war als jene der afrikanischen: Dazu zählen die Grenzen, die sich der Staat für sein eigenes Wachstum setzt, die Stichhaltigkeit der Policy-Maßnahmen, sowie die Effizienz, mit der Dienstleistungen bereitgestellt würden. All dies habe wesentlich dazu beigetragen, dass sich die beiden Regionen, was ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anbelangt, zunehmend auseinander entwickelt hätten.

Daraus ergibt sich, der Weltbank zufolge, folgende These: „Where government consumption spending is very high, it has generally been found to be a drag on growth: a net tax on society with few corresponding benefits (WELTBANK 1997: 32). Gewisse Formen von Regierungsausgaben, wie etwa Infrastrukturinvestitionen, könnten einen positiven Effekt auf das Wachstum haben: Weil diese sich in vielen Fällen positiv auf die private Investitionstätigkeit auswirken. Bestimmte Formen der öffentlichen Ausgaben könnten zum Einen das Leben der Menschen positiv beeinflussen und gleichzeitig die Effizienz von Investitionen steigern. Lediglich die Investitionstätigkeit willkürlich zu kürzen, so schließen die Autoren, könne daher keinesfalls der Schlüssel zum Erfolg sein (WELTBANK 1997: 32).

Besonders hohe Regierungsausgaben schaden also dem Wachstum, andererseits darf der Staat den privaten Sektor nicht völlig sich selbst überlassen, so die Schlussfolgerung. Gut organisierte Staatstätigkeit, welche die Gratwanderung zwischen zu viel und zu wenig Einmischung auszubalancieren versteht, habe den positivsten Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Die Weltbank-Studie führt ein Beispiel an: So nehme das Pro-Kopf-Einkommen in Staaten, deren Leistungsfähigkeit schwach ausgeprägt ist, um etwa ein halbes Prozent pro Jahr zu. In Staaten hingegen, deren Leistungsfähigkeit hoch ist, steige das Pro-Kopf-Einkommen um durchschnittlich drei Prozent im Jahr (vergleicht man die Staaten Subsahara-Afrikas mit jenen Ostasiens). Diese Einkommensunterschiede hätten im Langzeitvergleich über dreißig Jahre einen sehr großen Unterschied gemacht, was die Lebensqualität der Menschen anbelangt (WELTBANK 1997: 32). Am stärksten und schnellsten wachse eine Wirtschaft, wenn sowohl das institutionelle Gefüge effizient gestaltet sei, als auch die richtigen politischen Maßnahmen verfolgt würden.

Das Pro-Kopf-Einkommen reiche allerdings nicht aus, um den Wohlstandsgrad einer Gesellschaft zu messen. Ein Aspekt, der von der Einkommensstatistik beispielsweise außer Acht gelassen würde, sei etwa die Kindersterblichkeit. Hochwertige Regierungsinstitutionen könnten dazu beitragen, diese Rate zu senken – indem sie zum Beispiel die Sozialausgaben erhöhen. „Thus, the capability of the state has an important role in the quality of human life generally – not simply the pace of income growth“ (WELTBANK 1997: 33).

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Ausufernd hohe Staatsausgaben sind dem Wirtschaftswachstum zwar abträglich, andererseits dürfen die Staatsausgaben auch

nicht zu niedrig sein. Es gibt also sozusagen „gute“ und „schlechte“ Staatsausgaben. Die Ausgaben einer Regierung müssen richtig verteilt sein und dort ansetzen, wo sie wirklich etwas bewirken (siehe das Beispiel Kindersterblichkeit). Staatsausgaben alleine haben aber keinen positiven Effekt; Vielmehr muss gleichzeitig ein möglichst optimales Umfeld geschaffen werden, in welchen sich staatliche und private Ausgaben wechselseitig ergänzen und zu einem höheren Wachstum führen. Dabei gilt: Je sicherer sich ein privater Unternehmer in Bezug auf seine Zukunft fühlt, umso eher wird er bereit sein, zu investieren.

Die Weltbank-Studie veranschaulicht also vor allem einen Zusammenhang, der unter Ökonomen sehr weit verbreitet ist: Je höher die Staatsausgaben, desto stärker der negative Effekt, der sich in Bezug auf das Wirtschaftswachstum ergibt. Freilich: Es sind häufig die *Sozialausgaben*, die die Staatsausgaben und in weiterer Folge die Staatsverschuldung in die Höhe treiben. Ein hoher bzw. steigender Schuldenstand gefährdet wiederum das Wirtschaftswachstum, weil die Zinsen für das Kapital, das zur Schuldentilgung auf dem internationalen Finanzmarkt aufgenommen werden muss, dadurch zunehmen. Dadurch steigen wiederum die Schulden, etc.

Die Sozialausgaben müssen also *sinnvoll* eingesetzt und verteilt werden, und wiederum an anderen Ecken eingespart werden. Weil sie nämlich für zweierlei gut sind: Erstens, sie fangen jene auf, die vom kapitalistischen Prozess ausgeschlossen sind, wirken also der Armut entgegen oder fangen sie im besten Fall auf, bevor die Armut überhaupt entsteht bzw. sich ausbreitet. Dadurch übernimmt der Sozialstaat eine gewisse legitimierende Funktion: Indem er die so genannten *Modernisierungsverlierer* absichert und verhindert, dass sie weiter abrutschen, legitimiert er den Kapitalismus. Er setzt also da ein, wo der Markt versagt: Der Markt springt nämlich nicht für die Armen in die Bresche. Der Markt ist für Gewinner, für Verlierer ist der Staat da. Im schlimmsten Fall kann diese Spirale so weit nach unten führen, dass die Kosten so stark steigen, dass der Wohlfahrtsstaat nicht mehr zu finanzieren ist. Im äußersten Fall führt das höchstwahrscheinlich auch dazu, dass die Demokratie in Gefahr gerät.

Allerdings kann sich der Prozess der sozialen Umverteilung verselbstständigen: Einerseits, wenn immer mehr Menschen auf den Sozialstaat angewiesen sind, weil zum Beispiel, bedingt durch eine Wirtschaftskrise, die Industrie an Auftragsmangel leidet und Arbeitskräfte entlässt bzw. keine zusätzlichen mehr einstellt. Die Menschen, die vom Arbeitsmarkt nicht mehr aufgenommen werden können, muss wiederum der Staat

auffangen, was zusätzliche Kosten verursacht. Hinzu kommt, dass die Frage, ob es sich bei den Sozialleistungen um eine wohltätige Leistung der Gesellschaft für Bedürftige handelt, oder ob Sozial- oder Transferleistungen nicht längst zu einem Anspruch der Bedürftigen oder nicht einmal Bedürftigen auf die Mittel handelt, die notwendig sind, um trotz Arbeitslosigkeit, Invalidität, etc. ein menschenwürdiges Leben zu führen. Mit diesem Zusammenhang möchte ich mich auf den folgenden Seiten anhand eines Textes von Niklas Luhmann beschäftigen.

4.2 Luhmann und der Wohlfahrtsstaat

Wie definiert man den modernen Wohlfahrtsstaat? Mit dieser Frage beschäftigt sich Niklas Luhmann eingangs seiner 1981 veröffentlichten Arbeit „Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat“. Der Wohlfahrtsstaat, schreibt Luhmann, sei nicht hinreichend begriffen, wenn man ihn als Sozialstaat auffasse, in dem Sinne, dass er auf die Folgen der Industrialisierung mit Maßnahmen der sozialen Hilfe reagiert. Dieses sei zwar ein wichtiges Element, aber „Wohlfahrt meint und erfordert in der gegenwärtigen Situation mehr als nur soziale Hilfe und mehr als nur Ausgleich von Benachteiligungen“. Der klassische Begriff des Sozialstaates befinde sich nämlich in einer Art Selbstauflösung. Es gehe nicht mehr nur um die „Folgen der Industrialisierung“ (LUHMANN 1981: 7). Könne man von einer „Logik des Wohlfahrtsstaates“ sprechen, so sei diese durch das Prinzip der Kompensation zu bezeichnen. Dann gehe es darum, die Nachteile zu kompensieren, die „durch eine bestimmte Ordnung des Lebens auf den Einzelnen entfallen“ (LUHMANN 1981: 8). Mit der Kompensation werde schließlich „jene Eigendynamik in Gang gebracht, die vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat führt, die schließlich nichts mehr ausnimmt und sich selbst verzehrt – wenn nicht eben dies gesehen und die gedankliche Figur aufgegeben wird“ (LUHMANN 1981: 9). An dieser Stelle stellt Luhmann zum ersten Mal die Frage nach einer „Theorie des Wohlfahrtstaates“.

Der Begriff des Wohlfahrtsstaates dürfe nicht auf den des Sozialstaates zurückgeführt werden – und zwar aufgrund von drei Erfahrungsbereichen: Da wären zum einen die „rasch zunehmenden Umweltveränderungen“: Die Industriegesellschaft löse diese Veränderungen selbst aus, und werde sie aber „nicht ohne Inanspruchnahme politischer

Mittel“ unter Kontrolle bringen können. Dies gelte sowohl für das Problem der endlichen Ressourcen als auch für das Problem der Belastung mit nichtverwertbaren Abfällen. Zweitens führt Luhmann die wachsenden Kosten des Wohlfahrtsstaates an. Diese bildeten zum einen ein Finanzierungsproblem, gefährdeten aber zusätzlich mit der zunehmenden relativen Größe des Staatshaushalts im Verhältnis zu sonstigen Mitteln auch die Differenzierung von politischem System und Wirtschaftssystem (LUHMANN 1981: 9). Zuletzt erwähnt Luhmann, dass davon auszugehen sei, dass sich die moderne Gesellschaft mit Industrie, politischer Wohlstandsgarantie, schulförmiger Erziehung, Massenmedien, Freizeitkonsumangeboten etc. die „typisch erwartbare Motivlage der Menschen“, vor allem der heranwachsenden Generationen, verändere. Damit spielt Luhmann auf den Gewöhnungseffekt der Gesellschaft an: Seitens der Empfänger der Wohlfahrt dürfe nicht mit „konstanten Einstellungen der Genussbereitschaft und Dankbarkeit und entsprechender politischer ‚Loyalität‘“ gerechnet werden (LUHMANN 1981: 9 ff.). Politisches Handeln im Wohlfahrtsstaat müsse daher davon ausgehen, „dass die Verhältnisse, auf die es seine Bemühungen richtet, sich in unerwarteter Weise durch die Bemühung selbst ändern“ (LUHMANN 1981: 10).

Luhmann deutet damit an, dass der Wohlfahrtsstaat die Probleme, die er zu lösen hat, letztlich selbst erschaffen hat. Als Beispiel nennt er die Bürokratie. Er stellt fest, dass aus diesem Grund letztlich ein „gebrochenes Verhältnis zu den eigenen Zielen“ folgen müsse. Dieses Problem wird laut Luhmann dadurch verstärkt, dass die Politik durch den Wahlrhythmus an relativ kurze Zeithorizonte gebunden ist. Außerdem seien die „Verhältnisse für längerfristige Planung zu komplex“ (LUHMANN 1981: 10). Aus diesen Gründen könne leicht vernachlässigt werden, dass man die Probleme mit eben jenen Prinzipien erzeugt habe, denen man auch weiterhin zu folgen vorhabe. „Kurze Zeithorizonte entlasten das Handeln, und dieser Vorteil ist nicht gering zu veranschlagen“ (LUHMANN 1981: 11).

Die am häufigsten verbreitete Charakterisierung des Wohlfahrtsstaates beschreibt laut Luhmann einen Staat, „der für bestimmte Schichten der Bevölkerung in großem Umfange Sozialleistungen bereitstellt und dafür in rasch wachsendem Maße Kosten aufzubringen hat“ (LUHMANN 1981: 25). Zumeist würde davon ausgegangen, dass dieses Vorhaben daran scheitern werde, dass es schlicht zu teuer wird. Also werden dem Wohlfahrtsstaat zwei Bedingungen zu Grunde gelegt: Zum einen müsse gespart, zum anderen müsse wirtschaftliches Wachstum herbeigeführt werden, auch, wenn dafür Zwang notwendig ist. Luhmann geht diese Beschreibung nicht weit genug, weil es nur

Symptome, nicht aber die „gesellschaftlichen Tiefenstrukturen“ des Phänomens erfasst. Daher zieht er das soziologische Prinzip der Inklusion heran und bildet mit dessen Hilfe einen anderen Begriff des Wohlfahrtsstaates. Dazu bedient sich Luhmann des von ihm konzipierten Prinzips der funktionalen Differenzierung¹⁴: „Inklusion“ meine also die „Einbeziehung der Gesamtbevölkerung in die Leistungen der einzelnen gesellschaftlichen Funktionssysteme.“ Die Leistungen stehen im Mittelpunkt der Definition, und Inklusion betrifft „einerseits *Zugang* zu diesen Leistungen, andererseits *Abhängigkeit* der individuellen Lebensführung von ihnen. Wird Inklusion verwirklicht, so verschwinden „Gruppen, die am gesellschaftlichen Leben nicht oder nur marginal teilhaben“ (LUHMANN 1981: 25). Die Bevölkerung gliedere sich in weiterer Folge immer weniger nach dem Umfang der Teilhabe. Stattdessen trete die „Menge der allgemein und gleich relevanten Individuen, die in den einzelnen Funktionssystemen Komplementärrollen übernehmen“, in den Vordergrund (LUHMANN 1981: 25 ff.).

Das Phänomen „Inklusion“ sei Luhmann zufolge erst mit der Auflösung der ständisch-geschichteten Gesellschaft Alteuropas entstanden. War früher jede Person einer einzigen Schicht zugeordnet, so verschwindet dieses Prinzip in der funktional differenzierten Gesellschaft, also jener Gesellschaftsordnung, die sich in die Funktionssysteme Religion, Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung, Politik unterteilt. Diese Art der Ordnung sei in der funktional differenzierten Gesellschaft überhaupt nicht mehr möglich, weil es unmöglich sei, jeden Menschen nur einem der genannten Funktionssysteme zuzuordnen. Mit dem Verschwinden der alten Ständeordnung und dem Aufkommen der funktional differenzierten Gesellschaft kommen „Zugangsregelungen“ auf: „[...] jeder Einzelne muss zu jedem Funktionssystem Zugang erhalten, wenn und soweit seine Lebensführung die Inanspruchnahme gesellschaftlicher Funktionen erfordert“ (LUHMANN 1981: 27). Das ist für Luhmann ein Teil der Formulierung des Prinzips der Inklusion, und so schreibt er weiter: „Jedes Funktionssystem bezieht die Gesamtbevölkerung ein, aber nur mit jeweils funktionsrelevanten Ausschnitten ihrer Lebensführung. Jedermann genießt Rechtsfähigkeit und Rechtsschutz, jeder wird schulförmig erzogen, jeder kann Geld erwerben und ausgeben, usw.“ (LUHMANN 1981: 27). Vor diesem Hintergrund sieht Luhmann das Problem der *Ungleichheit der faktischen Chancen* aufkommen.

¹⁴ siehe auch Luhmann 1997

Luhmann zufolge ist der Wohlfahrtsstaat in gewisser Weise die Konsequenz der „Realisierung des Inklusionsprinzips“ im Funktionsbereich Politik: „Wohlfahrtsstaat, das ist realisierte politische Inklusion. Dabei geht es keineswegs nur um die Sicherung und laufende Erhöhung eines Mindeststandards sozialen Wohlergehens für alle, sondern durchaus auch um Sonderprobleme der verschiedensten Art, die für jedermann akut werden können, sofern er in bestimmte Situationen gerät. Die Steigerung verläuft daher nicht nur in Richtung Anhebung allgemeiner Mindeststandards, sondern auch in Richtung Entdeckung immer neuer Probleme – sichere Bootsstege für Sonntagssegler, Heißlufttrockner in öffentlichen Toiletten usw. – als öffentlicher Aufgaben“ (LUHMANN 1981: 27). Die immer weiterreichende Einbeziehung von Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung in den Bereich möglicher politischer Themen hat sich laut Luhmanns Ausführungen aus der schrittweisen Realisierung der Demokratie entwickelt. Politiker hätten begonnen, die Interessen der Bevölkerung anzusprechen, da sie deren Zustimmung zu ihrer Amtsführung gewinnen mussten (LUHMANN 1981: 28). Dabei müsse politische Inklusion nicht zwangsläufig einklagbare Rechtsansprüche auf alle Qualitäten des Lebens gewähren. Allerdings habe sich ihre Bedeutung deutlich von „Wohltat“ auf „Anspruch“ verlagert (LUHMANN 1981: 28 ff.). „Es entspricht nicht dem Selbstbewusstsein des freien Bürgers (das heißt: der Interessensorganisationen), Wohltaten zu erbitten. Das hieße: die Abweisung schon vorweg in Kauf zu nehmen. Man ‚fordert‘ und ‚findet sich nicht ab‘“ (LUHMANN 1981: 29)¹⁵.

Viele Theorien neigen laut Luhmann dazu, in Folge dessen „die Totalkonditionierung des erreichten Niveaus der Lebensführung durch Politik“ zu unterstellen, also eine Art Kontrolle des Individuums durch die Politik, die sich aus dem eben ausgeführten Anspruch auf eine Vielzahl von Qualitäten des Lebens ableitet. Allerdings gebe es in diesem Schluss einen Denkfehler, der „in der Unterstellung der Summenkonstanz“ liege und zu folgender Annahme führe: „Je mehr politische Determination, desto weniger andere Determination; je mehr Staat, desto weniger Freiheit“ (LUHMANN 1981: 29 ff.). Das müsse aber nicht so sein. Es könne nämlich, unter der Bedingung hoher gesellschaftlicher Komplexität, auch Steigerungen geben, in denen „ein Mehr an politischer Realisation, wirtschaftlicher Produktivität, wissenschaftlichem Fortschritt mit einem größeren Repertoire an Möglichkeiten individualisierter persönlicher Lebensführung kombinierbar ist – *freilich nur unter sehr spezifischen Bedingungen*“ (LUHMANN 1981: 30)¹⁶.

¹⁵ Siehe auch Luhmann 1996, sowie Stichweh 2005

¹⁶ Siehe auch Wimmer 2002

Luhmanns Sicht ist eine Sicht der Dinge. Das Problem, dass sich der Bedarf hin zum Anspruch wandelt, würde Milton Friedman wahrscheinlich nicht so formulieren – weil er es gar nicht erst so weit kommen ließe. Auch würde er Luhmann widersprechen, wenn dieser die These aufstellt, dass ein Mehr an Staat nicht automatisch zu Lasten der Freiheit der Bürger fällt. Für den Liberalen schließt ein zu starker Staat ein ausreichendes Maß an Freiheit automatisch aus. Der Liberale und überzeugte Kapitalist plädiert dafür, dass private Wohltätigkeit so weit wie möglich an die Stelle staatlicher Wohlfahrt treten muss. Der Staat kann so weit als möglich außen vor gelassen werden, weil seine Pflichten mit seinen Rechten minimiert werden.

4.3 Friedman: Der Staat ist ein Regulator

Wahrscheinlich würde Friedman auch den Ausdruck „politische Determination“ nicht gelten lassen – denn für ihn ist die gesellschaftliche Determinante nicht wie bei Luhmann die Politik, sondern der Markt. Der Staat soll nur dort aktiv werden, wo der Markt nicht hingelangt, also in jenen Gebieten, „die durch den Markt nicht erfasst werden können, oder wenn ja, dann mit so hohen Kosten, dass die Anwendung politischer Mittel vorzuziehen ist“ (*FRIEDMAN 1962: 48*). Der Staat, sprich, die Regierung, soll die Rolle eines Schiedsrichters und Spielleiters einnehmen: So funktioniere die Gesellschaft auf Basis von Regeln, die jedoch Spielraum zur Interpretation übrig lassen und deren Einhaltung zu einem guten Teil auf Gewohnheit basiere. „Bei unterschiedlicher Interpretation der Regeln soll die Regierung vermittelnd eingreifen und die wenigen zur Einhaltung der Regeln zwingen, die das Spiel sonst nicht mitspielen würden.

Die Notwendigkeit einer Regierung ergibt sich aus der Tatsache, dass es eine absolute Freiheit nicht gibt“, schreibt Friedman (*FRIEDMAN 1962: 49*). Und zwar deshalb, weil die Welt unvollkommen ist, und daher Anarchie, so reizvoll sie als Philosophie sein mag, nicht durchführbar ist. Die Freiheit des Menschen müsse dann beschränkt werden, wenn es bei der Freiheitsentfaltung der Menschen zu Konflikten kommt, welche die Freiheit eines anderen gefährden (*FRIEDMAN 1962: 49*). Es stelle sich daher die Frage, wie dieserart Konflikte zwischen den Freiheiten des Einzelnen zu lösen sind. Das sei in manchen Bereichen einfach, zum Beispiel in der Erhaltung der Freiheit des Lebens. In anderen Bereichen sei das aber schon wesentlich komplizierter. Zum Beispiel in der Wirtschaft: Hier verläuft der Konflikt laut Friedman zwischen der Freiheit, sich

zusammenschließen und der Freiheit, miteinander zu konkurrieren. In den USA etwa bedeute „frei“ im Zusammenhang mit einem Unternehmen, dass jeder die Freiheit hat, ein Unternehmen zu gründen und die bestehenden Unternehmen nicht die Möglichkeit hätten, Konkurrenten freizuhalten. Die Determinante ist hier der Preis: Jenes Unternehmen, das ein besseres Produkt zum gleichen Preis oder das gleiche Produkt zu einem niedrigeren Preis verkauft, sticht das andere aus (*FRIEDMAN 1962: 50*). Wie bereits beschrieben, basiert das Wirtschaftsleben bei Friedman auf der Möglichkeit des freiwilligen Austausches und das setzt daher voraus, dass „wir über die Instanz der Regierung die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung von Ruhe Ordnung geschaffen haben. Das bedeutet, dass die Menschen keinen Zwang gegeneinander ausüben dürfen, dass Verträge, die freiwillig abgeschlossen wurden, eingehalten werden müssen. Die Bedeutung der Eigentumsrechte ist juristisch festgelegt, desgleichen ihre Auslegung und Durchsetzung“ (*FRIEDMAN 1962: 51*). Im Prinzip muss der Staat in den wirtschaftlichen Bereich also dann eingreifen, wenn Monopole verhindern, dass andere Teilnehmer zu gleichen Bedingungen in den Markt eintreten.

Der Staat muss sich in Friedmans Augen aber auch jener annehmen, die keine Verantwortung für sich selbst übernehmen können. Zum Beispiel Menschen mit geistiger Behinderung: Diese könnten leider nicht mit der freiwilligen Hilfe der Mitmenschen rechnen, allein wegen der Möglichkeit der Folgewirkung, die darin bestehe, dass jemand einen Nutzen daraus zieht, wenn jemand anders einen Beitrag zur Pflege der geistig Behinderten leistet. Daher müsse die Obhut und Pflege dieser Menschen dem Staat überlassen werden (*FRIEDMAN 1962: 57*). Friedman nennt es zwar für einen Liberalen problematisch, wenn der Staat aus paternalistischen Gründen Maßnahmen ergreift. Weil dadurch das Prinzip befürwortet werde, dass einige befugt seien, für andere zu entscheiden. Und dieses Prinzip finde der Liberale in fast allen seinen Anwendungen zweifelhaft. „Aber die Notwendigkeit eines gewissen Maßes an Paternalismus ist nicht zu leugnen“, stellt er dennoch fest. Bei der Frage, wie weit man in dieser Hinsicht gehen kann, müsse sich die Gesellschaft auf ihr „[...] fehlbares Urteil verlassen, und wenn das Urteil gesprochen ist, auf unsere Fähigkeit, unsere Mitmenschen davon zu überzeugen, dass das Urteil gerecht ist, oder aber wir verlassen uns auf die Fähigkeit unserer Mitmenschen, uns davon zu überzeugen, dass wir unser Urteil ändern müssen. Wir müssen hier wie überall Vertrauen zu einem Konsensus haben, der auf dem Wege der freien Diskussion und *Regula falsi* zwischen unvollkommenen, voreingenommenen Menschen getroffen wurde“ (*FRIEDMAN 1962: 58*).

Intervention großen Stils. Wie ist das nun aber in jenem Bereich, dem Luhmann den Namen „Wohlfahrtsstaat“ gibt? Friedman legt der „Wohlfahrt“ (er setzt das Wort in Anführungszeichen) eine „humanitäre und egalitäre Grundeinstellung“ zugrunde, die für eine Reihe von Maßnahmen verantwortlich zeichne, die ebendieses Ziel der „Wohlfahrt“ für eine bestimmte soziale Gruppe verfolgten (*FRIEDMAN 1962: 211*). Das wichtigste Paket dieser Maßnahmen, schreibt Friedman, werde mit dem Ausdruck „Soziale Sicherheit“ benannt – was irreführend sei, wie Friedman bemerkt. Weitere Maßnahmen, die ebenfalls unter „Wohlfahrt“ subsummiert sind, seien der öffentliche Wohnungsbau, garantierte Mindestlöhne, Agrarpreissubventionen, kostenlose ärztliche Versorgung für bestimmte Personenkreise, Sonderhilfsprogramme etc.

Ich möchte mich an dieser Stelle auf die „Soziale Sicherheit“ konzentrieren, weil Friedman diesen Teilbereich eben als den größten hervorstreicht und er wohl auch den Grund dessen ausmacht, was man gemeinhin als die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates bezeichnet, wenngleich man Luhmann zufolge darüber diskutieren kann, ob es sich dabei um einen Anspruch oder auf eine Wohltat handelt. Friedman bezeichnet die „Soziale Sicherheit“ als zu den Feldern gehörend, bei denen sich „die Magie der Tyrannei des Status quo auszuwirken beginnt“ (*FRIEDMAN 1962: 216*). So werde das Feld „Soziale Sicherheit“ heute als so selbstverständlich angesehen, dass seine Vorteile kaum noch in Frage gestellt würden (*FRIEDMAN 1962: 216 ff.*). Friedmans „Heute“ liegt fast fünfzig Jahre zurück, er würde diese These mit höchster Wahrscheinlichkeit heute noch einmal heftig bekräftigen. Was Friedman daran kritisiert ist, dass mit der „Sozialen Sicherheit“ eine „Intervention großen Stils in die persönlichen Angelegenheiten eines Großteils der Bevölkerung“ einhergehe, zu der aber keine Berechtigung bestehe, wie er kritisiert (*FRIEDMAN 1962: 217*).

Um das zu veranschaulichen, unterzieht er das Programm „Renten- und Altersversorgung“ einer genaueren Untersuchung. Friedman stellt hier etwa die Frage, ob es berechtigt sei, dass die Steuerzahler durch ihre Steuern ein Rentensystem stützen, dass sich nicht mehr selbst trägt, weil die Zahl der Empfänger jene der Einzahler überragt. Sein Argument: „Es mag unser Anliegen sein, den Armen zu helfen. Ist es aber berechtigt, den Leuten zu helfen, ganz gleich ob sie arm sind oder nicht, nur weil sie ein bestimmtes Alter erreicht haben?“ Friedman erkennt darin eine „ausschließlich willkürliche Rückverteilung“ (*FRIEDMAN 1962: 219*) – auch wenn er diese Erkenntnis als Frage tarnt, die natürlich eine rhetorische ist. Sein Problem besteht darin, dass die

Renten- und Altersversorgung als ein Instrument zur Umverteilung verwendet wird (*FRIEDMAN 1962: 219*).

Das größte Problem, was das Pensionssystem betrifft, liegt für Friedman darin, dass es Individuen dazu zwingt, einen Teil ihres gegenwärtigen Einkommens für den Erwerb von Rentenmarken für ihre Altersfürsorge aufzuwenden. Die Rechtfertigung dieses „Zwanges“ hat in Friedmans Augen „rein paternalistischen Charakter“: „Wenn sie es wollen, könnten sich die Menschen individuell für das entscheiden, was sie als Gesamtheit von Gesetzes wegen tun müssen. Einzelnen sind sie jedoch kurzsichtig und ohne Sinn für Vorsorge. „Wir“ wissen es besser als „sie“, dass es zu ihrem eigenen Besten ist, für ihr Alter in stärkerem Maße vorzusorgen, als sie dies freiwillig tun würden; wir können sie zwar nicht als Einzelwesen überzeugen, aber wir können 51 Prozent oder mehr dazu überreden, sich dazu zu zwingen, das zu tun, was in ihrem eigenen Interesse liegt. Diese paternalistische Einstellung gilt in Bezug auf verantwortungsvolle Menschen, hat also noch nicht einmal die Ausrede der Fürsorge für Kinder oder Irrsinnige für sich“ (*FRIEDMAN 1962: 222*). Friedman erkennt in dem Argument jedenfalls keine zufrieden stellende Begründung für eine verpflichtende Altersvorsorge. Das Argument, „man wisse es besser“, ist in seinen Augen eine Beschneidung der Freiheit des Einzelnen und für einen Liberalen nicht vertretbar. „Wer an die Freiheit glaubt, muss auch die Freiheit des Einzelnen zur Begehung von Fehlern bejahen“ (*FRIEDMAN 1962: 222*), schreibt er.

Er stellt die Frage, ob irgendjemand den Einzelnen daran hindern dürfe, „für den Augenblick zu leben und seine Mittel für seinen gegenwärtigen Zeitvertreib zu verwenden“ und dabei „mit voller Absicht ein armseliges Alter“ in Kauf zu nehmen (*FRIEDMAN 1962: 222 ff.*). Man könne mit ihm diskutieren, versuchen, ihn von seinem Unrecht zu überzeugen – Friedman hinterfragt aber, ob es der richtige Weg ist, „ihn unter der Anwendung von Zwang daran zu hindern, das zu tun, was er tun möchte“. Weil es ja die Möglichkeit gebe, dass er im Recht ist, man selbst aber nicht. „Bescheidenheit ist die Eigenschaft des Befürworters der Freiheit, die ihn von anderen unterscheidet; Arroganz die des Befürworters des Paternalismus“ (*FRIEDMAN 1962: 223*).

Vielmehr zulässig sein könnte schon das Argument, verpflichtende Zahlungen seien sinnvoll, damit jene, die Zeit ihres Arbeitslebens nicht eingezahlt haben, später nicht zu einer Belastung für die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft werden. Also eine Art Zwang, aber zu Gunsten des Wohles aller. Aber auch dieses Argument will Friedman nicht gelten lassen. Erstens, weil es nun einmal kein Modell sei, das der Realität

entspricht: So sei nun einmal die Mehrheit der Bevölkerung im Alter nicht von der öffentlichen Wohlfahrt abhängig (*FRIEDMAN 1962: 223*). Zudem hätten sich private Vorsorgemethoden mit der Zeit stark verändert, und die Menschen seien durchaus in der Lage, für später vorzusorgen. Der Zwang zum Erwerb von Rentenmarken habe beträchtliche Nachteile und wenige Vorteile gebracht. „Er entzog uns allen die Verfügungsgewalt über einen beträchtlichen Teil unseres Einkommens, zwang uns, diesen Teil für einen bestimmten Zweck zu verwenden, für den Erwerb von Rentenmarken für die Altersvorsorge, und dies auf eine bestimmte Art und Weise durch den Ankauf bei einer staatlichen Agentur. Er verhinderte den freien Wettbewerb beim Verkauf von Rentenmarken sowie die Entwicklung anderer Möglichkeiten der Altersfürsorge. Er führte zu der Entstehung einer riesigen Bürokratie, die beginnt, sich von dem zu ernähren, was sie betreibt, sowie ihre Zuständigkeit von einem Lebensbereich auf den nächsten auszuweiten. Und all dies nur, um der Gefahr zu begegnen, dass einige Leute eventuell einmal der Allgemeinheit zu Last fallen könnten“ (*FRIEDMAN 1962: 224 ff.*).

Um Friedman noch etwas verständlicher zu machen, möchte ich nun noch das Beispiel der Armut und ihrer Bekämpfung ins Feld führen - den zweiten wichtigen Teilaspekt des Wohlfahrtsstaates. Friedman tut sich schon schwer, den Begriff Armut überhaupt als solchen anzuerkennen. Er ist davon überzeugt, dass die Vorzüge des freien Wettbewerbs zu einer erheblichen Verringerung der Armut im absoluten Sinn in den kapitalistischen Ländern des Westens geführt haben. „Armut ist jedoch zum Teil ein relativer Begriff“, räumt er ein, und daher lebten selbst in diesen Ländern offensichtlich viele Menschen unter Bedingungen, „die der Rest der Bevölkerung als Armut bezeichnet“ (*FRIEDMAN 1962: 227*).

Was kann nun getan werden, um diese Armut zu begrenzen, beziehungsweise wer soll diese Aufgabe in die Hand nehmen? Die wünschenswerteste Abhilfe stellt in Friedmans staatskritischen Augen die private Wohltätigkeit dar. „Wir wären vielleicht allesamt dazu bereit, zur Beseitigung der Armut beizutragen, *vorausgesetzt*, jeder beteiligte sich daran. Ohne eine derartige Zusicherung würden wir vielleicht nicht den gleichen Betrag aufbringen“ (*FRIEDMAN 1962: 227*). Weil das leider nicht ausreiche, müsse man staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut akzeptieren. „Dies soll bedeuten, den Lebensstandard jedes Individuums in der Gemeinschaft auf ein bestimmtes Mindestniveau festzusetzen“ (*FRIEDMAN 1962: 227*).

Für Ultra-Liberale ist der Fall also einfach: Bitte kein Staat, der Markt regelt schon alles, und das Instrument ist das Wirtschaftswachstum, das auch vom Staat bitte nicht gedämpft werden darf. Das Wirtschaftswachstum stellt den sozialen Frieden und damit die Demokratie sicher, und die Wirtschaft darf nicht am Wachsen gehindert werden. Das Problem des Wohlfahrtsstaates tut sich zumindest bei Ultra-Liberalen wie Friedman nicht auf, weil dieser mit dem Staat ohnehin so weit wie möglich zurückgedrängt werden sollte.

4.4 Zusammenfassung und Synthese

Nach Erläuterung der Problembereiche kann festgestellt werden, dass es sich um eine Gratwanderung handelt. Einerseits ist eine moderne, demokratische und kapitalistische Gesellschaft nicht vorstellbar, wenn sie nicht gleichzeitig als ein funktionierender Sozialstaat gedacht wird. Der Sozialstaat kann als Hilfsvehikel betrachtet werden, das jene Bereiche, in welchen der Markt versagt, abdeckt. Somit ist er wohl auch längst zu einer Grundfeste einer jeden modernen, liberalen Demokratie geworden. Gleichzeitig lehnen überzeugte Kapitalisten, wie am Beispiel Milton Friedmans veranschaulicht, einen zu starken Sozialstaat ab. Von ihrem Standpunkt aus betrachtet, ist das auch verständlich. Der Wohlfahrtsstaat verschlingt viel Geld und birgt zudem das Risiko nicht unwesentlicher Streuverluste in sich: Indem die Transferleistungen auch jenen zugute kommen, die willentlich nicht in das System einzahlen und so zu Nettoempfängern werden. Ein Verlustgeschäft für den Staat.

Gewissermaßen ist der Sozialstaat auf das Wirtschaftswachstum angewiesen, weil er sich daraus finanziert. Ein Staat, der als Sozialstaat organisiert ist, wird demnach gut beraten sein, keine Handlungen an den Tag zu legen, die dieses Wachstum, das auf dem Markt generiert wird, schädigen. Der Sozialstaat fungiert auch als Stabilisator für die Demokratie: Indem er starke soziale Verluste abfedert, erhöht er die Wahrscheinlichkeit des gesellschaftlichen Friedens. Die Beeinflussung und Abhängigkeit des Staates vom Markt und vice versa ist also eine wechselseitige. Einander nicht zu schaden und dafür zu sorgen, dass in beiden Bereichen so wenig Schaden wie möglich, und das bei gleichzeitig so viel Nutzen wie möglich, entsteht, kann nur im Interesse einer guten Politik liegen.

5. Die Grenzen des Wachstums

Die Beschäftigung mit der Frage, wie eine Welt ohne Wachstum aussehen könnte, geht auf den Bericht „The limits to growth“ des wachstumskritischen Thinktanks „Club of Rome“ zurück. Seit Erscheinen der Analyse im Jahr 1972 hat sich eine Vielzahl von Wissenschaftlern des Themas angenommen. In Frankreich findet die Wachstumskritik unter dem Überbegriff „Décroissance“ statt, im deutschsprachigen Raum heißt der entsprechende Begriff „Wachstumsrücknahme“ oder „Wachstumskritik“. In den vorangegangenen Kapiteln habe ich mich mit dem Wirtschaftswachstum auseinandergesetzt und damit, welche Rolle es für die Demokratie spielt. Im Schlusskapitel meiner Arbeit möchte ich den Blick in eine andere Richtung lenken und einer anderen Debatte Platz einräumen: Dieses Kapitel handelt von Menschen, die nicht glauben, dass die Welt auf das Wachstum angewiesen ist und die meinen, dass das Wachstum der Menschheit auf längere Sicht mehr schadet als nützt.

5.1. (K)Eine Welt ohne Wachstum

Lange Zeit war eine Welt ohne Wachstum völlig undenkbar: Schließlich gilt das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft. Gegenstand der Debatte waren stets die Fragen der Verteilung; Doch woher die Mittel kommen sollten, die zu verteilen waren, darüber waren sich Anhänger aller Wirtschaftstheorien und Vertreter aller Parteien einig: Aus einem Bruttoinlandsprodukt, das stetig, einer – im besten und im gewöhnlichen Fall nach oben steigenden - exponentiellen Kurve folgend, größer wird.

Es gibt viele triftige Argumente, die die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums untermauern. Und obwohl es mittlerweile längst auch Argumente gibt, die gegen das ständige Wachstum sprechen, sind sie einfach nicht überzeugend genug. Der Tenor scheint sich immer wieder aufs Neue so zu formulieren: Ja, natürlich wäre es schön, wenn wir den Regenwald nicht weiter zerstören müssten - aber wir brauchen das Holz. Ja, natürlich wäre es toll, wenn wir die Luft nicht weiter mit unseren Abgasen verpesten würden - aber es gibt noch keine ernsthafte Alternative zu den Treibstoffen aus fossilen Quellen. Ja, natürlich wäre es toll, wenn alle Häuser Passivhäuser wären und mehr Energie erzeugen würden als sie verbrauchen - aber das geht eben nicht so schnell und

ist zu teuer. So liest sich der Kanon jener, die davon ausgehen, dass das ständige Aufwärts der Wirtschaft eine Notwendigkeit und kein überholter Luxus ist. Für diese Menschen sind überzeugte Grüne naive Träumer und Unternehmer, deren Ziel nicht die Gewinnmaximierung ist, vereinzelt auftretende Ausnahmen. Aber warum denken diese Menschen eigentlich so? Und warum werden sie immer mehr?

Die Antwort ist nicht zuletzt in der Analyse zu finden, die ich in den vorangegangenen drei Kapiteln meiner Arbeit vorgenommen habe. Sie geht aus drei wesentlichen Bereichen hervor: Da ist zum einen der Sozialstaat, der die Umverteilungsfragen der kapitalistischen Gesellschaft löst, indem er dafür sorgt, dass sich die untere Spitze zu weit ausdehnt (*Kapitel 3*). Dann ist da der Kapitalismus an sich als die mittlerweile einzig anerkannte Wirtschaftsordnung. Seine Anhänger versprechen uns Wohlstand und Demokratie für alle, so lange wir nur fleißig dafür arbeiten (*Kapitel 2*). Der Kapitalismus ist nicht mehr nur unsere Wirtschaftsordnung, sondern ordnet längst auch unsere Gesellschaft und gibt auch in der Politik Ton und Tempo vor. Und er ist mittlerweile so verbreitet, dass folgende Theorie fast niemand mehr bestreitet: Es gibt zwar Kapitalismus ohne Demokratie (siehe China), doch auch dieser Zustand wird nicht von Dauer sein. Aber es gibt keine Demokratie, die nicht auch kapitalistisch ist (*Kapitel 1*). Also ist der Kapitalismus gut und wichtig und zudem die einzig erstrebenswerte Wirtschaftsordnung. Denn er sichert nicht nur Beschäftigung und Wohlstand, sondern auch den gesellschaftlichen Frieden, und lässt für jede kapitalistische Gesellschaft über kurz oder lang auch die Demokratie als die attraktivste politische Ordnung erscheinen.

Fragt man Ökonomen, die der Idee des endlichen Wirtschaftswachstums rein gar nichts abgewinnen können, so bedienen sie sich in der Regel eines Argumentes, das bislang noch niemand widerlegen konnte: *Das Wirtschaftswachstum ist deshalb notwendig, weil es Arbeitsplätze schafft und sichert.* Ein Wirtschaftswachstum von zumindest zwei Prozent sei notwendig, um den durch Produktivitätszuwächse abnehmenden Bedarf an menschlicher Arbeitskraft abzufedern. Gehen Arbeitsplätze verloren, wird die soziale Kluft größer und das führt wiederum zu Verteilungskämpfen, die schließlich so aggressiv werden können, dass sie der Sozialstaat nicht mehr lösen kann. Die Lösung der Beschäftigungsproblematik ist das triftigste Argument für die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums und damit auch jenes, das am schwierigsten auszuräumen ist.

Aber es gibt noch mehr. Lange Zeit hieß es, das Wachstum würde die Menschen glücklicher machen. Im Gegensatz zu seiner Bedeutung für den Arbeitsmarkt wurde dieses Argument mittlerweile zumindest zum Teil widerlegt. Die Glücksforschung hat zahlreiche Studien zutage gefördert, die folgenden Zusammenhang belegen: Eine Zunahme von Wohlstand führt zwar zu einer Zunahme von Glück – allerdings nur, bis ein gewisses Wohlstandsmaß erreicht ist. Das heißt, ein Mensch ist zwar glücklicher, wenn er seine Wäsche nicht mehr von Hand waschen muss und er ins Auto steigen kann, anstatt zu Fuß gehen zu müssen. Es ist für sein Glück aber unerheblich, ob das Auto 50 oder 120 PS hat, und ob die Waschmaschine im Turbogang schleudert oder nur einfach. Heute würde es ihn vielleicht sogar glücklicher machen, wenn er beim Waschen die Umwelt schont, indem er eine energiesparende Maschine nützt, auch wenn diese mehr kostet. Also bringt es dem durchschnittlichen Mitteleuropäer eigentlich gar nicht mehr so viel, wenn die Wirtschaft wächst: Er hat schon genug.

Anders ist das natürlich in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die erst auf jenen wirtschaftlichen Status hinarbeiten, den der industrialisierte Westen längst erreicht und zum Normalzustand erklärt hat. Dabei erscheint es natürlich verständlich, dass sie auf genau diesen Zustand hinarbeiten und genauso viel haben wollen wie wir und dafür auch dasselbe Maß an Umweltverschmutzung und Ressourcenverschleiß in Kauf nehmen, wie der Westen das getan hat. Schließlich ist der Westen jahrzehntelang auf Kosten der Natur gewachsen. Damit ist das Argument, dass die Menschen nicht mehr glücklicher werden können, nur halb widerlegt: Denn es sind noch nicht alle Erdenbürger an ebendiesem Punkt angelangt, an dem eine Zunahme von Wirtschaftswachstum nicht mehr zu mehr Zufriedenheit und Glück führt.

Ein weiterer Teilaspekt des Plädoyers für die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums ist die bereits erwähnte Krise des Sozialstaats, in die ein Ende des Wachstums der Theorie zufolge logisch münden müsste. Die würde, der wachstumsbefürwortenden Sichtweise folgend, dadurch verschärft, dass stärker von oben nach unten verteilt werden müsste. Auch das könnte zu Verteilungskämpfen führen – weil jene, die viel besitzen, höchstwahrscheinlich ungern mit anderen, wenig Besitzenden, teilen.

Wie kommt man nun überhaupt auf die Idee, den Wachstumsverzicht in den Raum zu stellen? Wann immer von den Grenzen oder gar vom Ende des Wachstums gesprochen wird, passiert das in Verbindung mit ökologischen Argumenten. Es steht dabei meistens der Einwand im Mittelpunkt, dass die Ressourcen endlich seien und die Menschheit das

Industriezeitalter, wie wir es kennen, hinter sich lassen müsse um endlich zu mehr Nachhaltigkeit zu finden. Oft wird dabei auch eingebracht, man könne ja „qualitatives“ an die Stelle des quantitativen Wachstums stellen. Die Bedeutung dieses „Qualitativen Wachstums“ ist vielfältig. Gemeinhin wird folgende, sehr vage gehaltene Definition herangezogen: „Unter qualitativem Wachstum sollte ein Zuwachs an Lebensqualität in einer Gesellschaft verstanden werden“ (HINTERBERGER et al. 2009: 25).

5.2 Der Club of Rome und die Grenzen des Wachstums

Die ersten, die die Idee, dass das Wachstum an seine Grenzen stoßen könnte, aufgebracht haben, waren die Mitglieder der 1968 gegründeten Denkfabrik „Club of Rome“. Für ihren Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (Originaltitel: „The limits to growth“) erhielten sie 1973 sogar den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Grundlage der 1972 veröffentlichten Studie war ein Computermodell, mit welchem die Autoren rund um die Ökonomen Donella und Dennis L. Meadows verschiedene Szenarien zur Zukunft der Weltwirtschaft simulierten¹⁷.

Untersucht wurden dabei jene Trends mit weltweiter Wirkung, die den Forschern am bedeutendsten erschienen: beschleunigte Industrialisierung, rapides Bevölkerungswachstum, weltweite Unterernährung, Ausbeutung der Rohstoffreserven und Zerstörung des Lebensraumes. Sie setzten sich zum Ziel, die Wechselwirkung genannter Problemfelder und ihre Entwicklungsrichtungen für den Zeitraum eines Jahrhunderts zu messen. Dabei erzielten sie folgende Ergebnisse: Hielte die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert an, so würden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht. Das bedeutet aus heutiger Perspektive, dass die Erde und ihre Bewohner etwa im Jahr 2070 die „Grenzen des Wachstums“ erreicht hätten. Das führe „mit großer Wahrscheinlichkeit“ zu einem ziemlich raschen und nicht aufhaltbaren Absinken der Bevölkerungszahl und der industriellen Kapazität, halten die Autoren fest. Es scheine möglich, die Wachstumstendenzen zu ändern und einen ökologischen und wirtschaftlichen

¹⁷ [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Die Grenzen des Wachstums&oldid=78167556](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Die_Grenzen_des_Wachstums&oldid=78167556),
zugegriffen am 9. Oktober 2010

Gleichgewichtszustand herbeizuführen, der auch in Zukunft aufrechterhalten werden könne. „Er könnte so erreicht werden, dass die materiellen Lebensgrundlagen für jeden Menschen auf der Erde sichergestellt sind und noch immer Spielraum bleibt, individuelle menschliche Fähigkeiten zu nutzen und persönliche Ziele zu erreichen.“ Und: „Je eher die Menschheit sich entschließt, diesen Gleichgewichtszustand herzustellen, und je rascher sie damit beginnt, um so größer sind die Chancen, dass sie ihn auch erreicht“ (MEADOWS et. al 1972: 17).

Ein Problem dabei sei das Festhalten an der Notwendigkeit des *exponentiellen* Wachstums. Also die Überzeugung, dass die Wirtschaftsleistung, einer exponentiellen Aufwärtskurve folgend, immer weiter zunimmt. „Exponentielles Wachstum ist trügerisch, weil schon bei relativ geringen Wachstumsraten in kurzer Zeit astronomische Zahlen erreicht werden“ (MEADOWS et. al. 1972: 17). Das Problem am exponentiellen Wachstum sei, dass relativ schwer zu durchschauen sei, woher dieses rührt, weil sich alle Bereiche wechselseitig beeinflussen: „Ist Industrialisierung die Ursache oder die Folge von Bevölkerungswachstum? Wird Umweltverschmutzung durch einen dieser Faktoren gefördert oder durch beide? Hat Nahrungsmittelproduktion Bevölkerungswachstum zur Folge oder umgekehrt? Was passiert, wenn einer dieser Faktoren langsamer oder schneller anwächst? Wie beeinflusst das die anderen Wachstumsfaktoren?“, fragen die Autoren (MEADOWS et. al. 1972: 23).

Was die Weltbevölkerung betrifft, so wächst nicht nur diese an sich, sondern es wird auch die Wachstumsrate größer. So ein Wachstum könne man „superexponentiell“ nennen: „Die Bevölkerungszahl steigt noch viel rascher als würde sie nur exponentiell wachsen. Allerdings drängt sich die Frage auf, warum sich das Bevölkerungswachstum so verhält – denn immerhin sollte die Sterberate dafür sorgen, die Geburtenrate zumindest halbwegs auszugleichen. Die Autoren führen die im Vergleich zur Geburtenrate sinkende Sterberate auf die Techniken zurück, die der Mensch seit der industriellen Revolution entwickelt hat und die sich wiederum entscheidend auf das System des Bevölkerungswachstums ausgewirkt hätten (MEADOWS et. al 1972: 28). Als Folge der medizinischen Fürsorge und des öffentlichen Gesundheitswesens wie neuer Methoden zur Erzeugung und Verteilung von Nahrungsmitteln sei die Sterberate praktisch überall auf der Welt gefallen. Zudem steigt die Geburtenrate. Falls die Sterblichkeit also nicht ansteige, was, wie Meadows und seine Kollegen meinen, die Menschheit wohl mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen werde, habe die Welt in 30 Jahren mit einer Weltbevölkerung von sieben Milliarden Menschen

zu rechnen. Heute, etwa 40 Jahre, nachdem der Bericht veröffentlicht wurde, weiß man, dass diese Annahme doch etwas zu pessimistisch, bzw. optimistisch, wie immer man es sehen mag, war. So haben sich die Autoren um rund eine Milliarde verschätzt.

Was natürlich nichts daran ändert, dass das Bevölkerungswachstum „superexponentiell“ war und ist. Allerdings sei die Industrieproduktion noch viel schneller gewachsen als die Bevölkerungszahl. Die jährliche Wachstumsrate zwischen 1963 und 1968 betrug dem Bericht zufolge sieben Prozent, pro Kopf der Bevölkerung fünf Prozent (MEADOWS et. al 1972: 30). Es sei schwer, die Wachstumsraten der Weltwirtschaft auf die nächsten Jahrzehnte hochzurechnen, da davon auszugehen ist, dass sie sich nicht über einen längeren Zeitraum so linear verhalten wie sie das in der Vergangenheit getan hätten. Will man die Wachstumsraten, die mit der Beschaffung der Erde konform gehen, auf mehrere Jahrzehnte schätzen, müsse man folgende Fragen berücksichtigen: Können diese Wachstumsraten überhaupt von unserer Erde, wie sie physikalisch nun einmal beschaffen ist, verkraftet werden? Wie viele Menschen können auf ihr leben, bei welchem Grad des Wohlstands und für wie lange? Um diese Antworten zu eruieren müsse man zunächst jene Systeme, welche die Grundlage für den Lebensunterhalt und für das wirtschaftliche Wachstum bilden, näher analysieren (MEADOWS et. al 1972: 35). Zu diesen Systemen zählen Nahrungsmittel, endliche Rohstoffe, die zunehmende Umweltverschmutzung, die weltweite Verbreitung von Schadstoffen, etc.

Ein Beispiel sind die endlichen, sich nicht regenerierenden Rohstoffe, wie Platin, Gold, Zink, Blei, Uran, aber auch Erdöl. Die Verbrauchsrate der wichtigsten, nicht erneuerbaren Rohstoffe, steige weltweit exponentiell an, in manchen Fällen sogar rascher als die Bevölkerung. Das liege daran, dass jährlich mehr Menschen und jeder von ihnen jährlich in größeren Mengen Rohstoffe verbrauchen (MEADOWS et. al 1972: 50). Mit zunehmender Industrialisierung und zunehmendem Bevölkerungswachstum wollen also mehr Menschen mehr besitzen und benötigen zur Benutzung ihres neuen Besitzes, wie etwa Autos, immer mehr Rohstoffe. Der Rohstoffverbrauch verhält sich damit analog zum Landbedarf: Ebenso wie exponentiell steigender Landbedarf rasch gegen die Grenze des verfügbaren Landes stoße, könne exponentieller Rohstoffverbrauch rapide zu einer Erschöpfung der vorhandenen Lagerstätten führen (MEADOWS et. al 1972: 51). Selbst, wenn die Vorräte gewisser Rohstoffe riesig seien, bedeute das nicht, dass sie unendlich sind (MEADOWS et. al 1972: 55). Ähnliche Überlegungen sind für jedes einzelne System anzustellen, das irgendwann an seine Grenzen stoßen wird. Und es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, auf weitere

Details dieser Systeme einzugehen. Daher, zusammengefasst, nur so viel: Sie alle sind entweder endlich oder führen laut Auffassung des Club of Rome über kurz oder lang dazu, dass gewisse Grenzen erreicht werden. „Es zeigt sich nun, daß diese Schwierigkeiten letztlich eine gemeinsame, recht banale Ursache haben: unsere Erde ist nicht unendlich. Je mehr sich die menschliche Aktivität den Grenzen der irdischen Kapazität nähert, um so sichtbarer und unlösbarer werden die Schwierigkeiten“ (MEADOWS et. al 1972: 74). Die menschliche Gesellschaft habe noch nicht gelernt, diese Schwierigkeiten zu erkennen und sie zu beherrschen. Das offensichtliche Ziel des Weltsystems sei es, immer noch mehr Menschen zu erzeugen und sie mit noch mehr Nahrungs- und Gebrauchsgütern, mit reiner Luft und Wasser, zu versorgen. Über kurz oder lang, halten Meadows et. al fest, werde die Gesellschaft, so sie dieses Ziel weiter verfolgt, an eine der vielen endgültigen Grenzen für das Wachstum auf der Erde stoßen.

Die genauen Begrenzungen, und, welche davon sich zuerst bemerkbar machten, seien nicht vorherzusagen, ebenso wenig, wie sich vorhersagen lasse, zu welchen Folgen dies führen wird. Und zwar, weil es in einer solchen Situation sehr viele mögliche, aber unvorhersehbare Arten menschlicher Reaktion gebe (MEADOWS et. al 1972: 74). Eine Schlussfolgerung sei allerdings jedenfalls zulässig: „Das Grundverhalten des Weltsystems ist das exponentielle Wachstum von Bevölkerungszahl und Kapital bis hin zum Zusammenbruch“ (MEADOWS et al. 1972: 129). Dieses Grundverhalten bleibe unverändert, ob man nun davon ausgeht, dass sich nichts Wesentliches ändern wird, oder ob man beliebig viele technologische Veränderungen einführt. Hinter den Annahmen des Club of Rome stecke die „unausgesprochene Ansicht, dass Bevölkerungszahl und Kapital die Möglichkeit haben sollten, möglichst unbeschränkt weiterzuwachsen, bis eine *natürliche* Grenze erreicht wird“ (MEADOWS et al. 1972: 129). Diese Annahme sei ein wesentlicher Punkt der menschlichen Wertmaßstäbe, die das System der realen Welt in Gang halten.

Was aber bedeutet das für die Gesellschaft?

Zunächst ist die Gesellschaft relativ indifferent gegenüber den Problemen der Endlichkeit ihrer Ressourcen, weil zeitliche Verzögerungen zwischen der Erkenntnis eines Problems und der Inangriffnahme seiner Lösung liegen. Das heißt, dass etwa exponentiell zunehmende Umweltverschmutzung über den kritischen Wert ansteigen kann, weil ihre Auswirkungen erst nach Jahren bemerkbar werden. Diese Verzögerungen können genauso zur Folge haben, dass eine Bevölkerung noch bis zu 70 Jahre nach dem

Zeitpunkt weiter wachse, an dem die Fruchtbarkeit unter den Pegel fiel, der gerade den Ersatz jeder lebenden Person garantiere (MEADOWS *et al.* 1972: 131). Anders ausgedrückt: Es mag sein, dass die Menschen und die Gesellschaft zwar mitlernen, aber zum Zeitpunkt der Erkenntnis eines Problems bereits ein anderes Problem viel aktueller ist bzw. der Punkt, an dem eine relativ einfache Lösung möglich gewesen wäre, bereits überschritten ist. Wie sich der Punkt, an dem die Grenzen des Wachstums erreicht wären, auf die Stabilität der Gesellschaft auswirke, ist schwer zu sagen. Vor allem deshalb, weil relativ schwer vorauszusehen ist, in welchem System das Wachstum zuerst zu einem Ende kommen würde. Zwar erfordere die Unterordnung unter die naturgegebenen Wachstumsgrenzen nicht mehr, als abzuwarten, was sich ereignen werde, denn das Ergebnis wäre aller Wahrscheinlichkeit nach ein „unkontrollierbarer Rückgang von Kapital und Bevölkerung“ (MEADOWS *et al.* 1972: 153). Der Verfall könnte an verschiedenen Punkten der Erde zu verschiedenen Zeiten oder aber weltweit einsetzen, allmählich oder sehr plötzlich. Werde etwa zuerst die Grenze der Nahrungsmittelproduktion erreicht, so hätten die nicht industrialisierten Länder die größten Bevölkerungsverluste. Laufe die Erschöpfung der nicht regenerierbaren Rohstoffe der Entwicklung voraus, so träfe es die Industrienationen zuerst.

Wolle man dem Wachstum von sich aus Beschränkungen auferlegen, so seien sehr große Anstrengungen erforderlich. „Man müßte lernen, sehr viele Dinge in völlig anderer Art zu tun“ (MEADOWS *et al.* 1972: 153). Oder, anders gesagt: Der Mensch müsste sein Verhalten ändern. Würde die Gesellschaft diesen Weg der Selbstbeschränkung gehen, so hieße das nicht, dass die Welt stagnieren würde. Es könnten Teilbereiche trotzdem weiter wachsen, aber die Welt würde in eine Art Gleichgewichtszustand eintreten. Jedes Land könnte seinen mittleren Lebensstandard durch Verändern des Verhältnisses von Bevölkerungszahl und Kapital erhöhen oder erniedrigen. Zudem könnte sich eine Gesellschaft weiterhin durch Erhöhung oder Senkung von Bevölkerungszahl oder Kapital veränderten inneren oder äußeren Einflüssen langsam und kontrolliert anpassen, entsprechend eines vorgefassten Ziels (MEADOWS *et al.* 1972: 156). Es müsste nur eben kontrollierter passieren als angenommen. Die Welt würde zu einer Art neuem Wachstum finden, das innerhalb dieses Gleichgewichtszustandes stattfindet. Wie das Wachstum und das Leben in einem solchen aussehen würde, ist ebenfalls relativ schwer zu sagen: Weil nämlich kein formales Modell der sozialen Bedingungen im Stadium ebendieses Gleichgewichts existiert. Niemand könne voraussagen, welche neuartigen Institutionen sich die Menschheit unter diesen neuen Lebensbedingungen schaffen würde. Und es gebe keine Garantie dafür, dass die neue Gesellschaft besser

wäre als die heutige oder sich von ihr auch nur in einem nennenswerten Ausmaß unterscheiden würde.

Dem Club of Rome zufolge deutet allerdings nichts darauf hin, dass eine Gesellschaft, die an den Grenzen ihres Wachstums angelangt ist, eine weniger friedliche wäre. Im Gegenteil: „[...] glauben wir, daß im Stadium des globalen Gleichgewichts eine Gesellschaft, die Innovationen begrüßt, den technologischen Fortschritt richtig zu nutzen weiß und auf Gleichheit und Gerechtigkeit beruht, sehr viel eher zustande kommen kann als im Stadium des Wachstums“ (MEADOWS *et al.* 1972: 157).

Die einzigen Größen, die im Stadium des Gleichgewichts konstant bleiben müssten, sind Bevölkerung und Kapital, schreiben Meadows *et al.*: „Jede menschliche Tätigkeit, die keine großen Mengen unersetzbarer Rohstoffe benötigt oder Schadstoffmengen freisetzt und den Lebensraum schädigt, könnte ohne Beschränkung und praktisch unendlich zunehmen. Besonders jene Beschäftigungen, die viele als besonders erstrebenswerte und befriedigende Tätigkeiten einstufen wie Erziehung und Weiterbildung, Ausübung von Musik, Religion, wissenschaftliche Grundlagenforschung, Sport und soziale Kontaktpflege, könnten sich schrankenlos entwickeln“. Dazu müssten allerdings zwei grundlegende Faktoren abgesichert sein: Ein gewisser Überfluss, der verbleibt, wenn die dringendsten menschlichen Bedürfnisse befriedigt sind, und Freizeit (MEADOWS *et al.* 1972: 157). Meadows *et al.* stellen die These auf, dass diese Grundlagen gesichert werden könnten, indem etwa mehr Menschen weniger arbeiten, anstatt weniger Menschen doppelt so viel (MEADOWS *et al.* 1972: 158).

An dieser Stelle macht sich der Club of Rome, gewissermaßen die Vorreiterorganisation der heutigen Wachstumskritiker, bereits daran, eine grundlegende Annahme der überzeugten Kapitalisten zu widerlegen: Dass Wachstum schließlich dazu führe, dass Menschen gleicher würden oder, anders gesagt, mehr besitzen. Für Meadows *et al.* ist es ein „gern geglaubtes Märchen“ unserer Gesellschaft (MEADOWS *et al.* 1972: 160), „dass die Fortdauer des Wachstums zu einer stärkeren menschlichen Gleichberechtigung führen müsse“ (MEADOWS *et al.* 1972: 160). Im Gegenteil: Das gegenwärtige Wachstum von Bevölkerung und Kapital vergrößere die Kluft zwischen arm und reich weltweit. Einer besseren Verteilung der „Schätze dieser Welt“ stehe in erster Linie das Bevölkerungswachstum entgegen. Weil die Verteilung immer ungleichmäßiger werde, je größer die Zahl der Menschen ist, unter denen geteilt werden müsse. In jenem langfristigen Zustand des Gleichgewichts hingegen, der laut der

Autoren erstrebenswert ist, können Bevölkerung und Kapital und ihr Verhältnis zu festen Größen wie Landfläche, Frischwasser und Bodenschätzen „so einander angepaßt werden, daß es genug zu essen gäbe und die materielle Produktion zumindest den Lebensunterhalt sichern würde. [...] Eine weitere Barriere gegen die Gleichberechtigung – das Versprechen auf Wachstum – könnte nicht mehr länger aufrechterhalten werden “ (MEADOWS *et al.* 1972: 160). Dafür wären andere Opfer zu bringen: So müssten bestimmte menschliche Freiheiten, wie etwa, beliebig viele Kinder in die Welt zu setzen und unkontrolliert Rohstoffe zu verbrauchen, gegen andere Freiheiten eingetauscht werden, zum Beispiel der Befreiung von der Umweltverschmutzung und Übervölkerung sowie vom drohenden Zusammenbruch des Weltsystems (MEADOWS *et al.* 1972: 161). Damit wäre zwar auch eine Gesellschaft im Gleichgewicht nicht frei von Zwang – dafür kämen neue Freiheiten dazu, wie beispielsweise allgemeine und unbeschränkte Erziehung, Freizeit für schöpferische Tätigkeit und vor allem Freiheit von Hunger und Armut, die gegenwärtig nur ein recht kleiner Teil der Weltbevölkerung genieße (MEADOWS *et al.* 1972: 161).

Offen bleibt, mit welchen praktischen Schritten dieser Zustand tatsächlich zu erreichen ist. Dazu seien noch eine Vielzahl von weitergehenden Diskussionen und Analysen erforderlich, um neue Ideen einzubringen. Auch die Daten seien noch nicht ausreichend. Die wichtigsten Hintergrundinformationen bezögen sich auf menschliche Maßstäbe und Werte: Auf die Erkenntnis, dass nicht alles für jedermann maximal zur Verfügung stehe, folgten die Fragen: Will die Gesellschaft mehr Menschen oder mehr Wohlstand, mehr ursprüngliche Natur oder mehr Kraftwagen, mehr Nahrung für die Armen oder mehr Dienstleistungen für die Reichen, etc.? Entscheidet man sich, nichts zu tun, so entscheide man in Wirklichkeit, die Gefahren des Zusammenbruchs zu vergrößern (MEADOWS *et al.* 1972: 164). Meadows *et al.* sehen ihren Bericht als eine erste Anregung zu dieser Diskussion. Das ist ihr Ziel (MEADOWS *et al.* 1972: 161).

Das Bild, das Meadows *et al.* skizzieren, mutet an wie eine Utopie, und das bleibt es vorerst auch. Dennoch haben sie einen ersten Schritt getan und in Frage gestellt, ob unser gewohnter Gedanke, dass das Wachstum immer exponentiell weiter geht, nicht vielleicht auch eher Wunschvorstellung als Realität ist. Ihr Ziel haben sie erreicht: Denn „Die Grenzen des Wachstums“ gilt heute als Standardwerk in der sich immer weiter ausbreitenden Diskussion über die Wachstumskritik. Der Fokus auf die ökologische Komponente des Wirtschaftswachstums kann durchaus als wegweisender Ausgangspunkt für eine Debatte angesehen werden, die in den auf das Jahr 1972

folgenden Jahrzehnten weiter geführt und mit der aktuellen Wirtschaftskrise erstmals eine breite Öffentlichkeit erhalten hat. Wenngleich Wachstumskritiker nach wie vor eher als „Spinner“ und „Andersdenkende“ neben dem wachstumsorientierten Mainstream der Ökonomen stehen und immer noch marginalisiert werden, beschäftigt sich dennoch eine wachsende Zahl von Autoren mit dem Thema Wachstumskritik, und dies auf zunehmend ernsthafte Art und Weise. Auch die möglichen Auswirkungen dieser möglichen „Wachstumsrücknahme“ gewinnen in der Debatte zunehmend Raum.

5.3. Warum wir Wachstum brauchen

5.3.1 Der Knackpunkt Beschäftigung

Seit der Club of Rome in den frühen siebziger Jahren den ersten detaillierten Bericht über die möglichen Grenzen des Wachstums vorgelegt hat, haben sich Philosophen, Ökologen, aber auch immer mehr Ökonomen mit der Thematik zu beschäftigen begonnen. Die Idee, dass ein „qualitatives“ Wachstum an die Stelle des „quantitativen“ Wachstums treten solle, gewinnt an Aufwind. Das qualitative Wachstum, oft auch „nachhaltiges Wachstum“ genannt, bezeichnet einen Zustand, in dem sich die Zuwächse vom Industrie- in den Dienstleistungssektor verlagern und Menschen, sofern ihre Existenz materiell abgesichert ist, immateriellen Gütern einen höheren Stellenwert einräumen als materiellen. Die völlige Verabschiedung von der Idee der Notwendigkeit des Wachstums hakt vor allem an einem Punkt: Der Beschäftigung. Es wird gemeinhin davon ausgegangen, dass das Wirtschaftswachstum in erster Linie dazu dient, die Beschäftigung auszubauen und so einer steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken oder gar eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

Nach der gängigen Auffassung kann ohne Wachstum „außerdem nicht gewährleistet werden, dass sich ein Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors oder eine umweltfreundliche Ausrichtung des technischen Fortschritts einstellt. Daher resultiere aus einer Stagnation der Wirtschaft eine Verminderung der Beschäftigung im Ausmaß der jährlichen Produktivitätssteigerung, da aufgrund von Rationalisierungsinvestitionen die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte ständig geringer wird“ (*HINTERBERGER et al.*

2009: 30). Das Wirtschaftswachstum wird, so Hinterberger et al., als zentrale Lösung für soziale, wirtschaftliche aber auch gewisse ökologische Herausforderungen angesehen. Das Wachstum erhöhe über die Ausweitung des verfügbaren Einkommens den Wohlstand, es senke die Arbeitslosigkeit und sichere so die Beschäftigung, entschärfe Verteilungskonflikte, ermögliche Entwicklungshilfezahlungen, finanziere das Sozialsystem und stärke sogar den Umweltschutz durch den technologischen Fortschritt bzw. durch mehr zur Verfügung stehende Mittel, etc. (*HINTERBERGER et al. 2009: 30*). Hinterberger et al. fordern daher ein Nachdenken über Alternativen zu einem rein auf quantitativen Wachstum aufbauenden Wirtschaftssystem. Ein anhaltender Wachstumsrückgang als mögliche Konsequenz nachhaltiger Entwicklung sei bislang jedoch noch nicht ausreichend untersucht worden (*HINTERBERGER et al. 2009: 31*). In den Jahren der aktuellen Wirtschaftskrise war vor allem vom „negativen Wachstum“ die Rede, also von einer Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes. Gemeinhin geht man hingegen davon aus, dass sich das Bruttoinlandsprodukt vergrößert und die Wirtschaftskraft exponentiell zunimmt.

Wie erwähnt, ist die Beschäftigung der zentrale Punkt, den Wachstumsbefürworter den Wachstumskritikern entgegenhalten. Sinke nämlich die Beschäftigung infolge einer Stagnation der Produktivität, so könne sich das auch negativ auf den sozialen Frieden auswirken, heißt es. Wachstumskritiker reagieren auf dieses Argument stets mit folgendem Gegenargument: Die verfügbare Arbeit müsse ja nicht weniger werden, sie könne einfach auf mehr Menschen verteilt werden. Das hieße de facto, dass mehr Menschen weniger arbeiten, und dass jene, die infolge dieser neuen Verteilung weniger arbeiten, mehr Freizeit haben, in der sie sich anderen Tätigkeiten widmen können - wie etwa Bildung, ehrenamtlichen Diensten für die Allgemeinheit, etc. Dieses Argument hat bereits der Club of Rome ins Feld geführt.

Wolfgang Schwarzbauer und Ulrich Schuh haben sich in ihrem Text „Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum“, erschienen in erwähntem Argumentarium Friedrich Hinterbergers, ebendiesem Problem gewidmet. Sie beschreiben die Problematik wie folgt: „Auf den ersten Blick erscheint es attraktiv, über eine Verringerung der Arbeitszeit pro Kopf bei gleicher Produktionsleistung die Anzahl der Arbeitsplätze zu erhöhen. Dieses Argument ignoriert allerdings, dass die Produktionsleistung keine fixe Größe ist, sondern sich vielmehr aus den Komponenten Produktivität, Stundenanzahl und Beschäftigung errechnet. Eine Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit verringert unmittelbar den Output – im ungünstigsten Fall sinkt über Folgewirkungen der Produktionswert sogar um

noch mehr, als es alleine der Verringerung der Arbeitszeit entspricht“ (SCHWARZBAUER / SCHUH, in: HINTERBERGER et al. 2009: 179). Gemäßigte Wachstumskritiker argumentieren in der Regel, dass die durch die zunehmende Produktivität entstehende Beschäftigungsabnahme durch Arbeitsplätze in anderen, neu entstehenden Branchen, wie etwa der Umwelttechnik, zumindest teilweise abgedeckt wird. Das sehen Schwarzbauer und Schuh ähnlich. Allerdings, meinen sie, sei langfristig weniger die Frage relevant, inwiefern die Konzentration auf neue, ressourcenschonende Technologien und Energiegewinnung tatsächlich einen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern könnten. Die Arbeitsmarktproblematik spiegle vielmehr die Konsequenzen einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Einkommensverteilung wider. Diese werde sich „kurzfristig in steigender Erwerbslosigkeit und langfristig in sinkenden relativen Löhnen einer signifikanten Bevölkerungsschicht offenbaren“ (HINTERBERGER et al. 2009: 179). Beide Phänomene, schreiben Schwarzbauer und Schuh, resultierten in einer Erhöhung der relativen Ungleichheit in einer Gesellschaft. Bislang seien für die Überwindung dieses Problems keine überzeugenden Lösungsansätze vorgelegt worden. Der Beschäftigungsverlust müsste also in andere Bereiche verlagert werden, und welche Bereiche dafür geeignet sind, könne vom heutigen Standpunkt aus nicht gesagt werden.

5.3.2 Die Umverteilung der Arbeit

Die gesellschaftlichen Veränderungen, welche auf das Erreichen der Wachstumsgrenzen folgen könnten, wurden bislang kaum untersucht. Die politische Ökologie, ein relativ junger Zweig der Sozialwissenschaften, hat diese Fährte aufgenommen. Die politische Ökologie ist etwa zeitgleich mit der Publikation des Berichts des Club of Rome entstanden.¹⁸ Ihr wichtigster Vertreter ist der in Österreich geborene Franzose André Gorz alias Gerhard Hirsch. Der Sozialphilosoph und Publizist, der lange Zeit ein Anhänger von Jean-Paul Sartres existentialistischem Marxismus und Mitbegründer des Nachrichtenmagazins „Le Nouvel Observateur“ war, galt als führender Theoretiker der politischen Ökologie und wird den Vertretern der „Décroissance“, der französischen Variante der Wachstumskritik, zugeordnet. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Annahme, dass die Gesellschaft, die nur auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, zum ökologischen Desaster führt. Seine Theorie zielt auf eine Umgestaltung liberaler Gesellschaften, in Richtung mehr ökologischer Nachhaltigkeit, ab. In den 1980er Jahren

¹⁸ http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Politische_Ökologie&oldid=76074169, zugegriffen am 17. Oktober 2010

wurden Gorz' Theorien sogar von deutschen Sozialdemokratischen und Grünen Politikern aufgegriffen.¹⁹

Im Mittelpunkt von Gorz' Werk steht die Arbeit. Die Verteilung der Arbeit nimmt in der wachstumskritischen Debatte einen zentralen Stellenwert ein: Schließlich ist der aus dem Wirtschaftswachstum resultierende Beschäftigungszuwachs das zentrale Argument jener, die auf die unbedingte Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums pochen: Weil mit zunehmender Industrialisierung immer weniger Menschen immer mehr Output erzielen, fallen Arbeitsplätze weg, für die auf anderem Weg Ersatz gesucht werden muss. Und das könne nur gelingen, wenn an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und das wiederum funktioniere nur, wenn die Wirtschaft wächst. (*HINTERGERBER et al. 2009: 29*).

Mit diesem Argument setzt sich Gorz auseinander. Im Zentrum seiner Analyse steht die Frage nach einer gerechten Verteilung der Arbeit: Wie muss die Verteilung der Arbeit aussehen, damit der Verdienst für alle Menschen zum Leben reicht? Um dieses Thema dreht sich auch seine 1989 erschienene Schrift „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (Originaltitel: „Métamorphoses du travail“), in der er sich auf die Suche nach einer „moralischen Ökologie der Freiheit“ begibt. Diese soll sich dem „Totalitarismus der ökonomischen Vernunft“ entgegensetzen. Gorz stellt in seiner Schrift die Rolle des Unternehmertums in der Gesellschaft jener der Arbeiterschaft gegenüber.

Die Rolle der Unternehmen beschreibt er als frei von jeder Ethik und einzig dem nutzenmaximierenden Profitstreben zugetan. Nach Gorz' Auffassung erwartet die Gesellschaft von den Unternehmen als Wirtschaftssubjekten überhaupt nicht, dass diese ihr Handeln auf irgendeine Art und Weise in den Dienst der Gesellschaft stellen oder einen moralischen Auftrag verfolgen. Unternehmen kalkulieren, fassen alles in Zahlen, und das tun sie eben auch mit der Arbeitskraft. Weil die Nutzen- und Profitmaximierung das einzige Ziel der Firmen ist, lässt diese Sichtweise der „quantitativen Bemessung“ überhaupt keine Selbstbegrenzung zu: „Ihr ist nicht nur die Kategorie des *genug* fremd, sondern auch jene des *zuviel*. Keine Menge kann, sobald sie zur Bemessung einer Leistung dient, *zu* groß sein; kein Unternehmen kann *zuviel* Geld verdienen, und kein Arbeiter kann *zu* produktiv sein. Indem sie alles quantifizierte, um alles berechenbar zu

¹⁹ http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=André_Gorz&oldid=79931524, zugegriffen am 17. Oktober 2010

machen, vernichtete die ökonomische Rationalisierung somit jedes Kriterium, das es ermöglichte, sich zufrieden zu geben mit dem, was man hatte, was man gemacht hatte oder sich zu tun vornahm. Keine Menge ist die größtmögliche Menge, kein Erfolg ist so groß, daß nicht ein noch größerer Erfolg vorstellbar wäre. Den Rang, den ein jeder in der Hierarchie der Fähigkeiten und Verdienste einnahm, war seinem Wesen nach relativ: Wurde er doch nur durch Vergleich zu den anderen bestimmt – mit ihnen hatte ein jeder sich zu messen, sie galt es in beständigem Konkurrenzkampf zu überholen, wenn man seinen Rang verdienen wollte“ (GORZ 1989: 163).

Dieser „Logik der *grenzenlosen* Anstrengung jedes einzelnen“ habe die Arbeiterbewegung von Anfang an eine umgekehrte Logik entgegengesetzt. Und zwar die „Verweigerung der Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitern, ihre Solidargemeinschaft mit der gleichzeitigen Perspektive der *Selbstbegrenzung der Anstrengungen eines jeden* und der *Begrenzung* der Arbeitsmenge, die von allen verlangt werden konnte. Der ökonomischen Rationalität der unbegrenzten Maximierung und Maßlosigkeit setzte somit die Arbeiterbewegung eine Rationalität entgegen, die sich auf einen Humanismus des Bedürfnisses und die Verteidigung des Lebens gründete“ (GORZ 1989: 163). Das fasst Gorz unter „Bedürfnis-Humanismus“ zusammen. Es zeichnet sich hier bereits ab, worauf diese Argumentation hinauslaufen könnte: Dass nämlich eine Gesellschaft, die sich über die Neuverteilung der Arbeit als ökologisch orientierte Gesellschaft neu definieren will, dabei Anstoß an der humanistischen Grundausrichtung der Arbeiterbewegung zu nehmen hat. Diesem Argument liegt die Idee zugrunde, dass neben der Lohnarbeit noch genügend „Zeit zum Leben“ bleiben müsse: Der Lohn müsse ausreichen, um zumindest jeder Familie Grundbedürfnisse zu erfüllen, gleichzeitig muss die Arbeitsdauer so verkürzt werden, dass die Lebensqualität nicht leidet (GORZ 1989: 163 ff.).

Die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums resultiert Gorz zufolge daraus, dass der Konsum stetig gesteigert werden muss. Und zwar deshalb, weil die wachsenden Produktmengen, die sich daraus ergeben, dass Unternehmen, um ihren Profit zu steigern, immer mehr produzieren müssen, eben auch Käufer, sprich Konsumenten finden müssen. Der Konsum steht im Dienst der Produktion (GORZ 1989: 164 ff.). Damit wandelt sich auch die Funktion der Produktion: „Funktion der Produktion war es damit nicht mehr, die bestehenden Bedürfnisse so effektiv zu befriedigen wie möglich; diese Bedürfnisse mußten umgekehrt vielmehr die Funktion erhalten, die Ausweitung der Produktion zu ermöglichen“ (GORZ 1989: 165). Die Verschwendung wird zum Gebot.

Die Grenzen des „genug“ wurden ständig weiter zurückgedrängt – mit dem Zweck, das Gefühl am Leben zu erhalten, es könne gar nicht genug für alle geben. „Mit anderen Worten: bis in die Arbeiterklasse hinein mußte jedes Prinzip von Selbstbegrenzung – ebenso der Arbeitsanstrengungen wie des Bedürfnisniveaus – durch das Prinzip der unbeschränkten Maximierung verdrängt werden“ (GORZ 1989: 165).

Die Vollbeschäftigung des Individuums zu einem festgelegten Zeitpensum ist für Gorz ein Resultat der hohen Lohnforderungen, und damit Resultat der vorherrschenden ökonomischen Logik. Reiche der Lohn nicht aus, könnte nicht viel und immer mehr konsumiert werden. Das Individuum, also der Arbeiter, strebte nicht nach immer mehr. Die Bedürfnisse, die von den Unternehmen zur Erfüllung ihres Profitstrebens kreiert wurden, würden nicht mehr auf ausreichend Bedarf stoßen. „Diese Fremdbestimmung des Bedürfnisniveaus wäre sehr viel schwieriger gewesen, *wenn die Individuen frei darin gewesen wären, ihre Arbeitsdauer nach der Höhe des Einkommens einzuteilen, dessen sie nach ihrer Einschätzung bedurften*. In dem Maße, wie Produktivität und Reallöhne in Wachstumsphasen anstiegen, hätte sich auch ein wachsender Anteil der Bevölkerung dafür entschieden, weniger zu arbeiten. Doch ebendiese Möglichkeit einer Entscheidung zwischen Arbeitsdauer und Konsumniveau wurde ihm beständig verweigert. Die ökonomische Rationalität hat keinen Raum für die im authentischen Sinne freie Zeit, die einen Gebrauchswert ohne Tauschwert darstellt und Zweck in sich selbst ist, da sie weder Waren produziert noch konsumiert“ (GORZ 1989: 166).

Andre Gorz' Logik zufolge würde das Folgendes bedeuten: Es ist nicht das Wirtschaftswachstum, das notwendig ist, um die Vollbeschäftigung zu sichern, sondern es ist vielmehr die Voll- und Vollzeitbeschäftigung die dazu dient, das Wirtschaftswachstum zu sichern. Das Wirtschaftswachstum diene also einzig den Unternehmen, die nur dadurch ihr Prinzip der Gewinnmaximierung weiter verfolgen können. Das Individuum als Arbeiter wird instrumentalisiert, denn es könnte gleichsam weniger arbeiten und sein Mehr an Freizeit dazu nutzen, sich darüber klar zu werden, dass es nur eine Marionette in der Konsumgesellschaft ist. Daher entzieht man dem Individuum die Autonomie über seine Zeit. „Kurz gesagt: durch die Ausweitung seiner freien Zeit riskierte das Individuum, sich ebenso sehr dem Zugriff des Unternehmens wie dem Einfluß der Gewerkschaften zu entziehen [...]. *Vor allem riskierte es, dem Einfluß der ökonomischen Rationalität zu entkommen*, indem es entdeckte, daß „mehr“ nicht notwendigerweise „besser“ bedeutet, daß mehr zu verdienen und zu konsumieren nicht notwendigerweise bedeutet, besser zu leben, daß es also *wichtigere Forderungen geben*

könnte als Lohnforderungen“ (GORZ 1989: 168). Unser Modell der „Wachstumsgesellschaft“ würde sich auf diese Weise als Lüge entpuppen.

André Gorz leitet aus seinen Ausführungen das Ziel einer Verkürzung der Arbeitszeit ab. Dabei sollten zum einen alle „immer weniger arbeiten, damit alle Arbeit finden und außerhalb ihrer Arbeit ihre persönlichen schöpferischen Möglichkeiten entfalten können, die innerhalb der Arbeit nicht zum Ausdruck kommen“. Zum anderen solle „ein sehr viel größerer Teil der Bevölkerung [...] Zugang zu qualifizierten, komplexen, schöpferischen und verantwortlichen beruflichen Aufgaben erhalten, die ihm eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Erneuerung ermöglichen“ (GORZ 1989: 272). Letzteres Ziel werde von den professionellen Eliten mit – unter anderem - folgendem Argument bekämpft: Ein Manager, der nicht sechzig Stunden arbeite, könne etwa seinen Beruf gar nicht richtig ausüben. Dahinter stecke Gorz zufolge die Botschaft, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit nur für routinisierte Tätigkeiten möglich sei und sich gar nicht auf die ganze Bandbreite der vorhandenen Berufe ausweiten lasse. Damit, schreibt Gorz, suchten diese Eliten ihre Privilegien und ihre Macht zu verteidigen (GORZ 1989: 272).

Er erklärt diese These für falsch. Denn gerade jede Tätigkeiten, für die viel Kreativität und Erfindergeist notwendig seien, machten viel Freizeit zur Regenerierung des Geistes notwendig (GORZ 1989: 273). Das Ziel sei zum einen, dass die Erwerbsarbeit aufhöre, die einzige oder auch nur die wichtigste Lebensbeschäftigung zu sein. Sie müsste zudem aufhören, unsere wichtigste Quelle sozialer Identität und Zugehörigkeit zu sein. Schließlich müsse die Jahresarbeitszeit auf etwa 1000 Stunden reduziert werden, wodurch mehr Arbeitsplätze für mehr Menschen geschaffen würden (GORZ 1989: 320). Das uns bekannte problematische Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung würde sich von selbst auflösen.

5.4 Auswirkungen einer Wachstumsabschwächung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es sehr wohl Modelle gibt, die beschreiben, wie das Diktat des Wirtschaftswachstums überwunden werden kann und die sich auch mit dem Weg dorthin befassen. Besonders was den wichtigsten Konfliktpunkt, nämlich die Arbeit, betrifft, gibt es eine Reihe von Lösungsvorschlägen. Wie aber würden nun die politischen Auswirkungen eines Übergangs zu einer Post-Wachstumsgesellschaft aussehen? In Anbetracht der Analyse, die ich in den Kapiteln eins bis drei meiner Arbeit vorgenommen habe, liegt es jedenfalls nahe, dass die Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft auf jeden Fall spürbar, wenn nicht gar gravierend sein würden. Schließlich sichert das Wirtschaftswachstum, respektive der Kapitalismus, nach Ansicht der meisten Ökonomen den sozialen Frieden und nährt den Wohlfahrtsstaat. Und was bedeutet das in weiterer Folge für die Demokratie? Wenn wir uns von der Idee verabschieden müssen, dass das Wachstum unendlich ist, wovon soll dann eine kapitalistische Gesellschaft, abgerundet durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat, noch zehren? Was, wenn nicht das Wachstum, kann die Quelle der Stabilität in einer marktwirtschaftlichen, liberalen, Gesellschaft sein?

Karsten Herzmann, Vertreter der Idee der „Wachstumsrücknahme“, sieht im Rückgang des Wirtschaftswachstums an sich nicht das zentrale Problem für gesellschaftliche Stabilität und politische Legitimierung. Das Problem sei vielmehr, dass politische Parteien falsche Versprechungen machten, die bei den WählerInnen falsche Erwartungshaltungen wecken und festigen. Die Wachstumsraten bilden den Grundstein der modernen Demokratie und legitimieren Politik. Herzmann bezieht sich vor allem auf den Fall Deutschland, wenn er feststellt: „[...] ein Großteil der Bevölkerung [hat] ausgehend von den Nachkriegsjahren, als tatsächlich zunächst fundamentale Bedürfnisse erfüllt werden mussten, über Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, dass im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs auch der eigene Wohlstand jedes Jahr zunimmt. Was anfangs noch ein (Wirtschafts-)Wunder war, galt schon bald als Normalfall“ (HERZMANN 2009: 4 ff.). Es wird in der modernen Demokratie nicht hinterfragt, ob Wachstum überhaupt notwendig ist, nein, die Notwendigkeit wird vorausgesetzt. Parteien werben, so Herzmann, in Wahlkämpfen damit, dass sie über das bessere Wachstumsrezept verfügen und damit den Schlüssel zu weiterem Wohlstand in Händen hielten (HERZMANN 2009: 5).

Wie auf nationaler findet das in noch stärker ausgeprägter Form auf europäischer Ebene statt, wo die Lissabon-Strategie das Ziel vorgibt, dass die Europäische Union bis 2020 der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt werden und so Beschäftigung und Wachstum gewährleisten soll. Gewissermaßen definiert sich die Europäische Union sogar über dieses Wachstumsversprechen, das sie ihren Bürgern gegeben hat. So, schreibt Herzmann, legitimieren sich also politische Akteure, indem sie ihren Bürgern immer mehr Wohlstand durch immer mehr Wachstum zusagen: „Die Zustimmung zu Politik und Staat hängt also entscheidend von den Wachstumsraten als der Grundlage des materiellen Wohlstands ab. Überspitzt könnte man mit Habermas formulieren: *„Der moderne Staat kann nicht länger durch die Demokratie legitimiert werden, sondern auf der Basis wirtschaftlichen Wachstums.“*“ (HERZMANN 2009: 5).

Nun ist es allerdings so, dass die Wachstumsraten in der Wirtschaftskrise stark zurückgegangen sind, in den meisten Staaten war sogar das Negativwachstum der Normalfall. Noch kann niemand sagen, ob dies eine temporäre, der Krise zuordenbare Erscheinung ist, oder vielmehr die Ouvertüre für den zukünftigen Normalzustand. So steigt auch die Staatsverschuldung, die Sozialsysteme werden belastet bzw. staatliche Leistungen eingeschränkt und es fände eine Verlagerung von Realinvestitionen auf Investitionen in Finanzmärkte statt, während Löhne und Unternehmensgewinne sinken. Bis jetzt seien davon keine politischen Folgen spürbar, weil die Bürger vor allem aus Gewohnheit davon ausgehen, dass dies eine Episode ist, die vorbeigeht (HERZMANN 2009: 5). Was aber, wenn sich die Wachstumsraten auf diesem niedrigen Niveau einpendeln? Auf die Bürger könnte dies den Eindruck machen, dass die machthabenden Politiker schlicht nicht in der Lage seien, ihre Versprechen zu erfüllen – selbst, wenn es nicht deren Schuld, sondern nicht mehr und nicht weniger als der natürliche Lauf der Dinge ist, der das Wachstum dauerhaft zurückgehen lässt. Es könne zu einer Entwertung der Wahlen als dem Herzstück des demokratischen Systems kommen, „weil hier doch idealtypisch eine ‚gute Regierung‘ bestätigt und eine schlechte durch eine andere – ‚bessere‘ – ersetzt werden soll.

Ein in diesem Sinne fortgesetztes und parteienübergreifendes Scheitern der Politik kann bei den Bürgern zu dem Schluss führen, durch die Teilnahme an der Wahl nichts ändern zu können: Die scheinbare Machtlosigkeit des Staates führt zum Gefühl der Ohnmacht beim Souverän. Verfestigt sich dieser Eindruck, kann dies langfristig auch das demokratische System selbst gefährden, insbesondere wenn die ‚da oben‘ nicht mehr

als Interessenvertreter des Volkes angesehen werden und sich Teile der Bevölkerung radikalisierten“, schreibt Herzmann (*HERZMANN 2009: 5*). So gewannen nicht nur in Deutschland zunehmend politische Kräfte an Einfluss, die die Grenzen ihrer Verfassungen austesten oder sich sogar offen gegen deren demokratisch-rechtsstaatlichen Grundstrukturen richteten (*HERZMANN 2009: 6*).

Herzmann führt mehrere Gründe an, die zu einer zunehmenden Delegitimation von Politik führten, sowie einige mögliche Lösungswege, die aktuell diskutiert würden. Da seien zum einen die Versuche der Anpassung des demokratischen Verfahrens durch etwaige erweiterte Formen der Partizipation, mittels derer die Bürger aktiviert werden und so die Demokratie wieder mehr als Herrschaft des Volkes erkennbar gemacht werden soll. Ein anderer Ansatz zielt auf eine bessere, gemeinwohlförderlichere Politik ab, wie etwa Privatisierungen vormals staatlicher Einrichtungen in der Hoffnung auf Effizienzgewinne und Innovationssteigerungen, sowie eine kritische Betrachtung der bestehenden staatlichen Entscheidungsstrukturen – wodurch die „Fehler im System“ aufgedeckt und behoben werden sollen. Weil dem Faktor materieller Wohlstand als Legitimationsfaktor wesentliche Bedeutung zukomme, dürfe dieser nicht außer Acht gelassen werden wenn nach Lösungswegen für den Zustimmungsschwund der Bevölkerung gesucht werde. „Daher kann es nicht verwundern, wenn die Rückkehr auf den Pfad kontinuierlicher Wohlstandssteigerungen als herausragendes Element möglicher Gegenkonzepte verstanden wird“ (*HERZMANN 2009: 6*).

Dafür muss allerdings davon ausgegangen werden, dass es möglich ist, die hierfür erforderlichen kontinuierlich hohen Wachstumsraten zu erreichen. Dies kann Herzmann zufolge der Ausgangspunkt für ein gravierendes Problem sein: „[...] Gerade in dieser kollektiven Erwartung liegt ein Schlüssel zum Verständnis des Delegitimationsprozesses. Schließlich macht erst diese Konstruktion eines vermeintlichen ‚Normalfalles‘ aus der Verfehlung von politischen Wachstums- und Wohlstandszielen ein Versagen: Ein Scheitern ist dann besonders vorwerfbar, wenn die Erfüllung der Aufgabe durchaus möglich erschien“ (*HERZMANN 2009: 7*). Allerdings gebe es in Deutschland, so wie in fast allen entwickelten Volkswirtschaften, kein exponentielles Wachstum – im Gegenteil: Der Normalfall sei ein lineares Wachstum und damit sinkende Zuwachsraten.²⁰ „Politik an der Stabilität von Wachstumsraten zu messen, erscheint daher als wenig tauglicher

²⁰ „Es gab in der Bundesrepublik niemals exponentielles Wirtschaftswachstum. Den Erwartungen zum Trotz wuchs deren Volkswirtschaft stattdessen immer nur linear, nämlich in jedem Jahrzehnt um etwa 300 Milliarden Euro“, siehe: http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Seiten/Kernaussage_html.htm, zugegriffen am 19. Oktober 2010

Maßstab. Entgegen der ausgesprochenen oder nur intuitiven Erwartung in Politik, Wissenschaft und Bevölkerung wird es keine Rückkehr zu konstant hohen Wachstumsraten geben“ (HERZMANN 2009: 7). Die kollektiv falschen Wachstumserwartungen seien es schließlich, die die Legitimitätskrise kontinuierlich verschärften. Das allerdings werde von den bisherigen Ansätzen kaum berücksichtigt (HERZMANN 2009: 7). Über kurz oder lang drohten Verteilungskämpfe in den entwickelten Volkswirtschaften weiter zuzunehmen, so sich der Wachstumstrend der vergangenen Jahrzehnte, sprich: das lineare Wachstum, gleichzusetzen mit sinkenden nominellen Zuwächsen, fortsetze. Waren konfliktreiche Verteilungsdiskussionen in Zeiten hoher Wachstumsraten nicht nötig bzw. wurden sie seit den Siebzigerjahren oftmals durch die Aufnahme von Staatsschulden vermieden, so könnten diese an Bedeutung gewinnen und schließlich zu einer zunehmenden Bedrohung der demokratischen Institutionen werden (HERZMANN 2009: ff.).

Davon profitieren könnten insbesondere neue, kollektivistische Bewegungen, „die sich für eine starke Umverteilung oder aber eine Verteilung einseitig zugunsten bestimmter Gruppen der Bevölkerung einsetzen – und sich dabei häufig gegen gesellschaftliche Minderheiten richten“ (HERZMANN 2009: 8). Aufgabe von Politik und auch Wissenschaft sei es daher, „sachangemessene Ideen zu entwickeln, wie auch ohne den universellen ‚Problemlöser Wachstum‘ Stabilität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft gesichert werden kann. Ein solcher Abschied vom Wachstum als Nabel der politischen Debatte ist derzeit noch nicht in Sicht, zumal der vermeintliche Verlust an wirtschaftlicher Dynamik lieber der Inkompetenz des politischen Gegners sowie – grundsätzlich behebbaren – strukturellen Mängeln zugeschrieben wird“ (HERZMANN 2009: 8).

Das Problem sind bei Herzmann also nicht die sinkenden Wachstumsraten an sich, sondern die falschen Versprechungen der Politik an ihre Bürger, an deren Nichteinhaltung schließlich sie in Person scheitern. Dieses Scheitern kann von den Bürgern allerdings im Extremfall mit einem Scheitern des politischen Systems, also der Demokratie, gleichgesetzt werden. Offen bleibt, ob es tatsächlich nicht doch das rückläufige Wirtschaftswachstum an sich ist, das in diesem Fall die Demokratie gefährdet. Schließlich konnten Verteilungskonflikte ja lange Zeit durch Wirtschaftswachstum gelöst werden und verschärfen sich erst an jenem Punkt, wo das nicht mehr möglich ist, weil das erwartete Wachstum ausbleibt.

5.5 Zusammenfassung und Synthese

Das Ziel dieser Arbeit war es, zu untersuchen, wie die Wachstumskritiker das Fortbestehen der Demokratie erklären. In der ersten Hälfte der Analyse wurde detailliert dargelegt, wie sich in den Augen jener Ökonomen, die das Wirtschaftswachstum als eine Notwendigkeit betrachten, die Demokratie erklärt: Nämlich durch das Wirtschaftswachstum, das als Grundlage des Kapitalismus immer mehr Wohlstand generiert und gleichzeitig Verteilungskonflikten vorbeugt. Die freie Marktwirtschaft hat nach der kapitalistischen Lesart außerdem den Effekt, Menschen die Wahlfreiheit schmackhaft zu machen, die sie über kurz oder lang auch im politischen System einfordern werden, was zu einer Demokratisierung der politischen Institutionen führt.

Nun ist es schwer, dieser Sichtweise die Wachstumskritik gegenüberzustellen und zu analysieren, mit welchen Argumenten diese die beschriebene Sichtweise widerlegt. Die Wachstumskritik setzt sich mit diesem Problem nämlich nicht auseinander. Die Wachstumsanhänger und die Wachstumskritiker legen dem gesellschaftlichen Frieden völlig unterschiedliche Voraussetzungen zugrunde: Während es im Kapitalismus die stetig wachsende Wirtschaftsleistung ist, die Wohlstand, Frieden und so Demokratie sichert (Wo gehandelt wird, herrscht Frieden, siehe Kapitel 3), ist es bei den Wachstumskritikern erst die Neuverteilung der Ressourcen, die sich aus dem Abschied vom Wachstum ergibt, die den Frieden sichert. Wachstumskritiker sehen die Gefahr für die Demokratie nicht in den sinkenden Wachstumsraten an sich, sondern im Umgang der politischen Akteure damit. Frieden wird durch eine neue Verteilung der und durch einen neuen Umgang mit den Ressourcen garantiert. Dieser scheint sich gewissermaßen automatisch aus der Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ergeben. Gorz meint sogar, dass das Mehr an Freizeit, das ganz natürlich aus dem Ende des Wachstums resultiert, die Moral der Menschen stärkt und sie so zu friedliebenderen, schöngestigeren Wesen macht.

Ein Diskurs über die zentralen Annahmen der entgegengesetzten Denkrichtungen von Wachstumsanhängern und Wachstumskritikern wird dadurch erschwert, dass sie jeweils in abgeschlossenen Systemen denken, in denen jeweils unterschiedliche Problemstellungen herrschen. Es wird mit anderen Variablen gedacht: So sehen die Wachstumsbefürworter im Wirtschaftswachstum den Schlüssel für Wohlstand, Frieden und schließlich Demokratie. Die Wachstumskritiker hingegen stellen sich die Frage nach

dem sozialen Frieden in einem komplett anderen Kontext: Er werde überhaupt erst dadurch gesichert, dass kollektiv Abschied vom Glauben an die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums genommen und auf Basis dessen nach neuen Formen des friedlichen Zusammenlebens gesucht wird.

Herzmann kann freilich nicht stellvertretend für alle Wachstumskritiker betrachtet werden. Aber er hat sich auf eine äußerst interessante und aufschlussreiche Weise einem neuen Problem gewidmet: Nämlich der Frage, wie sich der gesellschaftliche Friede in einer Welt gestaltet, in der Wirtschaftswachstum nicht als zentraler Lösungsansatz für alle Arten von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen herangezogen wird.

6. Schluss

Aufbauend auf der Arbeit Seymour Martin Lipsets, der anhand statistischer Daten belegt, dass Wohlstand und Demokratie zusammenhängen, hat sich eine Vielzahl von Autoren der Überprüfung dieser These gewidmet sowie der Frage, woraus sich dieser Zusammenhang ergibt. Lipsets Untersuchung legt nahe, dass es umso wahrscheinlicher ist, dass sich eine Nation demokratisiert, je höher ihr Grad an Wohlstand ist. Lipsets Untersuchung bildet die Basis der Aristoteles-Lipset-Hypothese, die besagt, dass wohlhabende Staaten mit höherer Wahrscheinlichkeit Demokratien implementieren und aufrechterhalten als arme Staaten. Auch wenn sich die Autoren uneins darüber sind, ob dieser Effekt direkt oder indirekt wirkt, sind sie sich doch weitgehend darüber einig, dass es Demokratie nur im Kapitalismus geben kann. Moderne Demokratie, wie wir sie heute kennen, kann sich nur in einem kapitalistischen-industrialisierten Umfeld durchsetzen. Ein solches Umfeld schafft Wohlstand, und je mehr Menschen in den Genuss eines Lebens in Wohlstand kommen, umso weniger empfänglich sind sie für diktatorisch-demagogische Einflüsse.

Wie in Kapitel 1 ausgeführt, wird in der modernen Literatur nicht mehr bestritten, dass ein Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum besteht. Dabei wird weitgehend angenommen, dass es zwar Staaten gibt, die marktwirtschaftlich und kapitalistisch sind, aber nicht demokratisch. Als prominentestes Beispiel dafür gilt China. Auf der anderen Seite gibt es aber keine Demokratie, die nicht gleichzeitig auch eine freie Marktwirtschaft wäre. Das heißt: Es gibt keine Demokratie ohne Kapitalismus, wohl aber Kapitalismus ohne Demokratie. Doch auch das muss nicht langfristig so bleiben. Denn es ist eine ebenso weit verbreitete These, dass es in einem kapitalistischen System nur eine Frage der Zeit ist, bis sich der Staat demokratisiert. Ein Argument dafür ist, dass mit steigendem Wohlstand auch der Wille der Regierungen steigt, soziale Ungleichheiten zu beseitigen, wodurch ein größerer Teil der Bevölkerung in den politischen Prozess eingebunden wird, was wiederum die Herausbildung demokratischer Strukturen fördert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich Wohlstand über wirtschaftliche Entwicklung definiert, und wirtschaftliche Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt werden kann. Daraus lässt sich in Analogie zu der von Lipset bewiesenen

Annahme, dass ein Land umso demokratischer ist, je wohlhabender es ist, der Schluss ziehen, dass Demokratie und Wirtschaftswachstum zusammenhängen und dass der Grad an demokratischer Entwicklung mit dem Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft steigt. An dieser Stelle ist freilich anzumerken, dass dies besonders für Staaten gilt, die sich erst an der Schwelle zur Demokratie befinden. Denn ein Land, das bereits stark ausgeprägte demokratische Strukturen aufweist, wird nicht von Jahr zu Jahr demokratischer werden, weil die Wirtschaftsleistung zunimmt.

Wie im zweiten Kapitel belegt, sind sich die Kapitalisten weitgehend darüber einig, dass Wirtschaftsliberalismus Demokratie fördert. Auch, wenn nicht alle als kapitalistisch zu bezeichnenden Denker davon ausgehen, dass Demokratie das oberste Ziel sein muss, wobei dieser Gedanke eher den früheren Autoren zugeordnet werden muss als den jüngeren. Argumentiert wird diese Annahme durch die These, dass Wirtschaftsliberalismus politischen Liberalismus dadurch begünstigt, dass er den Bürgern Wahlfreiheit gibt, die sie schließlich im politischen Feld genauso einfordern werden wie im wirtschaftlichen. Außerdem, so fasst es etwa Johan Norberg zusammen, entsteht Wohlstand eigentlich immer durch Handel, und zwar durch internationalen Handel, also den Handel zwischen einzelnen offenen Volkswirtschaften. Das wiederum führt zu gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die es unwahrscheinlicher machen, dass Staaten miteinander in den Krieg treten. Der globalisierte Handel fördert außerdem nach Auffassung der Kapitalisten die Meinungsfreiheit und so die Demokratie. So gibt es heute laut Norberg 47 Staaten, die grundlegende Menschenrechte verletzen – dabei handelt es sich um jene Staaten, die am wenigsten von der Globalisierung erfasst sind und die sich am wenigsten an Marktwirtschaft und Liberalismus orientiert haben. Gab es 1973 nur 20 Länder mit über einer Million Menschen, die demokratisch waren, so sind es heute 120 Länder mit über 3,5 Milliarden Menschen. Daraus kann also geschlossen werden, dass der Wohlstand, grob gesagt, die Welt befriedet und die Demokratie fördert – ein Beleg mehr für Lipsets These.

Schon für die klassischen Liberalen stand fest, dass es einen Zusammenhang zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Entwicklung der Gesellschaft besteht. So sieht etwa John Stuart Mill in der freien Entwicklung des Einzelnen die Grundlage für den persönlichen und in weiterer Folge auch den gesellschaftlichen Fortschritt. Dabei ist einer der wichtigsten Vorteile des Liberalismus, wie etwa Ludwig von Mises schreibt, dass er nicht im Dienst bestimmter Schichten, auch nicht der Oberschicht, steht, sondern eine „Politik im Interesse der Gesamtheit“ ist. Diese Annahme teilen alle Kapitalisten: So

ist die Ansicht, dass Kapitalismus schließlich dazu führt, dass immer mehr Menschen immer mehr besitzen, unter den kapitalistisch orientierten Ökonomen unumstritten. Mises ist es auch, der sehr anschaulich beschreibt, wie nützlich Demokratie dem Kapitalismus sein kann: Eine demokratische Gesellschaft kommt ohne Gewalt aus, weil sie ihre Regierung, sofern sie mit dieser unzufrieden ist, durch Wahlen ihres Amtes entheben kann. Der Zustand des Friedens macht es möglich, dass sich die Wirtschaft weitgehend störungsfrei entwickeln und auf diese Weise wachsen und Wohlstand schaffen kann.

Was den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie betrifft, so hat sich wohl kaum ein Liberaler so stark damit beschäftigt wie Milton Friedman, der der These, dass wirtschaftliche Freiheit zu politischer Freiheit führt, ein ganzes Buch gewidmet hat. Der Markt ist bei Friedman ein direkter Bestandteil der Freiheit. Der Staat hat lediglich dafür zu sorgen, dass die wesentlichen Voraussetzungen für die Freiheit des Einzelnen gewahrt bleiben. Er habe die Aufgabe, schlechte Menschen daran zu hindern, Schlimmes zu tun, und es guten Menschen zu ermöglichen, Gutes zu tun. Eine freie Gesellschaft, die er als das oberste Ziel erachtet, ist eine, der eine Wirtschaft zugrunde liegt, die wiederum auf privatem Unternehmertum basiert. Damit die Wirtschaft frei bleibt und ihre Teilnehmer frei, Verträge einzugehen, und das ohne Zwang, muss der Staat die nötigen Rahmenbedingungen schaffen und beispielsweise verhindern, dass Monopole entstehen, die den freien Markt stören. Der Markt gibt den Menschen das, was sie wollen und nicht das, was ihnen von anderen aufgezwungen wird. Je mehr sie sich an diese Art der Bedürfnisbefriedigung gewöhnen, umso mehr werden sie dieses Maß an Wahlfreiheit auch in der politischen Sphäre fordern, und so mündet eine kapitalistische Gesellschaft über kurz oder lang in der Demokratie.

Wirtschaftliche Entwicklung ist bei den liberalen Ökonomen das oberste Ziel einer Gesellschaft, und dazu muss eine Gesellschaft frei sein. Dabei gibt es unterschiedliche Auffassungen der Autoren darüber, was der Zweck und was die Mittel sind. Mises liest sich eher so, als würde er die wirtschaftliche Entwicklung als den Zweck und die Demokratie als das Mittel sehen. Friedman hingegen definiert die Freiheit als das oberste Ziel, den freien Markt als die Basis dieser Freiheit und damit den Pfad des Kapitalismus als den Weg zur freien Gesellschaft. So trägt bei Friedman der Markt wesentlich dazu bei, politische Freiheit zu bewahren: Weil es beispielsweise dem Individuum nur in einer auf dem freien Markt basierenden Gesellschaft möglich sei, frei

für seine Überzeugungen einzutreten – auch oder gerade, wenn es damit in der Minderheit ist - und somit von demokratischen Rechten Gebrauch zu machen.

Der Kapitalismus, ergo das Wirtschaftswachstum, schützt die Demokratie aber nicht nur dadurch, dass es die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung gewährleistet und dadurch, dass es den Frieden sichert, weil die Staaten nicht gegeneinander in den Krieg ziehen. Es gibt noch einen anderen Stabilisator: Den Wohlfahrtsstaat, dem ich mich in Kapitel 3 gewidmet habe. Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat hängen insofern zusammen, als sich der Wohlfahrtsstaat aus jenem Wachstum speist, welches der freie Markt zutage fördert.

Die Funktionen des Wohlfahrtsstaates sind vielfältig: Vor allem aber nimmt er dem Markt jene undankbaren Aufgaben ab, zu deren Erfüllung dieser nicht imstande ist. Auch wenn der Handel floriert und immer mehr Menschen zu immer mehr Wohlstand verhilft, so wird es immer eine gewisse Zahl von Menschen geben, die aus diesem Prozess ausgeschlossen bleiben und von der wachsenden Wirtschaft nicht profitieren, weil ihre Bildung nicht ausreicht, sie keine Arbeit finden oder schlicht und einfach nicht können – wie etwa, weil sie krank oder durch eine Behinderung eingeschränkt sind – oder wollen. All jenen stellt der Sozial- oder Wohlfahrtsstaat ein Mindestmaß an Mitteln zur Verfügung, das ihnen hilft, zu überleben und im besten Fall auch an der Gesellschaft teilzunehmen. Stagniert das Wirtschaftswachstum, so versiegt auch jene Quelle, die den Sozialstaat nährt und das wiederum könnte zu radikalen Verteilungskonflikten führen. Ein Teufelskreis tut sich auf: Denn Verteilungskämpfe könnten wiederum – zumindest nach der Argumentation der Liberalen – das Wirtschaftswachstum hemmen, wodurch dem Wohlfahrtsstaat noch mehr Mittel abhanden kommen, etc. Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat bedingen einander also. Der Kapitalismus braucht den Wohlfahrtsstaat um die Verluste abzufedern, die auf dem freien Markt entstehen. Und der Wohlfahrtsstaat braucht das Wirtschaftswachstum, weil ihm sonst die Mittel zur Verteilung fehlen. Auch Kapitel 3 belegt also die These, dass Wirtschaftswachstum für die Demokratie unabdingbar ist.

Aus all diesen Thesen müsste sich eigentlich der Schluss ziehen lassen, dass die Demokratie in dem Moment dem Untergang geweiht ist, in dem die Wirtschaft aufhört zu wachsen. Damit ist die Geschichte aber noch nicht fertig erzählt. Denn mit der aktuellen Wirtschaftskrise ist das Wachstum zumindest vorübergehend zum Stillstand gekommen, oder hat sich sogar in die andere Richtung entwickelt: Die Wirtschaftsleistung ist zumindest im Jahr 2009 in den meisten der am höchsten entwickelten Volkswirtschaften

geschrumpft. Obwohl die Bruttoinlandsprodukte im Jahr 2010 zumindest wieder etwas wachsen, meinen einige Ökonomen, die Welt müsse sich damit abfinden, dass die Zeit der hohen Wachstumsraten vorbei sei. Die Idee ist nicht neu. Der Club of Rome hat bereits in den frühen 1970er-Jahren einen Bericht vorgelegt, in dem er anhand eines statistischen Modells simulierte, was passieren würde, wenn die Welt aufhören würde zu wachsen. Irgendwann müssten die Grenzen erreicht sein, das exponentielle Wirtschaftswachstum, das von den meisten Ökonomen längst als der Normalfall betrachtet wird, würde irgendwann einfach an seine Grenzen stoßen – alleine deshalb, weil die natürlichen, nicht erneuerbaren Energiequellen früher oder später versiegt sein würden. Die Welt müsse sich also umstellen, die Regierungen und jeder einzelne Erdenbürger umdenken und sich an eine Welt ohne Wachstum gewöhnen, mahnten Donella und Dennis Meadows und ihre Co-Autoren. Diese Welt ohne Wachstum malten die Autoren als eine Art Gleichgewichtszustand, in dem eben nicht mehr alle Systeme gleichzeitig wachsen könnten, sondern immer nur eines oder einige, während ein anderes oder einige andere schrumpfen, sodass die Vorwärtsbewegung unter dem Strich Null wäre.

Mit ihrer Analyse haben Meadows et al. eine Lawine losgetreten: Seit den 1970er Jahren beschäftigen sich immer mehr Ökonomen, Philosophen und Ökologen mit der Frage, wie das „quantitative“ – also in Zahlen messbare – Wirtschaftswachstum durch ein anderes Wachstum ersetzt werden könne. Im Zentrum dieser wachstumskritischen Bewegung stehen stets ökologische Bedenken, wie etwa die Frage, was passiert, wenn es kein Öl mehr gibt.

Abgesehen davon, dass die Wachstumskritiker von Wachstumsbefürwortern in der Regel ohnehin als Träumer abgetan und nicht ernst genommen werden, scheitern ihre Erklärungen in der Regel an der Frage der Beschäftigung. Ökonomen argumentieren für gewöhnlich, dass eine Welt ohne Wachstum im Chaos münden müsse, weil ja immer mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängten, und außerdem die zunehmende Rationalisierung so viele Arbeitsplätze vernichte, dass das Wirtschaftswachstum alleine deshalb notwendig ist, weil es neue Jobs schafft und so die Beschäftigung sichert. Wachstumskritiker entgegnen in der Regel, dass die verloren gegangenen Arbeitsplätze an anderen Stellen neu entstehen, wie etwa in jenen Bereichen, die sich ganz natürlich ergeben, sobald die Politik einen „nachhaltigeren“ Kurs einschlägt: So würden dann etwa mehr Umwelttechniker oder mehr Forscher gebraucht.

Bislang konnte aber nicht nachgewiesen werden, dass dem tatsächlich so ist. Nach der kapitalistischen Theorie wäre also die Demokratie dem Untergang geweiht, würde man sich vom Wirtschaftswachstum verabschieden. Das sehen die Wachstumskritiker anders. Eine Gesellschaft, die sich damit abfindet, dass die Wirtschaft nicht mehr wächst und dieses Wachstum schließlich weder erwartet noch voraussetzt, wird automatisch eine friedlichere, argumentieren sie. Das könnte verschiedene Ursachen haben. Da eine Verabschiedung vom Wachstum ja bedeutet, dass die vorhandenen Ressourcen, darunter auch und vor allem die Arbeit, neu verteilt werden müssten, hätten die Menschen automatisch mehr Zeit zur Verfügung. Viele Wachstumskritiker legen ihren Ausführungen die Vermutung zugrunde, dass die Menschen dieses Mehr an Freizeit dazu nützen würden, ihren Geist zu pflegen und auf diese Weise automatisch zu moralischeren, ethischer denkenden und handelnden Wesen würden. Der Club of Rome führt neue Freiheiten ins Feld, die der Mensch im Abtausch gegen die Vollzeit-Erwerbstätigkeit und gegen das Recht darauf, unbegrenzt viele Kinder in die Welt zu setzen oder unkontrolliert Rohstoffe zu verbrauchen, erhielte: Dazu zählt etwa allgemeine und unbeschränkte Erziehung oder mehr Freizeit für schöpferische Tätigkeit.

Auch diese Schlussfolgerung birgt ein großes Risiko in sich. Dieser Gedanke wurde immer wieder aufgegriffen. So plädiert auch André Gorz für eine Reduktion der Arbeitszeit zugunsten der Pflege schöpferischer Aktivitäten. Arbeiteten die Menschen weniger, bemerkten sie automatisch, dass Konsum eigentlich unwichtig ist und es wesentlich wichtigere Dinge im Leben gibt. Sie würden sich, glaubt Gorz, automatisch diesen wichtigeren Dingen zuwenden. Dennoch müsste zunächst garantiert sein, dass das Verteilungsproblem dauerhaft aus der Welt geschafft sein würde. Und freilich ist auch nicht gesagt, dass die Menschen ihren Zugewinn an Zeit tatsächlich der Pflege ihres Geistes und der Stärkung ihrer Ethik und Moral nützten.

Damit möchte ich auf die eingangs gestellte Frage zurückkommen, nämlich, wie die Wachstumskritiker die Demokratie erklären. Im Laufe der Arbeit hat sich herauskristallisiert, dass die Gedankenkonstrukte, die den Wachstumsanhängern auf der einen und den Wachstumskritikern auf der anderen Seite zugrunde liegen, schwer einander gegenüberzustellen sind. Und zwar vor allem deshalb, weil sie von völlig anderen Voraussetzungen ausgehen. Diese manifestieren sich besonders stark in den Menschenbildern, auf welchen die Anhänger der verschiedenen Denkrichtungen ihre Theorien aufbauen: Während die liberalen Kapitalisten vom rationalen, nutzenmaximierenden Individuum ausgehen und ethische und moralische Fragen aus

der gesellschaftlichen Verantwortung nehmen und dem Einzelnen überlassen, gehen die Wachstumskritiker vom empathischen Menschen aus, der lernfähig ist und gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen möchte und dies auch tut, sofern er die Möglichkeit dazu erhält. Die Wachstumskritiker gehen davon aus, dass das Individuum in der Lage ist, die Probleme der Welt zu begreifen und auch dagegen vorzugehen und zwar so weit, dass es auch zu Einschnitten bereit ist, die es selbst betreffen.

Die Wachstumsanhänger meinen, der Staat müsse die schlechten Menschen daran hindern, Schlechtes zu tun, den Einzelnen aber, davon abgesehen, nach seinem eigenen Gutdünken schalten und walten lassen. Die Wachstumskritiker hingegen nehmen an, der Mensch würde durch mehr Freizeit in die Lage versetzt, seinen Geist zu pflegen und würde diese Möglichkeit auch nützen und auf diese Weise ein moralischeres Wesen werden, das sich auch ohne das Versprechen auf privaten Nutzen für Gerechtigkeit in der Gesellschaft einsetzt. Sie stellen den Menschen in den Dienst der Gesellschaft. Die Wachstumsanhänger hingegen stellen den Menschen in den Dienst der Wirtschaft und gehen von einem Gesellschaftsmodell aus, das auf dem Markt basiert und in dem es dem Einzelnen überlassen bleibt, Ethik und Moral zu definieren. Es gibt für sie keine gesamtgesellschaftliche Moral.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Zugangsweisen ist es kaum möglich, sie gegeneinander abzuwiegen. Die Ergebnisse wären nicht plausibel, weil die Modelle und die Prämissen so unterschiedlich sind. Die eingangs gestellte Frage lässt sich daher nicht einfach so beantworten, sondern ihre Klärung muss auf Umwegen erfolgen. Die Wachstumskritiker lassen sich wie folgt interpretieren: Es lässt sich der Schluss ziehen, dass in den Augen der Wachstumskritiker die Demokratie nicht dadurch gefährdet würde, dass das Wirtschaftswachstum an seine Grenzen gelangt. Im Gegenteil: Der verschwenderische Umgang mit den Ressourcen ist es, der laut Annahme der Wachstumskritiker Verteilungskämpfe zunehmen lässt und im Extremfall dazu führt, dass sich gewisse gesellschaftliche Gruppen radikalisierten und dadurch zu einer Bedrohung für das friedliche Zusammenleben und so für die Demokratie wird. Die Logik ist eindeutig: Je weniger es gibt, umso schärfer wird darum gekämpft werden.

Verlagert sich der Konsum allerdings in Bereiche, die unbegrenzt ausdehnbar sind, so muss darum nicht gekämpft werden, weil ja ausreichend vorhanden ist. Ersetzt man also die fossilen Energiequellen durch erneuerbare Energien, wie beispielsweise die

Sonnenkraft, so muss niemand um seine Versorgung fürchten, da Sonnenlicht unbegrenzt vorhanden und jedem zugänglich ist. Meadows et al. zufolge ist es etwa das gegenwärtige Wachstum von Bevölkerung und Kapital, das die Kluft zwischen arm und reich weltweit vergrößert. Das rasche Bevölkerungswachstum verhindere eine bessere Verteilung der Ressourcen. Mit steigender Zahl der Menschen werde auch die Verteilung immer ungleichmäßiger, weil unter immer mehr Menschen geteilt werden müsse. Schwenkt man allerdings auf einen Kurs ein, in dem das Wachstum als Tatsache akzeptiert und in weiterer Folge beispielsweise die Zahl der Geburten kontrolliert wird, so könnten diese Verteilungskonflikte entschärft werden und der Frieden könne leichter erhalten bleiben.

Sozialer Friede und Demokratie ohne Wachstum erscheinen umso wahrscheinlicher in einer Welt, deren Wohlstand sich bereits auf hohem Niveau eingependelt hat – wie es im industrialisierten Westen längst der Fall ist. Das mag auch der Grund sein, warum die Wachstumskritik vordergründig in den westlichen Ländern wie Frankreich, Deutschland und auch Österreich nach und nach ernsthaft diskutiert wird.

Der Fairness halber ist zu ergänzen, dass die Argumente, mit welchen die Wachstumsbefürworter ihre Sichtweise begründen, besser und elaborierter sind als jene der Wachstumskritiker, und zwar aus einem simplen Grund: Die auf dem Wachstum basierende Weltanschauung ist hunderte Jahre alt, weshalb ihre Anhänger schlicht und einfach viel mehr Zeit hatten, an ihren Argumenten zu feilen. Die Wachstumskritik hingegen wird erst seit wenigen Jahrzehnten ernsthaft diskutiert und kann deshalb gar nicht ebenso durchdacht sein. Es gibt zwar schon Ansätze, die Abwesenheit von Wachstum in Verbindung mit dem sozialen Frieden zu stellen, sie sind aber noch nicht sehr ausgeprägt. Den Wachstumskritikern mangelt es daher an ausreichend stichhaltigen Argumenten, die sie den Wachstumsanhängern entgegensetzen könnten.

Zuletzt bleibt zu sagen, dass es wesentlich einfacher ist, den Status quo zu erklären als eine Utopie zu entwerfen und argumentativ zu untermauern. Denn nichts anderes als eine Utopie ist ja die Vorstellung einer Welt, die sich von einem Paradigma löst und sich auf den Weg in Richtung eines neuen bewegt. Wenngleich das nicht bedeutet, dass sie nicht früher oder später zur Realität werden kann.

Literaturverzeichnis

Friedman, Milton (1962): Kapitalismus und Freiheit (Originaltitel: Capitalism and Freedom), 6. Aufl. 2004, München.

Gasiorowski, Mark J. (1995): Economic crisis and political regime change. An event history analysis, in: American Political Science Review, Vol. 89 (4).

Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft (Originaltitel: Métamorphoses du travail, quête du sens, critique de la raison économique), Hamburg.

Hamann, Sibylle / Linsinger, Eva (2008): Weißbuch Frauen, Schwarzbuch Männer. Warum wir einen neuen Geschlechtervertrag brauchen, Wien.

Hayek, Friedrich A. (1945): Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich.

Hayek, Friedrich A. (1952): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich.

Hayek, Friedrich A. (1971): Die Verfassung der Freiheit, 3. Aufl. 1991, Tübingen.

Herzmann, Karsten (2009): Wohlstand für alle. Die Delegitimation von Politik und Staat aufgrund falscher Wachstumserwartungen, Gießen.

Hinterberger, Friedrich / Hutterer, Harald / Omann, Ines / Freytag, Elisabeth (Hg.) (2009): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Wien.

Huntington, Samuel P. (1991): The third wave. Democratization in the late twentieth century, Oklahoma.

Kurzman, Charles / Werum, Regina / Burkhart, Ross E. (2002): Democracy's Effect on Economic Growth. A Pooled Time-Series Analysis, 1951-1980, in: Studies in Comparative International Development, Vol. 37 (1), 3-33.

Lipset, Seymour Martin (1959). Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review, Vol. 53 (1), 69-105.

Luhmann, Niklas (1981): Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München.

Luhmann, Niklas (1996): Inklusion und Exklusion, in: Ders.: Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch, Wiesbaden.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft 2, Frankfurt am Main.

Meadows, Dennis L. / Meadows, Donella / Zahn, Erich / Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Originaltitel: The limits to growth), New York / Stuttgart.

Mill, John Stuart (1859): Über die Freiheit (Originaltitel: On Liberty), bibliographisch ergänzte Ausgabe 1988, Stuttgart.

Minier, Jenny A. (1998): Democracy and Growth. Alternative Approaches, in: Journal of Economic Growth, 3, 241-266.

Norberg, Johan (2003): Das kapitalistische Manifest. Warum allein die globalisierte Marktwirtschaft den Wohlstand der Menschheit sichert, Frankfurt am Main.

Przeworski, Adam (2004): Democracy and Economic Development, in: Mansfield, Edward D. / Sissons, Richard (Hg.): The Evolution of Political Knowledge, Ohio.

Smith, Adam (1923): Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Buch 1, 3. Auflage, Jena.

Stichweh, Rudolf (2005): Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie, Bielefeld.

Sunde, Uwe (2006): Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie. Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?, Bonn.

The international Bank for Reconstruction and Development / The world Bank (1997):
The state in a changing world, Washington D.C.

Wimmer, Hannes (2002): Demokratie als Resultat politischer Evolution, in: Hellmann,
Kai-Uwe / Schlalz-Bruns, Rainer: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische
Soziologie, Frankfurt am Main, S. 223 – 260.

Internetquellen

http://ec.europa.eu/news/economy/090908_de.htm, zugegriffen am 6. Juli 2010

<http://www.imf.org>, zugegriffen am 6. Juli 2010.

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/591986/index.do?from=suche.intern.portal>, zugegriffen am 25. September 2010

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020>, zugegriffen am 26. Oktober 2010

<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bruttoinlandsprodukt&oldid=75859431>,
zugegriffen am 1. August 2010

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/nichtfinanzielle_sektorkonten/jahresdaten/index.html, zugriffen am 2. August 2010

http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/img/sta-bericht_2009-gesamt_tcm163-197233.pdf, zugegriffen am 2. August 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Österreichische_Schule&oldid=77889089,
zugegriffen am 23. Oktober 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Zwei_Abandlungen_über_die_Regierung&oldid=68436674, zugegriffen am 9. September 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=John_Stuart_Mill&oldid=78870322, zugegriffen am 11. September 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Die_Grenzen_des_Wachstums&oldid=78167556, zugegriffen am 9. Oktober 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Politische_%C3%96kologie&oldid=76074169, zugegriffen am 17. Oktober 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Andr%C3%A9_Gorz&oldid=79931524, zugegriffen am 31. Oktober 2010

http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Seiten/Kernaussage_html.htm, zugegriffen am 19. Oktober 2010

Abstract

Abstract (Deutsch)

„Perhaps the most widespread generalization linking political system to other aspects of society has been that democracy is related to the state of economic development“: Mit diesem Zitat hat der Soziologe und Politologe Seymour Martin Lipset Geschichte geschrieben. Doch die Idee, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wohlstand gibt, ist nicht erst mit Erscheinen von Lipsets Arbeit in den späten 1950er Jahren aufgekomen: Schon Aristoteles hat festgestellt, dass es umso wahrscheinlicher ist, dass ein Volk demokratisch wird, je weniger Menschen in Armut leben.

Auf dieser These basiert die vorliegende Arbeit „Demokratie, Wachstum Wohlfahrtsstaat – die Krise als Anstoß zur Neudefinition alter Konzepte“. Ausgehend von Lipsets Grundlagentext wird zunächst erklärt, welche Mechanismen dazu führen, dass sich ein Land auf Basis wachsenden Wohlstands demokratisiert. Folgender Zusammenhang gilt heute nämlich als unbestritten: Es gibt keine Demokratie, die nicht auch kapitalistisch ist. Umgekehrt ist dieser Schluss allerdings nicht zulässig: So gibt es sehr wohl Staaten, die kapitalistisch, aber nicht demokratisch sind. Das bekannteste Beispiel ist China.

Die Grundlage von Wohlstand ist das Wirtschaftswachstum. Immer mehr Wissenschaftler und Intellektuelle halten es für möglich, dass dieses bald an ein Ende gelangen könnte. In der vorliegenden Arbeit wird daher die Frage behandelt, ob es die moderne Demokratie verkraften könnte, wenn die Wirtschaft zu wachsen aufhörte. Ausgehend von der Analyse des Club of Rome, „The limits to growth“ wird, durch Analyse einschlägiger Literatur, eine Reihe von Wachstumskritikern dahingehend untersucht, wie sie den sozialen Frieden in der Post-Wachstumsgesellschaft erklären.

Abstract (English)

„Perhaps the most widespread generalization linking political system to other aspects of society has been that democracy is related to the state of economic development“: This quote by sociologist and political scientist Seymour Martin Lipset is one of the most renowned illustrations of the relation between democracy and welfare. But the idea of a statistic relation between democracy and welfare has emerged far earlier than Lipsets assumption. Even Aristotle stated that, in any society, the smaller the amount of poor people the more likely the adoption of democracy.

This relationship lies at the core of the present paper. Based on Lipsets assumption it will be explained which are the welfare-based mechanisms that promote democratization. Until today, the notion that there is no democracy in the world that would not, at the same time, be capitalistic, remains uncontested. But this relation does not work vice versa: There are capitalistic nations that are non-democratic. The most common example is China.

Welfare is based on economic growth. A growing number of scientists and intellectuals support the belief that there could be a limit to economic growth, whether this limit is natural or not. The present paper examines the question, whether modern democracy could sustain even if economic growth would come to an end. Based on the well-known Club of Romes' analysis „The limits to growth“, renowned critics to economic growth are examined in terms of their concepts of social peace and democracy in a society that has left behind economic growth.

Curriculum Vitae

Jeannine Maria Hierländer

Geboren in Wien, am 7.12.1984

Ausbildung

Universität Wien seit 2004

Studium der Politikwissenschaft

Institut d'Études Politiques Bordeaux 2007/2008

Erasmus

Franklinstraße 21 1995 bis 2003

Bundesgymnasium und Realgymnasium

Neusprachliche Matura am 3. Juni 2003

Berufserfahrung

„Die Presse“ (Tageszeitung) seit 2009

ständige Mitarbeiterin

Stadtzeitung „Falter“ (Wochenzeitung) Juni bis September 2008

Volontärin, Redaktion Graz

Sprachen

Deutsch: Muttersprache

Englisch: fließend in Wort und Schrift

Französisch: fließend in Wort und Schrift

Sonstige Fähigkeiten

Musik: Klavier, Gitarre, Gesang